Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

3. März 1980
Jg. 8 Nr. 10

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Carter kann mit Schmidt nicht ganz zufrieden sein

Erst Schmidt, dann Strauß in Washington / Kriegsrüstung und Ostgeschäfte / ,,Neutralitäts"plan für Afghanistan

z.mif. Der Antritt des westdeutschen Kanzlers bei Carter in Washington am Mittwoch dieser Woche ist zügig nach dem Einmarsch der Sozialimperialisten in Afghanistan festgelegt worden. Das Weiße Haus teilte den Termin am 16. Januar offiziell mit; auch der Anschlußbesuch des Kanzlerkandidaten (8. – 16. März) wurde bereits im Januar vereinbart. Die US-Imperialisten haben in der Zwischenzeit einige Fakten gesetzt, dazu bestimmt, der sozialimperialistischen Supermacht Achtung abzunötigen und die eigene Vormachtstellung gegenüber den westeuropäischen Imperialisten zu bekräftigen. Carter hat den Haushaltsentwurf 1981 vorgelegt und hat jede Entschärfung der Lohnsteuerschraube unter Hinweis auf den Unabhängigkeitskampf des iranischen Volkes und auf die Expansionstätigkeit der Sozialimperialisten abgelehnt. Er hat das Embargo gegen abgelehnt. Er hat das Embargo gegen die Sowjetunion über Weizen hinaus auf Computer und Phosphat ausgeweitet und sucht nach weiteren Mitteln, die Sozialimperialisten wirtschaftlich zu treffen. Den Boykott der Sommerolympiade gedenkt Carter in Form von ,,alternativen Spielen" in den USA durchzuführen. Der Kriegsminister Brown hat seinen Jahresbericht vorgelegt.

Die US-Imperialisten haben in ihrem Haushaltsplan eine reale Steigerung der Militärausgaben bis 1985 von jährlich durchschnittlich 4,4% veranschlagt. In absoluten Zahlen sind das 1979 117 Mrd., 1980 130 und 1981 146 Mrd. Dollar. Allein 1981 sollen zwei Zerstörer und vier Fregatten sowie zehn weitere Kriegsschiffe mit unterschiedlichen Spezialaufgaben beschafft werden. Innerhalb von fünf Jahren wollen die US-Imperialisten für 45 Mrd. Dollar 97 neue Kriegsschiffe kaufen, darunter ,,14 Frachtschiffe, die als schwimmende Nachschublager für US-Truppen in solchen Teilen der Welt dienen sollen, in denen ständige US-Basen für befreundete Regierungen politisch unangenehm wären" (Haushaltsplan). Insgesamt liegt bei den Rüstungsplänen ein Schwerpunkt auf der Lösung der Nachschubprobleme im Krieg um Europa. In seinem Jahresbericht fordert Kriegsminister Brown, daß ,,unsere europäischen Verbündeten helfen werden, uns zu einem großen Teil die Nachschubkapazität zu gewähren, die für unsere Kampfleistung so entscheidend wichtig ist, und zwar aus den gleichen mobilisierten zivilen Hilfsquellen, die sie zur Unterstützung ihrer eigenen Streitkräfte nutzen würden". Er erwähnt u.a. Treibstoff, Transport, Lazarette.

Die Bundesregierung hat in dieser Zeit einen militärischen Nachtragshaushalt vorbereitet, Wirtschafts- und Militärhilfe an der NATO-Südflanke, insbesondere in der Türkei eingeleitet, in der Olympiaboykottfrage sich hinhaltend US-solidarisch geäußert und sich im übrigen auf die Vereinheitlichung der europäischen Imperialisten in der Haltung gegenüber den Sozialimperialisten konzentriert. Selbständige Schritte gegenüber den Sozialimperialisten hat sie nicht unternommen. Die EG-Imperialisten rechnen sich aus, nach der Devise ,,wenn zwei sich strei- nach der Devise ,,wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte" den offenen Machtkampf der beiden Supermächte ausnutzen zu können, um wirtschaftlich, politisch und militärisch in der Dritten Welt Boden zu gewinnen. Das tun sie schon lang, jetzt tun sie es verstärkt. Der britische Außenminister Lord Carrington hat mit seinem Vorschlag einer ,,Neutralisierung" Afghanistans unter Ausnutzung der britischen Kolonialerfahrung die Führung übernommen; nach Presseberichten sollen die Sozialimperialisten Carrington zu weiteren Schritten ermutigt haben. Den Brandt, beiden Supermächten von der SPD warm empfohlen, haben diese dagegen im Regen stehenlassen. Carrington hat für Afghanistan auf das ,,österreichische Modell" verwiesen – den Staatsvertrag von 1955, der den Imperialisten Einmischungsrechte sichert. Die afghanische Befreiungsbewegung gegen die sozialimperialistische Aggression soll nach diesem Modell beseitigt werden.

Die westdeutschen Imperialisten, militärisch den Supermächten deutlich unterlegen und politisch von ihnen abhängig, setzen weiter in erster Linie auf ihre wirtschaftliche Stärke, auf ihre Spitzenstellung in der Ausbeutung der Arbeiterklasse, um politisch und militärisch an Manövrierfähigkeit und Expansionskraft zu gewinnen. Die Wirtschafts- und Militärhilfe an die Türkei paßt daher der Bundesregierung bestens ins Konzept, den US-Imperialisten freilich auch, die dadurch Gelder für die Kriegsrüstung freihaben. Erst durch die Verrechnung dieser Militärhilfe über den Verteidigungshaushalt kann die Bundesregierung die gegebene NATO-Zusage über 3% real erhöhter Kriegsausgaben erfüllen; Matthöfer rechnet noch, an welchen Steuerschrauben er drehen kann und muß, um die Gelder einzutreiben.

Die Forderungen der US-Imperialisten nach Sanktionen gegenüber den Sozialimperialisten erfüllt die Bundesregierung erkennbar ohne Begeisterung. Bereitwillig läßt sie sich in den Ergebenheitsbekundungen gegenüber den US-Imperialisten von der Opposition übertreffen. Kohl am letzten Donnerstag im Bundestag: ,,Niemand weiß mehr als wir Deutschen, wie sehr wir auf amerikanische Hilfe angewiesen sind." Dagegen Schmidt: ,,Für unser Verhalten in der gegenwärtigen Krise gilt, daß wir nicht in Geschäfte einsteigen, die von den USA aufgegeben werden ... Ebenso gilt der Grundsatz ..., daß bestehende Verträge eingehalten werden." Im Handel mit den Comecon-Staaten machten die BRD-Kapitalisten 1979 31 Mrd. DM Umsatz, davon 14 Mrd. mit der UdSSR. Dieser Geschäftseifer der westdeutschen Bourgeoisie ist schon durch die dadurch erzwungene äußerste Auspressung der Arbeitskraft mörderisch. Die Aussicht, das Panzerfutter unter dem Sternen- oder schwarzrotgoldenen Banner abzugeben, zwingt zur Bekämpfung der imperialistischen Außenpolitik.

Fortschritte für die nationale Einheit des Jemen

z.hev. Seit Jahresbeginn haben die gemeinsamen Ausschüsse von Nord- und Südjemen ihre Arbeit für die Wiederherstellung der Einheit des Landes intensiviert. Die gemeinsamen Ausschüsse sind Resultat der Bemühungen der Arabischen Liga vom März 1979 in Kuweit, als nach der Ermordung des nordjemenitischen Präsidenten al-Ghasani und der Hinrichtung des südjemenitischen Präsidenten Rabia ein blutiger Bruderkrieg begonnen hatte. Geschürt wurde der Krieg von der Sowjetunion, die sich im Südjemen Stützpunkte und seit Oktober 1979 über einen sogenannten Freundschaftsvertrag erheblichen politischen und wirtschaftlichen Einfluß verschafft hat. Am 17.2. verhandelten die beiden Jemen in Aden über die Bildung gemeinsamer Streitkräfte ,,zum Schutz der jemenitischen Heimat unter der Schirmherrschaft der Einheitsregierung".

Kampf gegen Verbot der Palästinensischen Nationalkonferenz

z.elb. Nachdem das Zionistenregime beschlossen hatte, eine jüdische Siedlung im Zentrum von Hebron zu errichten, berief der Oberste Moslemrat von Jerusalem eine Palästinensische Nationalkonferenz für den 19.2. in die Al Aksa-Moschee ein. Gewerkschaftsführer, Bürgermeister der besetzten Gebiete Westjordaniens, Studenten etc. wollten das Vorgehen gegen die Kolonisierung und die damit verbundene Enteignung des Landes der Palästinenser sowie gegen die häufigen Ausgangssperren beraten. Das Siedlerregime verbot die Konferenz. Die Gewerkschaftsführer versammelten sich daraufhin in Nablus und beschlossen Resolutionen gegen den Landraub. In Ramallah, Al-Birah und Nablus blieben die Geschäfte geschlossen, die Schüler streikten und organisierten große Demonstrationen, gegen die Militär eingesetzt wurde.

Golfstaaten gründen eigene Schiffsversicherungsgesellschaft

z.ans. 17 Versicherungsgesellschaften aus sechs arabischen Golfstaaten haben Ende Februar beschlossen, im Juli eine gemeinsame Gesellschaft zur Versicherung von Schiffen und Schiffsladungen gegen Kriegsrisiko zu gründen. Der Beschluß richtet sich gegen das Monopol einer Handvoll imperialistischer Versicherungen. Die britische Lloyd hatte dieses Monopol im letzten Jahr dazu genutzt, das Golfgebiet kurzerhand zur ,,Kriegszone" zu erklären und die Prämien mit dieser Begründung zu erhöhen. Zwar mußte Lloyd die Prämienerhöhung nach Protesten der Golfstaaten zurücknehmen. Daß diese jetzt trotzdem eine eigene Versicherung gründen, wird helfen, die hohen Defizite in der Dienstleistungsbilanz, zu denen die Versicherungsprämien beitragen, zu senken. Für Saudi-Arabien z.B. betrug das Defizit 1977 rund 17,5 Mrd. DM.

Abkommen über Transitverkehr zwischen Iran und Türkei

z.gek. Die Türkei und der Iran haben am 17.2. ein Straßenverkehrsabkommen unterzeichnet. Danach werden alle bisher erhobenen Transitgebühren für den Straßentransport aufgehoben. Für beide Länder spielt der Straßentransport bei ihren Importen und Exporten eine große Rolle und verteuert die Produkte ganz erheblich. Der türkische Verhandlungsführer hat erklärt, ,,er hoffe, daß das Abkommen den Weg zur Erweiterung der Beziehungen zwischen beiden Ländern bahnen werde". Der Leiter der iranischen Delegation ,,fügte hinzu, daß die beiden Länder gemeinsame industrielle und landwirtschaftliche Projekte realisieren könnten" (Radio Teheran, 17.2.) – In den letzten Wochen hat Iran durch Lieferung von verbilligtem Öl und Benzin auf Kredit der Türkei bereits Entlastung gegenüber dem imperialistischen Druck gegeben.

GB: Aushungerungsversuche und Drohungen mit

GB: Aushungerungsversuche und Drohungen mit der Schlichtung gegen den Stahlarbeiterstreik



Auf einer gemeinsamen Delegiertenkonferenz wollen Dienstag die drei größten Gewerkschaften der Stahlindustrie über eine Verschärfung des Streiks beraten. Immer noch schaffen es die Kapitalisten, mit Stahlimporten den Streik zu unterlaufen. Die Gewerkschaft ISTC beschloß, daß ihre Mitglieder in der privaten Stahlindustrie den Streik beenden sollen, nachdem sie ihre Solidarität gezeigt haben. Einen Vorschlag des Oppositionsführers Callaghan, einen Schlichter einzuschalten, lehnte sie ab. Die BSC-Kapitalisten kündigten an, sie würden eine eigene Urabstimmung unter den Arbeitern über ihr Lohnangebot durchführen. Die Gewerkschaften rufen zum Boykott auf. Bild links: Kundgebung vor dem Stahlarbeiterhaus in London. Bild rechts: Demonstration in Cardiff.

100000 Mann Kolonialtruppen bei Wahlen in Zimbabwe

Mehr als 5000 ZANU-Mitglieder verhaftet / Imperialistische Koalitionshoffnungen

z.hef. Nach drei Tagen wurde am Freitag die Wahl für die 80 Sitze der Schwarzen im neuen Parlament Zimbabwes beendet. Der britische Gouverneur will das Ergebnis am Dienstag früh bekanntgeben. Mehr als 90% der Wahlberechtigten hätten sich beteiligt, erklärte der britische Wahlbeauftragte, und die Wahl sei ,,frei und fair" gewesen.

In Wirklichkeit hatten der britische Gouverneur und die Kolonialverwaltung in Salisbury von Anfang an alle Vereinbarungen des Londoner Waffenstillstands-Abkommens gebrochen, um einen Wahlsieg der Parteien der Patriotischen Front zu verhindern. Wie Genosse Mugabe in einem offenen Brief an Lord Carrington bekanntmachte, sind mehr als 5000 ZANU-Mitglieder und Kandidaten unter Notstandsgesetzen verhaftet worden. Mehrere ZANU-Funktionäre wurden ermordet. Mit kleinlichsten Schikanen – z.B. hat das Wahlhauptquartier bis heute kein Telefon, wurde die Einfuhrerlaubnis für Autos verweigert usw. – versuchten die Siedler, die ZANU zu schädigen. Vor allem aber setzte der Gouverneur entgegen dem Waffenstillstandsabkommen 26000 Mann ,,Hilfstruppen", die Privatarmee Muzorewas, zur ,,Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung" ein. Auch die imperialistische Presse muß jetzt nach und nach ans Licht kommen lassen, wie Polizei und Hilfstruppen Wahlkampf für Muzorewa betrieben: ,,Eine andere Beschwerde kam von Mr. John Matthew, dem britischen Wahlaufseher im Bezirk Wedza. Er sah heute, wie schwarze Polizisten Leute in einen Bus packten, der sie zu der Kundgebung der UANC (Muzorewa) bringen sollte. Als er den 30 Leuten im Bus erklärte, sie müßten nicht zur Kundgebung fahren, gab es lauten Beifall und die Leute verließen den Bus wieder. Er tat das gleiche bei einem anderen Bus, den die Polizei gleichfalls füllte." (Times, 23.2.).

In den Tagen vor der Wahl mobilisierte die Kolonialverwaltung mit Zustimmung des Gouverneurs 58000 Mann Armeereserve und 38000 Mann Polizeireserve. Damit verfügen die Kolonialisten jetzt über eine Streitmacht von mehr als 100000 Mann, die im ganzen Land verteilt ist. Dazu kommen 6000 südafrikanische Söldner. Das südafrikanische Regime hat in den letzten Wochen erneut die verstärkte Intervention im Falle von ,,Chaos" in Zimbabwe angedroht. Dagegen halten sich die 22000 Befreiungskämpfer an das Waffenstillstandsabkommen und sind in ihren Sammellagern.

In Salisbury, Bulawayo und anderen Städten hat die Armee die wichtigsten Straßenkreuzungen und strategischen Gebäude wie z.B. Rundfunkstationen besetzt. Schwere Geschütze sind aufgestellt. In den letzten Wochen haben die Imperialisten sowohl Bewaffnung wie Munitionierung der Siedlertruppen auf einen neuen Höchststand gebracht. Während die Siedler so offen mit dem Putsch drohen, betont der britische Außenminister, der britische Gouverneur werde nicht unbedingt den Parteiführer mit dem höchsten Stimmen- und Sitzanteil mit der Regierungsbildung beauftragen, sondern den, der eine Mehrheit im Parlament zustandebringe. Die imperialistische Presse knüpft daran Koalitionsspekulationen, die auf Verhandlungen der ZAPU mit anderen Parteien als der ZANU beruhen. Die ZAPU hat sich dabei noch nicht festgelegt. Die ZANU hält daran fest, daß sie nach den Wahlen eine Koalition mit der ZAPU eingehen will.

Polizisten in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) bereiten Sternmarsch auf Bonn am 4. März vor



Die GdP fordert gegen die Schichtarbeit u.a. ausreichende Schichtzulage (bisher 0,75 DM nach 18 Uhr, feiertags 1,20 DM) und kürzere Arbeitszeit. Bild: Kundgebung der GdP vor dem Innenministerium in Düsseldorf, 6. Februar '80

z.gug. **Die bürgerlichen Parteien machen ihre Kandidaten für die Bundestagswahl im Oktober bekannt.** Bitterlich beklagt die Bourgeoispresse die Faulheit der Kandidaten, die meist nicht bereit seien, direkt in einem Wahlkreis für die Erststimmen zu kandidieren. Um zudem möglichst jede Begegnung mit den Volksmassen zu vermeiden, schachern die meisten um die Parlamentsdiäten, um die Zweitstimmen auf der Parteienliste. Die Sekretäre der vier Regierungsparteien haben beschlossen, ein „Fairneß- und Wahlkampfabkommen“ zu unterzeichnen. Unter anderem enthält es eine Verpflichtung, Rechenschaft über die Wahlkampfkosten abzulegen. Wahlkampf ist für die Bürgerlichen nicht nur Propagandafeldzug gegen die Arbeiterklasse, sondern auch Bereicherung ihrer verschuldeten Parteikassen.

Keine Steuergelder für politische Parteien!

Wahlkampfkostenerstattung in den Bundestagswahlen 1972 und 1976

in Mio. DM	1972	1976
CDU/CSU	46,5	71,5
SPD	44,1	67,4
FDP	8,7	11,6
Gesamt	103,6	147,2

Das „Gesetz über politische Parteien“, 1967 von der Großen Koalition verabschiedet, regelt die Wahlkampfkostenerstattung an die Parteien. Die gesamte Wahlkostenpauschale beträgt 3,50 DM (bis 1974 2,50 DM) je *Wahlberechtigtem*. Damit ist der Geldbetrag von der Wahlbeteiligung selbst abgekoppelt. Die Parteien, die im gesamten Wahlgebiet kandidieren und mehr als 2,5% der Zweitstimmen erhalten, kriegen entsprechend ihrem Anteil an Zweitstimmen den gleichen Anteil aus der Wahlkostenpauschale gezahlt. Wer nicht im gesamten Wahlgebiet kandidiert, muß 10% der Erststimmen vorweisen, um einen Anteil zu erhalten. Das gilt für alle Wahlen.

len, oder der Zuschuß des Kapitalisten, soweit er 1,50 DM pro Arbeitstag übersteigt, zählt wie ausgezahlter Lohn, und es muß dafür Lohnsteuer gezahlt werden. Das hält die Kapitalisten natürlich an, dem Arbeiter für das Essen mit Erhöhung der Sachbezugswerte mehr abzuverlangen als bisher. So zahlt ein Arbeiter oder Angestellter in Bayern, der 1978 noch 70 Pfg. (2,20 minus 1,50 Freibetrag) zahlen mußte, heute 1,10 DM (2,60 minus 1,50). Die Verrechnungspreise für die Sachbezüge werden jährlich erhöht, der Freibetrag von 1,50 DM ist aber seit 20 Jahren unverändert.

z.bew. **Der DGB-Bundesvorstand hat in einem Beschluß allen Einzelgewerkschaften und DGB-Untergliederungen die Organisierung und Teilnahme an Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag am 8. März untersagt.** In zahlreichen Städten hatten Kreisfrauenausschüsse und Bezirksverbände des DGB oder der Einzelgewerkschaften für den 8. März Veranstaltungen, Demonstrationen oder Kundgebungen vorbereitet, so u.a. in Frankfurt, München, Hannover, Hamburg. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, „Streichung des Paragraphen 218“, Forderungen zur Familienpolitik und zum Bildungswesen und ähnliche, die auf den Veranstaltungen besprochen werden sollten. „Nach dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft kann sich der DGB nicht an parteipolitisch geprägten Gedenktagen beteiligen“, war die Begründung des DGB-Bundesvorstandes. Der Internationale Frauentag war 1910 auf der 2. Internationalen Frauenkonferenz der Sozialistinnen beschlossen worden und wird seither von der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt genutzt, um gegen die besonders entrechtete Lage der arbeitenden Frauen im Kapitalismus zu demonstrieren. – Verschiedene Gewerkschaftseinheiten haben die Aufhebung des Vorstandsbeschlusses gefordert.

Säuglingssterblichkeit in der BRD – höchste Rate innerhalb der EG

z.mav. Die herrschende Klasse und ihr Staatsapparat halten den Lohnabhängigen vor, daß, seit es die Pille gibt, sie zu bequem wären, Kinder auf die Welt zu bringen (Pillenknick). Die deutschen katholischen Bischöfe helfen mit dem Argument nach, daß diese Bequemlichkeit gar Gotteslästerung sei.

Tatsächlich ist es bei sich verengender Reproduktionsbasis ein Risiko, und es wird immer schwieriger für die Lohnabhängigen, Kinder auf die Welt zu bringen und aufzuziehen. In der Bundesrepublik Deutschland arbeiten jetzt 30,7% der Frauen (1972 waren es noch 30,2%), um den Reproduktionsstandard der Familie zu halten. Aufgrund der Arbeitsbedingungen in der kapitalistischen Produktion und der Intensität der Arbeit führt die Arbeit der Frau in hohem Maße dazu, daß ihre Arbeitskraft so ruiniert wird, daß sie ihre Kinder tot zur Welt bringt oder daß ihre Kinder so schwach sind und die Pflege so schlecht, daß sie schon im ersten Lebensjahr sterben.

Die Säuglingssterblichkeit in der BRD ist hoch; auf 1000 Geburten sterben über 15 Kinder (15,5 hat die BRD jetzt in den EG-Statistiken gemeldet). Innerhalb der EG hat die BRD damit die höchste Rate der Säuglingssterblichkeit (Dänemark die niedrigste mit 8,2 gestorbenen Säuglingen auf 1000 Lebendgeborene). Immer mehr Kinder kommen mit Untergewicht zur Welt. Das Gewicht ist bei den Kindern ein Zeichen der Reife, und die günstigsten Aussichten haben Lebendgeborene, die bei der Geburt acht bis neun Pfund wiegen. Ca. 60% der Sterbefälle werden auf Untergewicht zurückgeführt; bei der Sterblichkeit in den ersten 24 Stunden sogar fast 80%. Der häufigst angegebene Grund für die Sterblichkeit in den ersten sieben Tagen ist „Unreife“ und „Hypoxie“ (= Erstickung infolge Sauerstoffmangel). Bei der Nachsterblichkeit (nach dem 28. Lebenstag bis zur Vollendung des 1. Lebensjahres), die seit 1967 gestiegen ist und die noch nicht einmal wieder auf den Stand von 1967 gesenkt werden konnte (siehe Tabelle), werden als Ursache vor allem Erkrankungen der Atmungsorgane und Magen-Darminfektionskrankheiten angegeben. Sie machen hier 44% der Sterbefälle aus.

Bei einem Vergleich der Rate der Totgeburten und der Säuglingssterblichkeit mit dem Anteil der Lohnabhängigen an der Bevölkerung in den einzelnen Bundesländern hat sich ergeben: ist der Anteil der Lohnabhängigen an der Bevölkerung hoch, ist auch die Rate der Säuglingssterblichkeit bzw. der Totgeburten hoch – ist der Anteil der Lohnabhängigen niedriger, ist auch die Sterblichkeitsrate niedriger. Dies trifft im wesentlichen für neun von elf Bundesländern (siehe Schaubild) zu, eine Ausnahme bilden Baden-Württemberg und Bayern, aber Einzeluntersuchungen zeigen auch hier, daß dort, wo Industriebetriebe konzentriert sind, auch die Sterblichkeitsrate besonders hoch liegt: z.B. in Mannheim 17,5 gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene im Jahre 1978 oder in Heilbronn 15,1 (der Durchschnitt in der Bundesrepublik betrug 14,7). Eine Untersuchung im Stadtgebiet Düsseldorf hat 1973 ergeben, daß die Säuglingssterblichkeit in „sozio-ökonomisch schwachen Gebieten“, also in Arbeitervierteln, dreimal so hoch ist wie in „sozio-ökonomisch gehobenen“ Stadtteilen.

Säuglingssterblichkeit in der BRD
in Klammern je Tsd. Lebendgeborene

Jahr	Im 1. Lebensj.		Nach 28. Lebenstag bis 12. Lebensmonat	
1967	23303	(22,8)	5174	(5,1)
1968	22110	(22,6)	5089	(5,2)
1969	21162	(23,2)	4983	(5,5)
1970	19165	(23,4)	4261	(5,3)
1971	18141	(23,1)	4210	(5,4)
1972	15907	(22,4)	3978	(5,7)
1973	14569	(22,7)	4082	(6,4)
1974	13232	(21,1)	3665	(5,9)
1975	11875	(19,7)	3559	(5,9)
1976	10500	(17,4)	3327	(5,5)
1977	9022	(15,4)	3034	(5,2)



Afghanistan: Volksaufstand weitet sich vom Land

dient, muß 10% der Erststimmen vorweisen, um einen Anteil zu erhalten. Das gilt für alle Wahlen.

schiedene Gewerkschaftseinheiten haben die Aufhebung des Vorstandsbeschlusses gefordert.

z.elf. **Die SPD-Bundestagsfraktion will die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit für Beamte bis auf 15 Jahren (bisher 12) ausweiten, wenn sie Kinder unter 18 Jahren (bisher 16) haben.** Die generelle Einführung der Teilzeitarbeit für Beamte ist ihr bisher noch nicht gelungen. Das Bundesfrauensekretariat der Gewerkschaft ÖTV weist in einer Sonderinformation „Teilzeitarbeit“ vom Januar 1980 darauf hin, daß die öffentlichen Arbeitgeber zunehmend Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze zu verwandeln versuchen. Für Angestellte mit weniger als 20 Wochenstunden fallen so z.B. die Schutzrechte des BAT weg. Darüberhinaus: „Gesamtgesellschaftlich bedeutet Teilzeitarbeit Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ... (Die) Mütter betreuen ihre Kinder häufig selbst. Dadurch spart der Staat die Aufwendungen.“ Die ÖTV fordert u.a. gleiche Rechte wie bei Vollzeitarbeit, Ausbau und Verbesserung der Einrichtungen zur Kinderbetreuung und „Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ... bei vollem Personal- und Lohnausgleich“.

z.gug. **Arbeitsminister Ehrenberg greift das Nachtarbeitsverbot für Frauen an.** Der von ihm eingesetzte Arbeitskreis „Novellierung der Arbeitszeitordnung“ schlägt eine einheitliche Regelung der Nachtschichtarbeit für Frauen und Männer vor. Danach dürfen Frauen in mehrschichtigen Betrieben zwischen 0 und 5 Uhr, in einschichtigen Betrieben zwischen 1 und 4 Uhr arbeiten. Ablehnen können sie nur, wenn sie Kinder unter 6 (bisher 14) Jahren zu versorgen haben. Einzige Voraussetzung soll ein ärztliches Attest über Schichttauglichkeit sein. Der vor drei Wochen abgehaltene Kongreß der SPD über Arbeitnehmerfragen, auf dem auch die Gewerkschaftssozialdemokraten vertreten waren, hat der Ausdehnung von Nacht- und Schichtarbeit zugestimmt. Anstatt mit einem Verbot von Nacht- und Schichtarbeit auf die dort erörterten „negativen gesundheitlichen Folgen“ zu antworten, wurde ein medizinischer Maßnahmekatalog behandelt.

z.frb. **Die Erhöhung der „Sachbezugswerte“ durch den Finanzminister zum 1.1. hat viele Kapitalisten beflügelt, die Kantinenpreise zu erhöhen.** Rund 6,5 Mio. Lohnabhängige sind auf Kantinenverpflegung angewiesen, davon 4,6 Mio. regelmäßig. Für 1980 rechnet das Finanzamt – unabhängig vom tatsächlichen Preis – mit folgenden Preisen für ein Essen (in Klammer 1978): Bremen und Hamburg 3,00 DM (2,80); Berlin, NRW, Saarland 2,80 (2,50); in den restlichen Bundesländern 2,60 (2,20). Bis zu 1,50 DM kann der Kapitalist zuschießen. Den Rest muß entweder der Arbeiter selbst zah-

z.doj. **Europäische, japanische und kanadische Banken und Regierungen wollen mit dem „10. internationalen Jugendwettbewerb“ die Kinder auf „einen Tag ohne Strom“ vorbereiten.** In der BRD ruft der Schirmherr, Bundesforschungsminister Hauff, zum Malwettbewerb auf („wir gehen mit unseren Energiereserven unglaublich sorglos um“), zum Quiz und zur Reportage. Die Jugendlichen sollen schil-



dern, wie sie „richtige Nachbarschaft entdecken“ in der Not, wenn „der Strom auch morgen noch nicht da“ ist. Volksgemeinschaft in Notstands- und Kriegszeiten im Spiel eintrimmen, das ist damit gemeint. Hauff wird mit seiner Initiative kaum mehr Begeisterung hervorrufen als Innenminister Baum's Vorschlag, am 8. Juni einen freiwilligen autofreien Sonntag zu veranstalten.

z.kam. **Einen von Bundesinnenministerium vorgelegten Entwurf einer Störfallverordnung hat die Bundesregierung am 20. Februar beschlossen.** Nach Zustimmung des Bundesrates wird diese Verordnung, die „Umweltkatastrophen im Chemiebereich verhindern und wirksame Abwehrmaßnahmen bei Störfällen sicherstellen“ soll, in Kraft treten. Die Regierung stellt diese Maßnahme als umfassende Konsequenz aus dem Giftgasskandal von Seveso hin. Vorgesehen ist, daß die *Betreiber* von Chemiewerken eine Sicherheitsanalyse erstellt mit Angaben über die Gefahrenquelle und die zu erwartenden Auswirkungen auf die Umgebung. Diese Analyse muß einer – bereits bestehenden – staatlichen Störfallkommission gemeldet werden, die wiederum den Katastrophenschutz alarmiert. Eine Kontrolle der – wie es heißt – von Chemiekapitalisten „in Eigenverantwortung und Selbstverpflichtung“ erstellten Angaben ist in der Störfallverordnung nicht vorgesehen. Bei „Bagatellfällen“ (solchen, die die umliegende Wohnbevölkerung nicht unmittelbar gefährden) wird von einer Strafverfolgung abgesehen.

Afghanistan: Volksaufstand weitet sich vom Land auf die Städte aus

z.rua. Am 13.2. erklärte der Generaldirektor des Nahrungsmittelamtes in Kabul noch, daß „genügend Nahrungsmittelreserven angelegt sind, um jeder Knappheit zu begegnen“. 14 Tage später, am 5. Tag des Generalstreiks, gab es in Kabul weder Fleisch noch Gemüse, Mehl, Brot, Zucker, Reis oder Milch. Jedenfalls nicht für die sowjetischen Truppen. Sofort nach Beginn des Streiks der Händler in Kabul, dem sich die Beschäftigten der Behörden anschlossen, verhängten die Sozialimperialisten am 22.2. das Kriegsrecht über die Stadt. Die Volksmassen wurden aufgefordert, binnen 24 Stunden alle Waffen abzuliefern, bei Verstoß drohe die Todesstrafe. Niemand ist dieser Aufforderung gefolgt. In Kabul halten die Kämpfe gegen die sowjetischen Besatzer an. Die Sozialimperialisten errichteten Blockaden an den Brücken des Kabul-Flusses, um ein Übergreifen der Kämpfe auf ihr Wohnviertel zu verhindern. An den Zufahrtswegen zur Altstadt, in der der Basar ist, haben sie Panzer postiert. In die Altstadt, die mit ihren engen und winkligen Straßen der Kasbah in Algier gleicht, können sie nicht. Hier ist das Zentrum des Widerstandes in Kabul. Über Rundfunk und Fernsehen rufen die Sozialimperialisten dauernd die Volksmassen auf, an die Arbeit zurückzukehren. Kaum einer folgt diesem Aufruf. Lebensmittelhändler, die durch Waffengewalt zur Öffnung ihrer Läden gezwungen wurden, führen keine Lebensmittel.

Der Aufstand der Volksmassen in Kabul stützt sich auf die Erfolge des Befreiungskampfes auf dem Land. Dort können sich die Truppen der SU nicht bewegen. Mit Luftangriffen versuchen sie, die Befreiungskämpfer niederzuwerfen. Mitte Februar haben die Befreiungsstreitkräfte den Hauptflughafen Faizabad nach einer Meuterei afghanischer Soldaten unter Kontrolle gebracht. Sie belagern die Hauptverkehrsstraßen von der sowjetischen Grenze nach Kabul und von Kabul nach Jalalabad an der pakistanischen Grenze. Diese Stadt ist ebenfalls unter ihrer Kontrolle. Dem Generalstreik in Kabul gingen Streiks der Basarhändler in allen Provinzhauptstädten voraus. Wie in Kabul verdunkelten die Volksmassen nachts die Städte und riefen von den Dächern Parolen gegen die Besatzer.

Im Kampf gegen die Sozialimperialisten schließen sich die verschiedenen Völker von Afghanistan zusammen. Die Führer der sechs Befreiungsbewegungen, die die „Islamische Allianz“ gebildet haben, erklärten in einem Interview mit der „Xinhua“, daß sie in der Grundfrage einig sind und die Frühjahrsoffensive organisieren.

Gegenwärtig haben die Sozialimperialisten 90000 bis 100000 Mann Truppen in Afghanistan stationiert. Die zentralasiatischen Soldaten mußten sie inzwischen völlig durch russische austauschen, weil Teile übergelaufen waren. Seit Beginn der Besatzung kehrten 5000 Soldaten in Metallsärgen nach Moskau zurück. Beschnew propagiert jetzt verstärkt den Willen der SU, ihre Truppen abzuziehen. Von Wollen kann keine Rede sein.



Herat: Befreiungskämpfer kleben Plakate

z.gab. **Der Rechtsausschuß des Bundestages empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfes „zur Bekämpfung der Umweltkriminalität“.** Geldbußen bis Strafen von maximal 10 Jahren sind vorgesehen. Mit der „tätigen Reue“ haben sich die Imperialisten abgesichert, daß, „wenn das öffentliche Interesse eine Strafverfolgung nicht erfordere, auch eine Einstellung in Betracht kommt“.



Fabrikgelände Stoltzenberg (Hamburg)

z.hev. **Seit 1975 versucht die Bundesregierung, das Apothekengesetz von 1960 zu ändern.** Sie hat jetzt einen 3. Entwurf vorgelegt, mit dem sie den 15000 Apotheken zu Leibe rücken will. Vorgesehen ist eine 2jährige Pflichttätigkeit in einer Apotheke, bevor der Apotheker einen eigenen Betrieb gründen darf. Verboten werden sogenannte „stille Gesellschaften“, also Kapitalbeteiligungen an Apotheken, oder die Gründung von Apothekenketten und Pachtverträge mit Umsatzbeteiligung. Damit sind die Apotheker einverstanden, sie erhoffen sich durch eine Beschränkung der Zahl eine Abmilderung der Konkurrenz. Nicht einverstanden sind sie mit der geplanten Stärkung der rund 330 Krankenhausapotheken, die zukünftig auch Sanatorien und Pflegeheime beliefern dürfen. Hier zeichnet sich ein Staatsmonopol im Arzneimittelvertrieb ab, über das sich Kostendämpfungsmaßnahmen reibungsloser abwickeln ließen.

z.juh. **Am 27.2.80 ließ die Bundesregierung bei ca. 1000 Personen überall in Westdeutschland Hausdurchsuchungen durchführen, da diese Leute sich angeblich illegal Waffen aus dem Ausland besorgt hätten.** – Jeglicher Waffenbesitz ist den Volksmassen verboten, zur Sicherung der Herrschaft der Imperialisten. – 14 Tage vorher erst (12.2.) hat Bundesinnenminister Baum dem Bundestag in einem Gesetzentwurf empfohlen, dem „Europäischen Übereinkommen vom 28. Juni 1978 über die Kontrolle des Erwerbs und Besitzes von Schußwaffen durch Einzelpersonen“ zuzustimmen. Es besagt, daß alle unterzeichnenden Staaten untereinander alle Daten derjenigen Personen austauschen, die Waffen von einem dieser Staaten in einen anderen transportieren. Stärkere Kontrolle der westdeutschen Volksmassen und die Möglichkeit, sich in die Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, dies soll durch das Abkommen erreicht werden. Unterzeichnet haben bis jetzt: die BRD, Dänemark, Großbritannien, Irland, Luxemburg und die Türkei. In einem weiteren Gesetzentwurf hat Baum eine entsprechende Änderung des Waffengesetzes vorgelegt.

z.ebk. **Um „den modernen Gegebenheiten“ Rechnung zu tragen, hat die Bundesregierung ein neues Auslieferungsabkommen mit den USA abgeschlossen.** Der Rechtsausschuß des Bundestages empfiehlt die Annahme dieses Vertrages als Gesetz. Der alte Vertrag von 1930 ließ die Auslieferung nur für die im Vertrag aufgezählten Straftaten zu. Der Katalog enthielt z.B. keine Auslieferungspflicht bei Verleumdung, Sachbeschädigung, Landfriedensbruch, aber auch nicht bei Steuerstraftaten oder Taten gegen

Spekulationen auf Spaltung Jugoslawiens werden scheitern

z.jük. Schon lange spekulieren die Imperialisten, daß im Falle eines Todes von J.B. Tito Jugoslawien auseinanderbrechen würde. Auch wenn sie heute Besorgnis heucheln, haben doch beide Supermächte zu keinem Zeitpunkt ihre Versuche, durch Subversion in Jugoslawien Einfluß zu gewinnen, aufgegeben. Dabei versuchen sie gerade, Widersprüche zwischen den Völkern Jugoslawiens zu schüren und deren Einheit zu zerbrechen, die eine wesentliche Bedingung für die Existenz der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens darstellt. Seit Jahren schon schicken die Sozialimperialisten Bulgarien vor, um die ,,Mazedonische Frage" aufzuwerfen. Der Kern dabei ist, daß Bulgarien die Existenz einer mazedonischen Nation negiert und gleichzeitig gegenüber den in Bulgarien lebenden mazedonischen Volksteilen eine rigorose Assimilation betreibt. Jegliche Eigenständigkeit als nationale Minderheit wird den Mazedoniern in Bulgarien abgesprochen, woraus die dortigen Revisionisten folgern, daß die Mazedonier eigentlich zur bulgarischen Nation gehören würden. Wodurch wiederum sich gegenüber Jugoslawien Interventionsmöglichkeiten offen gehalten werden. Unverhüllt wird damit praktisch an der expansionistischen Politik des alten Bulgarien angeknüpft, was zweimal im Bündnis mit dem deutschen Imperialismus das mazedonische Volk versklavt und ausgebeutet hat.

Die USA und in deren Schlepptau Westdeutschland unterstützen gegenwärtig kroatische Faschistengruppen, die auf Lostrennung bzw. Vorherrschaft der Kroaten über die Völker Jugoslawiens hinarbeiten. Herausbildung von Kompradorencliquen haben schon die britischen und französischen Imperialisten in Jugoslawien betrieben. Unter deren Fuchtel ist Jugoslawien nach dem 1. Weltkrieg als Staat zusammengezimmert worden. Dabei ist ein Großteil Mazedoniens, was von dem mit Deutschland verbündeten Bulgarien versklavt war, sowie größere Teile der Konkursmasse Österreich-Ungarns (Slowenien, Teile der Vojvodina) dem neuen Staat zugeschlagen worden. Gestützt haben sich die Briten und Franzosen auf die großserbische Feudalaristokratie, die verbunden mit der sich
zosen auf die großserbische Feudalaristokratie, die verbunden mit der sich
herausbildenden nationalen Bourgeoisie die Völker Kroatiens, Sloweniens, Serbiens und der Muselmanen (Bosnien und Herzegowina) brutal unterdrückten, sowie ununterbrochen Widersprüche zwischen den Völkern Mazedoniens, Montenegros sowie den in Jugoslawien lebenden Minderheiten der Albaner schürten, zum Teil über die Religion. Die Abhängigkeit vom imperialistischen Kapital sowie die Aufrechterhaltung halbfeudaler Zustände auf dem Land machte Jugoslawien zu einem Völkergefängnis, dessen Zusammenhalt als Staat vollständig unsicher sein mußte und auch war. Das erleichterte dem deutschen Imperialismus wiederum, gestützt insbesondere auf die herrschenden Klassen Kroatiens, die die Serben verdrängen wollten, Frankreich und Großbritannien ökonomisch langsam zu vertreiben und nach Eroberung des Landes durch faschistische Hitlertruppen vollends zu zerspalten. Erst durch den nationalen Befreiungskrieg 1941 bis 1945 (vgl. KVZ 5/80) und die Tatsache, daß die Kommunistische Partei Jugoslawiens die nationale Frage mit der sozialen Befreiung des Landes im Kampf gegen die Aggressoren verbunden hat, ist der gleichberechtigte Zusammenschluß der Völker Jugsolawiens und die Sicherung ihrer sozialen Interessen in einem vom Imperialismus unabhängigen Staat ermöglicht worden.

Die Nationalitätenpolitik des Bundes der Kommunistischen Jugoslawiens hat bislang die Einmischungsmöglichkeiten der Supermächte erheblich eingeschränkt. Gleichwohl sind die Unterschiede zwischen den Teilrepubliken Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Mazedonien und Serbien, in dem die beiden autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina liegen, erheblich. Insbesondere die ökonomischen Unterschiede, die heute *eine* Basis für nationalistische Strömungen innerhalb Jugoslawiens bilden, wo gerade die Vertreter der Supermächte oder der alten herrschenden Klassen Jugoslawiens versuchen anzusetzen. Die verschiedenen Völker Jugoslawiens haben gleiche politische und kulturelle Rechte auf Grundlage des Selbstverwaltungssystems ohne Rücksicht auf ihre Zahl und Flächengröße. Grundsatz ist, daß die Beziehungen zwischen den Republiken und autonomen Provinzen, bzw. zwischen den Nationen nicht durch Majorisierung und Überstimmung durch eine Mehrheit geregelt werden können, sondern mittels Absprache, im Konsens. Die Gleichberechtigung zwischen den Vertretern der Völker wird vor allem durch Parität, bzw. entsprechende proportionale Vertretung erreicht. Praktisch sind alle Staats- und Regierungsorgane der Republik proportional besetzt aus je einem Vertreter der Republiken bzw. autonomen Provinzen. Gesetze können nicht verabschiedet werden, wenn sie nicht vom Rat der Republiken und Provinzen genehmigt worden sind. Dadurch ist die Möglichkeit, daß sich eine Republik über die anderen aufschwingt, erheblich eingeschränkt. Gleichwohl kommt es durchaus zu Widersprüchen aufgrund der ökonomisch unterschiedlichen Entwicklung. Die regionalen Unterschiede sind tatsächlich noch groß. Die ,,wirtschaftlich ungenügend entwickelten" Gebiete umfassen mehr als 40% des gesamten jugoslawischen Staatsgebietes. Kerngebiete liegen dabei in Bosnien, Dalmatien (Kroatien), Serbien, insbesondere Kosovo, wie in Mazedonien. Seit Gründung der SFRJ wird eine Politik der Förderung dieser Gebiete betrieben. Die einzelnen Republiken führen einen bestimmten Prozentsatz ihres Gesamteinkommens ab (heute 2%). Abgebaut sind dadurch die Unterschiede bisher nur punktuell, jedenfalls was die ökonomische Basis angeht. Die meisten der ungenügend entwickelten Gebiete verfügen über Rohstoffvorkommen (Blei in Kosovo, Eisen- und Kohlebergwerke in Mazedonien). Der Schwerpunkt der Förderung lag in der Ausnutzung dieser Ressourcen. Dadurch ist die verarbeitende Industrie nicht ausgebaut worden. Das hat wiederum die Beschäftigtenzahl nicht wesentlich erhöht, der Anteil der Arbeiter ist gegenüber den entwickelten Provinzen nicht gestiegen, gleichzeitig ist aber die Bevölkerung gewachsen. Starke Landflucht ist die Folge sowie Arbeitslosigkeit. Lohnunterschiede zwischen den Republiken sind vorhanden. Andererseits wurde durch diese Politik ein Stück Unabhängigkeit des Landes gesichert, die Abhängigkeit vom Weltrohstoffmarkt eingeschränkt. Der ,,Gesellschaftsplan 76–80" legt als Grundaufgabe u.a. fest: ,,raschere Entwicklung jeder wirtschaftlich ungenügend entwickelten Republik und die rascheste Entwicklung der Sozialistischen Autonomen Provinz Kosovo im Vergleich mit dem Durchschnitt des ganzen Landes ..." In Kosovo leben ca. 1,3 Millionen Albaner. Die beharrliche Fortsetzung einer Politik, die auf Achtung der nationalen Gleichberechtigung unter den Völkern des Landes beruht, schafft günstige Bedingungen dafür, daß Jugoslawien weiterhin seine Unabhängigkeit bewahren kann. Daß das 35 Jahre möglich war, ist das Verdienst der Jugoslawischen Kommunisten unter J.B. Titos Führung.

Bevölkerung Jugoslawiens nach Republiken und autonomen Provinzen im Jahre 1971



Bevölkerung Jugoslawiens nach nationaler Zugehörigkeit im Jahre 1971

Kroaten, Moslem, Slowenen, Albaner, Mazedonier, Serben — Ohne nationales Bekenntnis, Türken, Slowaken, Zigeuner, Unbekannt, Andere Nationalitäten, Bulgaren, Rumänen, Tschechen, Italiener

,,Die Völker Jugoslawiens haben sich, ausgehend von dem Recht jedes Volkes auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf Loslösung aufgrund des im gemeinsamen Kampf aller Völker und Völkerschaften im Volksbefreiungskrieg und in der sozialistischen Revolution frei geäußerten Willens ... die SFRJ geschaffen." Verfassung 1974, Grundsätze



Wahlen zum Arbeiterrat in einem Maschinenbaubetrieb in Belgrad. Die Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte, einschließlich des Streikrechts, durch die jugoslawische Arbeiterklasse und der gute Ausbildungsstandard sind wesentliche Bedingungen der raschen Entfaltung der industriellen Produktivkräfte.

EG mußte im Kooperationsvertrag die unabhängige Stellung Jugoslawiens anerkennen

z.gek. ,,Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien ist ein blockfreier europäischer Mittelmeerstaat und Mitglied der Entwicklungsländer der Gruppe der 77." Dies hat die Europäische Gemeinschaft in dem am 25. Februar in Brüssel unterzeichneten Kooperationsvertrag mit Jugoslawien ausdrücklich anerkennen müssen. Jugoslawien hat damit klargestellt, daß es sich durch diesen Vertrag in keiner Weise der EG als einem imperialistischen Block assoziiert.

Die EG-Imperialisten versuchen gegenwärtig in fast fieberhafter Aktivität, aus den Kriegsumtrieben der beiden Supermächte ihren eigenen Vorteil zu schlagen. Griechenland ist seit Jahresbeginn EG-Mitglied. Die Verhandlungen mit Portugal und Spanien werden beschleunigt vorangetrieben. Die Türkei ist soeben durch die von Matthöfer geleitete Strangulierungsaktion zur Absichtserklärung eines EG-Beitritts genötigt worden. Mit den Asean-Staaten wird dieser Tage ein Kooperationsabkommen unterzeichnet. Ein entsprechendes Abkommen wird mit dem Andenpakt angebahnt. In den arabischen Staaten geben sich westdeutsche, französische, britische Minister und Handelsreisende die Klinke in die Hand. Man könnte fortfahren.

Der relativ rasche Abschluß der Verhandlungen über einen Kooperationsvertrag mit Jugoslawien, vorher jahrelang hingezogen, wird seitens der EG als eine parallele Aktion zu den ,,Garantien" der USA für Jugoslawien im
rantien" der USA für Jugoslawien im
Fall eines sowjetischen Angriffs herausgestellt. Die jugoslawische Regierung hat sich gegen derartigen völlig unerbetenen ,,Beistand" verwahrt. Tatsächlich sind die Druckmittel der EG gegen Jugoslawien durch diesen Vertrag vermindert worden. Es ist Jugoslawien, das die Streitigkeiten der Imperialisten genutzt hat, um die EG zu Konzessionen zu bringen.

Der ,,jugoslawische Selbstverwaltungs-Sozialismus" stecke in einer tiefen Krise, vor allem in der Wirtschaft sehe es zappenduster aus, jetzt müsse man sich bei der EG Kredit holen – so ungefähr die täglichen Rufe der bürgerlichen Presseunken. ,,Wehe wenn Tito stirbt!", grinsen sie. Gemach. In der Krise stecken die Imperialisten selbst. Dagegen sehen auch die *reduzierten* Wachstumsperspektiven Jugoslawiens für 1980 noch ein reales Wachstum der Industrie von 6% vor (gegenüber 8% 1979) und der Landwirtschaft von 3% (1979 4%). Jugoslawien wird gelegentlich als ,,eine der größten Baustellen Europas" bezeichnet. Anfang 1979 z.B. waren 28749 Industriebauten in Arbeit. Der Zuwachs an Produktivkräften war im letzten Jahrzehnt der höchste der ganzen Welt, neben Rumänien.

Ein großes Problem ist allerdings der Außenhandel mit den imperialistischen Ländern, und hier besonders mit der EG, (rund 40% des gesamten Außenhandels). Jugoslawien konnte seine enormen Investitionen nur aus Importen decken, die gesteigerte Eigenproduktion ging zu einem Großteil in den inländischen Konsum. Andererseits stieß es mit seinen Exporten auf immer massivere Zoll-und Einfuhrbarrieren seitens der EG, nachdem es sich in die ursprünglich zugedachte Rolle eines reinen Rohstofflieferanten nicht hatte drängen lassen. Jugoslawische Industrie- und Agrarprodukte unterlagen strikten Einfuhrbeschränkungen, sodaß die Importe aus der EG zuletzt nur noch zu weniger als 40% durch jugoslawische Exporte gedeckt waren, im Handel mit der BRD sogar nur zu 25%. Der überfüllte Markt und sinkende Konsum in den westeuropäischen Ländern stellte dies Problem immer schärfer. 1979 kam ein Handelsdefizit von 6 Mrd. $ zustande, davon 4 Mrd. mit der EG.

Seit der Wiederaufnahme der Kooperationsverhandlungen 1978 hat es Jugoslawien konsequent abgelehnt, sich der ,,restriktiven und protektionistischen Politik der EG" zu beugen (Politika, 18.2.78). Es forderte freien Zugang zum Markt der EG ohne Zölle und Hindernisse. Diesen hat es nun durchgesetzt, mit Ausnahme von Mengenbeschränkungen bei 30 ,,empfindlichen Produkten", mit denen der westeuropäische Markt schon völlig überfüllt ist. Jugoslawien behält sich seinerseits vor, gegen die hereindrängende Warenmasse aus den EG-Ländern Einschränkungen und Zölle zu setzen. Eine auf wenige Produkte beschränkte, abhängige Industrialisierung und Entwicklung der Landwirtschaft zu vermeiden, war für Jugoslawien der wichtigste Punkt bei den Verhandlungen, hat die verhandlungsführende Ministerin Milica Ziberna erklärt. Mit dem Resultat sei ihr Land soweit zufrieden.

das Recht ,,betreffend den Verkauf, die Beförderung und den Kauf von Wertpapieren oder Waren". Nach dem neuen Vertrag sind alle Taten auslieferungsfähig, die nach dem Recht beider Staaten strafbar sind. Zudem sind die Formvorschriften für einen Auslieferungsantrag einfacher. Die Strafverfolgungsmöglichkeiten werden damit erheblich erweitert.

z.mam. **,,Für die Einstellung zum Thema und erschreckend zugleich ist, ... daß die befruchtete Eizelle nicht als potentieller Mensch und nicht als ungeborenes menschliches Leben anzusehen ist, das der Staat zu schützen hat."** So die Deutsche Bischofskonferenz zum Bericht der Regierungskommission ,,zur Auswertung der Erfahrungen mit dem reformierten §218". Das Problem der Kommission besteht in ,,der geringen Beratungsbereitschaft und der oft geringen Beratungseffektivität", weil in ,,der Bundesrepublik Deutschland negative Meinungen weit verbreitet (sind) über eine ablehnende, diskriminierende Behandlung abbruchswilliger Frauen durch Ärzte, Pflegepersonal und Berater ..." In ihren ,,Empfehlungen" schlagen sie der Bundesregierung vor: ,,Insbesondere bedarf die Frage, was unter den Lebensbedingungen unserer Gesellschaft als Notlage zu verstehen ist, einer weiteren Klärung." Für die Deutsche Bischofskonferenz ein willkommener Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die gesamte Reform des §218 gescheitert ist, weil sie nicht besser als eine Strafvorschrift sei. Für die Verschärfung der Strafbestimmungen hatte sie eigens in ihrem Hirtenbrief letztes Jahr ein neues Wort erfunden: ,,Die gewährten Hilfen und die vorgesehene Beratung müssen so wirksam sein, daß sie den Wegfall des *Strafschutzes* zumindest ausgleichen können."

z.anp. **Am 16.2. ist in Westberlin die Tutanchamon-Ausstellung eröffnet worden.** Die Ausstellung wird bis zum 26. Mai in Westberlin und anschließend in Köln, München, Hannover und Hamburg zu sehen sein. Ihre Durchführung beruht auf einer Vereinbarung zwischen der ägyptischen Regierung und der Bundesregierung. Die ausgestellten 55 Gegenstände – allesamt aus der Grabkammer des vor 3500 Jahren gestorbenen ägyptischen Königs Tutanchamon – geben Zeugnis von der außerordentlich hohen Entwicklungs- und Kulturstufe des ägyptischen Volkes, von seinen gut ausgebildeten Produktivkräften. Die bürgerliche Presse begibt sich derweil in die Tradition bourgeoiser Raubzüge auf die Kulturträger anderer Völker. So ,,legal" wie die Kalksteinbüste der Königin Nofretete durch den Finanzier der Ausgrabungen im ägyptischen Amarna, James Simon, 1912 nach Berlin kam, so ,,legal" kamen die gesamten Ausgrabungen von Troja bereits 30 Jahre vorher durch Heinrich Schliemann hierher. Dieser hatte für 50000 Francs sämtliche Besitztitel auf die Ausgrabungsgegenstände erworben. Die ,,Berliner Morgenpost" schwelgt: ,,Nach Kairo besitzt unser ägyptisches Museum die ‚weltbeste' Amarna-Sammlung ... Für ‚Tutanchamon' ... rückt der berlinische Amarna-Clan, ‚Nofretete und ihr Hofstaat', zu einem besonderen Familientreffen zusammen. Tut kann sich wie zu Hause fühlen."



Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

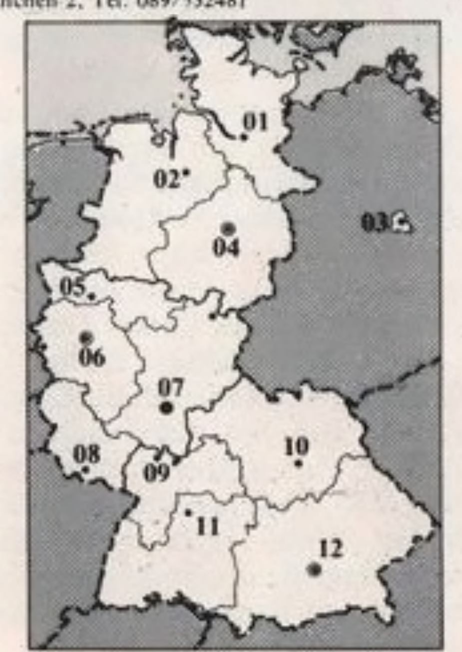
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.anp. **Für die Einstellung aller Häuserkampfübungen der US-Besatzer im Westberliner Stadtteil Kreuzberg, haben sich der Betriebsrat und nahezu alle Beschäftigten der Internationalen Bauaustellung GmbH ausgesprochen.** Rund 500 Unterschriften mit der gleichen Forderung wurden in kurzer Zeit gesammelt. Seit den letzten Häuserkampfübungen der US-Besatzer am 30./31. Januar im Abrißkomplex Skalitzer Straße 115/119 haben die Besatzertruppen insgesamt ihre Manövertätigkeit ausgedehnt und wollen den Manöverraum auf alle Teile der Stadt ausdehnen. Diese Manöver, die der weiteren Festigung des Brückenkopfes Westberlin dienen sollen, hat für die Baukapitalisten einen direkten Nutzen: die Benutzung von Sanierungs- und Abrißhäusern für die Manöver bringt den Bauträgern zusätzlichen Gewinn, schafft die Möglichkeiten für einen ausgeweiteten und radikalen Abriß der Häuser, auch solcher, die jetzt noch in der Nachbarschaft bewohnt sind. Über diese Kampftätigkeit der Besatzer, entwickelt sich zunehmend die Forderung nach Abzug der Besatzer, wie sie in einem Brief der Bewohner der Nachbarhäuser an die Besatzer, den Senat, das Kreuzberger Bezirksamt und die Presse erhoben wurde.

b.hör.Kiel. **Karl Heinz Luckhardt (Kieler SPD-MdL) und Peter Neuber (OB von Neunkirchen / Saarland)**



buhlen um das Amt des Kieler OB. Luckhardt, Vorsitzender der Wirtschaftsausschusses des Landtages, fordert Subventionierung der Werftkapitalisten unter Gewerkschaftskontrolle und ,,Kapitalbeteiligung zugunsten der Arbeitnehmer''. Seine Vergangenheit als Maler und Kranführer soll für die ,,Bürgernähe'' sorgen. Neuber war sechs Jahre im Bonner Städtebaumini-



buhlen um das Amt des Kieler OB. Luckhardt, Vorsitzender der Wirtschaftsausschusses des Landtages, fordert Subventionierung der Werftkapitalisten unter Gewerkschaftskontrolle und ,,Kapitalbeteiligung zugunsten der Arbeitnehmer''. Seine Vergangenheit als Maler und Kranführer soll für die ,,Bürgernähe'' sorgen. Neuber war sechs Jahre im Bonner Städtebaumini-
sterium Leiter des Referats ,,Durchführung des Städtebauförderungsgesetzes''. In dem von der Krise in der Stahlindustrie schwer betroffenen Neunkirchen sorgte er mit Hilfe öffentlicher Gelder für Industrieansiedlung und Stadtneugestaltung. Daß Neuber einen so heißen Draht nach Bonn hat, wird ihm bestimmt auch die Gunst der Kieler Kapitalisten sichern.

b.lom. **Folgender Antrag lag auf dem Handwerkerausschuß der IG Metall vor: Der Vertrag der Stadt Flensburg mit der Diako müsse für null und nichtig erklärt werden:** ,,Die AOK hat in ihrem Jahresbericht selbst geschrieben, daß die Zahl der Krankenfälle zugenommen hat, 1977 bis 1978 von 37503 auf 38787. für das Jahr 1979 hat die AOK sogar eine Steigerung von 3% angenommen. ,,Trotz sinkender Bevölkerung''. Auch die Steigerung der Arbeitsleistung im gesamten Handwerk ist höher geworden. Von 1970 bis 1980 stiegen die Umsätze im gesamten Metallhandwerk um 212%. Gleichzeitig nahm aber die Zahl der Beschäftigten nur um 14% zu (IG Metall Nachrichten für das Sanitär- und Heizungshandwerk, Nr.1, Jan. 80). Deshalb ist es besonders notwendig, daß die Kollegen in den Gewerkschaften sich als organisierte Kraft der Arbeiterschaft für den Erhalt und den Ausbau der Klinik Ost einsetzen.'' Der Antrag wird aus Zeitgründen erst auf dem nächsten Ausschuss verhandelt.

b.kym. **35Auszubildende aus dem UKE nahmen an der Kundgebung zu einem neuen Manteltarif für Auszubildende Ende Januar in Hamburg teil.** Die Krankenpflegeschüler fordern vor allem Abschaffung der Nachtarbeit. 14 von 17 Schülern des Kurses 4 nahmen teil. Personalchef Möller drohte Verweis in die Akte an, da die Kundgebung während der Arbeitszeit stattfand. Der Personalrat stimmte nicht zu. Die ÖTV-Vertrauensleute des UKE schickten allen Teilnehmern einen Brief, in dem sie die Forderungen unterstützen und Rechtsschutz durch das Jugendsekretariat anbieten.

r.sin. **Durch die Aufstellung der Tarifforderungen im niedersächsischen Einzelhandel sind gute Voraussetzungen für den Lohnkampf geschaffen.** HBV fordert für einzelne Gehaltsgruppen Erhöhungen von mindestens 150 DM, bei den Löhnen Beträge zwischen 155 und 218 DM. Durch Verkürzung der Berufsjahrstaffeln ergeben sich zum Teil größere Erhöhungsbeträge. Die Lohngruppe 1 soll ganz wegfallen. Erstmals fordert die Tarifkommission für die Auszubildenden eine deutliche Erhöhung der Vergütungen um 90 DM. Die Aufstellung dieser Forderungen zeigt, daß der Druck, der ohne Zweifel von dem Abschluß in der Metallindustrie ausgeht, keinen Einfluß auf die HBV-Tarifkommission gehabt hat. Ähnlich ist die Lage im Großhandel, für den ebenfalls am 30.4. die Tarife auslaufen. Hier wird über die Forderung erst am 12.3. beschlossen. Es haben aber in den letzten Wochen verschiedene Mitglieder- und Funktionärstagungen stattgefunden, auf denen über die Struktur der Tarife und über die gewerkschaftliche Taktik beraten wurde. Dabei wurde über einige Grundsätze Einigkeit hergestellt: 1. Die Aufstellung der Forderung soll in DM, nicht in % erfolgen (in Hannover sind 180 DM in der Debatte). 2. Verkürzung der Berufsjahrstaffel (bisher dauert es 9 Jahre, bis man als ausgelernter Großhandelskaufmann das Endgehalt der Gruppe 2, derzeit 1590 DM, erreicht). 3. Erhöhung der Auszubildendenvergütungen um den DM-Betrag, der für die Gehaltsgruppe 2 ausgehandelt wurde. 4. Absicherung übertariflicher Zulagen. 5. Angleichung der Laufzeiten der drei niedersächsischen Großhandelstarife (allgemeiner, genossenschaftlicher und Nahrungsmittel-Großhandel).

b.anr. **Seit 1972 ist der Kostenanteil für Energie in den 1500 Unterglasgartenbaubetrieben in Hamburg von 10 auf 40% gestiegen.** Die Erzeugerpreise werden diktiert durch die Konkurrenz aus Holland, wo die Energiekosten für die Gemüsegärtner um ein Mehrfaches niedriger gehalten werden durch staatliche Interventionen. Am 1.1.1980 sind die ,,Investitionshilfen für Energieeinsparung'' von 20 auf 25% erhöht und ausgedehnt worden auch auf solche Investitionen, die eine Umstellung von Ölheizung auf Solar-, Biomasse- und Windkraftanlagen darstellen. Die CDU will diese Investitionshilfe in der Bürgerschaft noch um weitere 5% für die Hamburger Gärtner erhöhen. Bei der Größenordnung von Investitionen für solche Umrüstung sind diese Investitionshilfen so berechnet, daß die

b.anr. **Seit 1972 ist der Kostenanteil für Energie in den 1500 Unterglasgartenbaubetrieben in Hamburg von 10 auf 40% gestiegen.** Die Erzeugerpreise werden diktiert durch die Konkurrenz aus Holland, wo die Energiekosten für die Gemüsegärtner um ein Mehrfaches niedriger gehalten werden durch staatliche Interventionen. Am 1.1.1980 sind die ,,Investitionshilfen für Energieeinsparung'' von 20 auf 25% erhöht und ausgedehnt worden auch auf solche Investitionen, die eine Umstellung von Ölheizung auf Solar-, Biomasse- und Windkraftanlagen darstellen. Die CDU will diese Investitionshilfe in der Bürgerschaft noch um weitere 5% für die Hamburger Gärtner erhöhen. Bei der Größenordnung von Investitionen für solche Umrüstung sind diese Investitionshilfen so berechnet, daß die
mittleren und großen Betriebe der Konkurrenz aus Holland standhalten können, während weitere kleine Betriebe auf der Strecke bleiben.

b.tis. **,,Beruhigung des Sturms aut dem Meer'' (Lukas 8, 22-25).** Klose predigte von der Kanzel St. Nikolai: ,,Obwohl es uns materiell gut geht, leben wir in Furcht.'' Als Plagegeister nannte er die Jugend und die älteren Mitbürger mit ihrem Bestreben, ihre Wünsche zu Lasten der Kapitalisten durchzusetzen.



b.uwz. **IG Metall will den Kampf gegen die unteren Lohngruppen auch nach der Übertragung des 6,8% Abschlusses im Nordverbund fortsetzen.** Dafür sprachen sich sämtliche Redner auf der Sitzung der großen Tarifkommission des IGM Nordverbund am 25.02. in Bremen aus. Einigkeit bestand darin, daß der Abschluss gerade für die unteren Gruppen zu niedrig ist. Die Mehrheit der Delegierten war der Auffassung, daß die Gewerkschaftseinheit der IGM für Festbeträge noch gestärkt werden muß im Kampf gegen die Lohnsenkungen. Dies soll 1980 durch betriebliche Aktionen gegen die unteren Gruppen – wie es VKs bereits beschlossen haben – und auf dem Gewerkschaftstag fortgesetzt werden. 90 Delegierte wollten ihre klare Ablehnung der 6,8% deutlich demonstrieren. Abstimmung: 281:90 für Übertragung. Daß der Kampf gegen die Billiglöhne und die unteren Lohngruppen fortgesetzt werden muß, zeigt auch, daß die Lohnsenker der norddeutschen Kapitalistenverbände METALL nur knapp die 6,8% Sonderzahlungen annahmen. Sie werden die IGM einheitlich gegen sich haben.

Mehrarbeit und Arbeitsintensität

r.gör. Heute sind Tarifvereinbarungen über die 40-Stundenwoche für etwa 93% aller Lohnabhängigen in Kraft. Die bügerlichen Propagandaredner weisen darauf hin, daß die durchschnittlichen Arbeitszeiten kleiner geworden sind. Aber das ist aus mehreren Gründen irreführend.

Erstens. Die tatsächliche durchschnittliche Arbeitszeit liegt wesentlich höher als die tarifliche Durchschnittsarbeitszeit.

Zweitens. Auf die tendenzielle Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit haben die Kapitalisten mit einer Ausweitung der Mehrarbeit reagiert. Schaubild 1 zeigt, wie sich im Durchschnitt aller Lohnabhängigen der Anteil der Mehrarbeitszeit an der tariflichen Arbeitszeit entwickelt hat. Die großen Schwankungen spiegeln vor allem die kapitalistische ,,Konjunktur''. Heute liegt bei den Arbeitern in der Industrie Niedersachsens der Umfang der Mehrarbeit bei durchschnittlich 100 Stunden im Jahr. Das ist etwa die Hälfte des in Arbeitszeit umgerechneten Urlaubs.

Drittens. In Wirklichkeit verbirgt sich hinter den ,,durchschnittlichen'' Arbeitszeiten eine gewaltige Streuung der tatsächlichen Arbeitszeiten. Ein Teil der Arbeiter ist zu extrem langen Arbeitszeiten, ein anderer Teil zu Kurzarbeit oder Teilzeitarbeit gezwungen. Etwa die Hälfte bis ein Drittel der Arbeiter sind gezwungen, regelmäßig Überstunden zu machen. Sie machen im Durchschnitt 200 – 250 Überstunden pro Jahr. Es ist nichts als Roßtäuscherei, die Mehrarbeit der einen gegen die erzwungene Kurzarbeit der anderen aufzurechnen.

Die Schaubilder 2 – 5 zeigen, wie groß die Streuung der Wochenarbeitszeiten in Wirklichkeit ist. Sie stellen die Verhältnisse in der Gesamtindustrie Niedersachsens im Jahr 1972 dar. Aus diesem Jahr stammt die letzte differenzierte Erhebung dieses Sachverhalts durch die Statistischen Ämter.

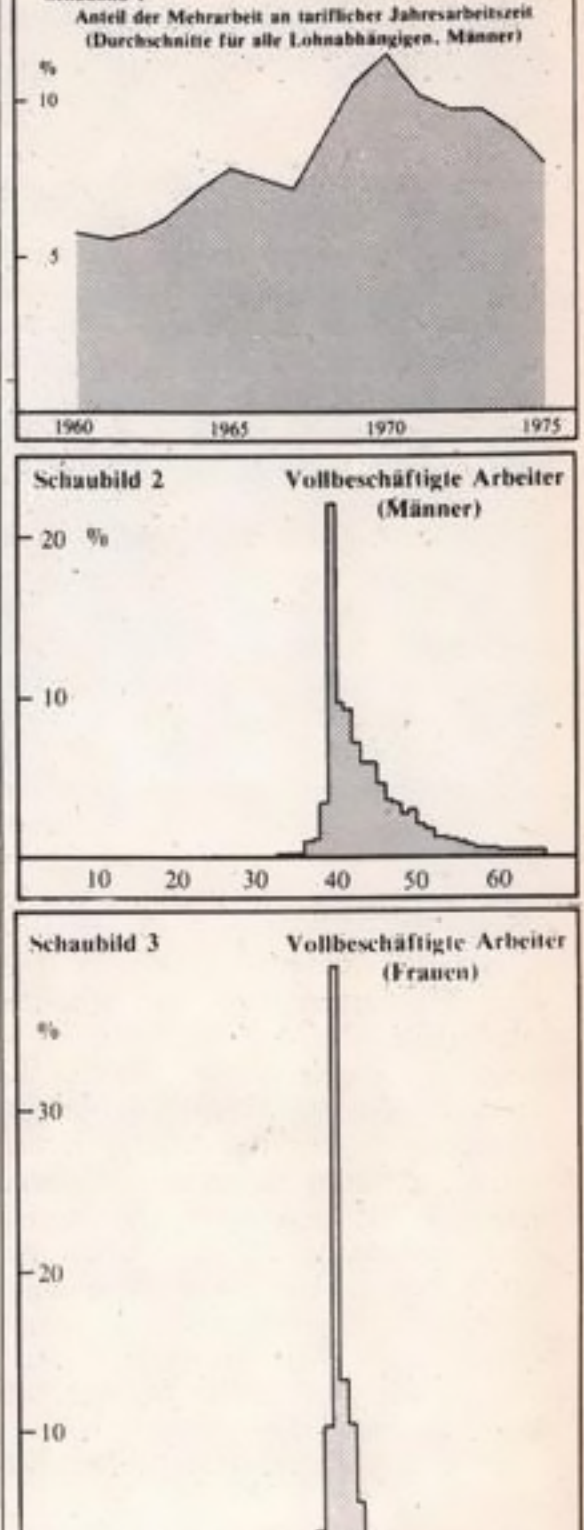
Viertens. Das Ausmaß der Streuung der Wochenarbeitszeiten hat sich nicht verringert. Die Abweichungen von der durchschnittlichen Arbeitszeit, das Ausmaß der Verletzungen der Normalarbeitszeit hat vielmehr in der Tendenz der letzten 20 Jahre zugenommen.

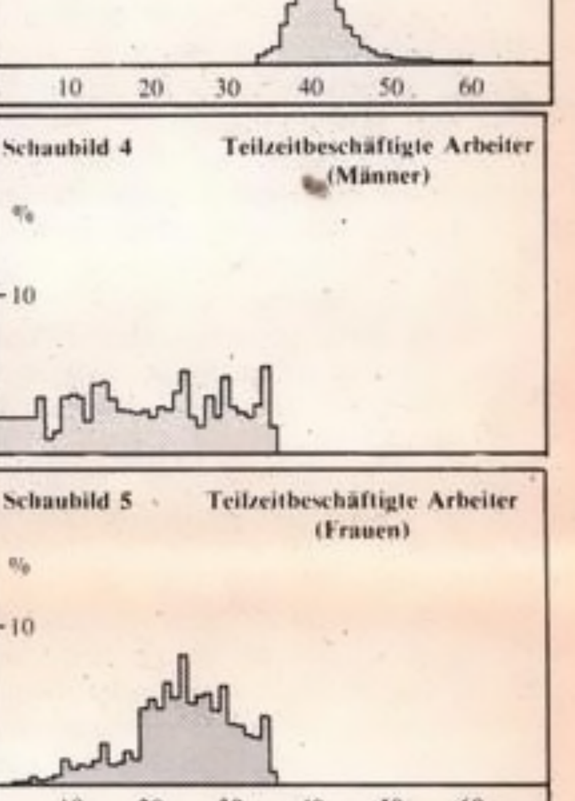
Was zwingt zur Mehrarbeit? Es ist nützlich, den Umfang desjenigen Lohnanteils zu berechnen, der nur durch Mehrarbeit zustandekommt. 1979 hatten die Arbeiter in der niedersächsischen Industrie einen durchschnittlichen Bruttomonatslohn von 2219 DM, davon aber etwa 115 DM aus Mehrarbeit. Für die Hälfte bis ein Drittel aller Arbeiter, die zu regelmäßigen Überstunden gezwungen sind, macht dieser Lohnanteil sogar monatlich 200 – 250 DM aus. Er spielt also eine wesentliche Rolle für die Reproduktion der Arbeiterhaushalte.

Gut erkennen kann man den Zusammenhang zwischen der materiellen Lage der Arbeiterhaushalte und dem Umfang, in dem sie zu Mehrarbeit gezwungen sind, an folgendem Sachverhalt: je größer die Zahl der Kinder, die ein Arbeiter zu ernähren hat, desto größer das Ausmaß an Überstunden, das er leistet. Dies wird in einer statistischen Untersuchung nachgewiesen.

Der Umfang an Mehrarbeit ist freilich je nach Branche ganz unterschiedlich. Die untenstehende Tabelle zeigt für einige Branchen in Niedersachsen (Juli 1979) den durchschnittlichen Anteil der Mehrarbeitszeit an der Gesamtarbeitszeit und den durchschnittlichen Anteil des Lohns aus Mehrarbeit am Gesamtlohn. Ein extremes Beispiel ist die fischverarbeitende Industrie (wie überhaupt die meisten Nahrungs- und Genußmittelindustrien). Liegt der Durchschnittslohn hier schon äußerst niedrig, verbunden mit einem hohen Frauenanteil, so das Ausmaß an Mehrarbeit besonders hoch. Wie erheblich sich die Lohnverteilung hierdurch verändert, zeigt das Schaubild unten.

Worauf sind die großen Unterschiede zwischen den Branchen zurückzuführen? Ein wesentlicher Grund liegt darin: Je mehr bereits durch Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit die Arbeitsintensität durch die Kapitalisten gesteigert worden ist, desto geringer sind die physischen Reserven, um durch Mehrarbeit den niedrigen Lohnstandard zu verbessern. Tatsächlich zeigt sich, daß die Arbeiter im Akkordlohn durchweg weniger Überstunden verzeichnen als die Arbeiter im Zeitlohn. So ist in vielen Branchen bereits die Bekämpfung der übermäßigen Arbeitsintensität entscheidend.





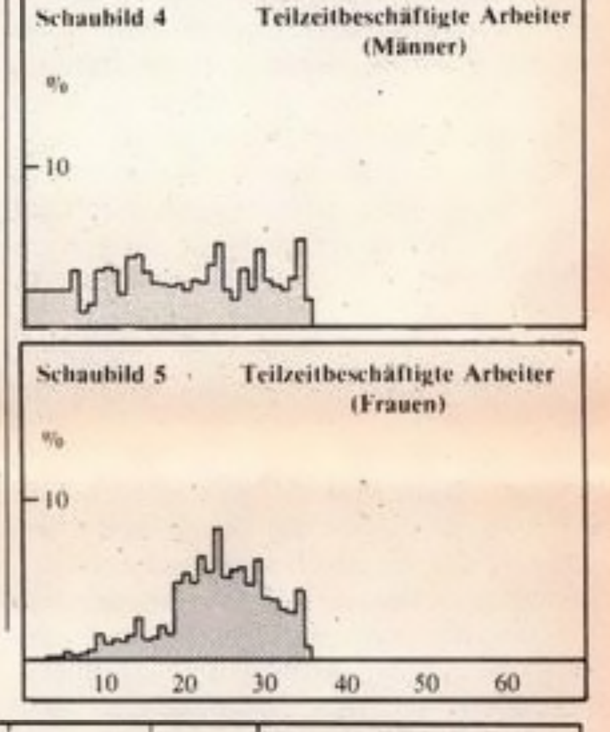
scherei, die Mehrarbeit der einen gegen die erzwungene Kurzarbeit der anderen aufzurechnen.

Die Schaubilder 2 – 5 zeigen, wie groß die Streuung der Wochenarbeitszeiten in Wirklichkeit ist. Sie stellen die Verhältnisse in der Gesamtindustrie Niedersachsens im Jahr 1972 dar. Aus diesem Jahr stammt die letzte differenzierte Erhebung dieses Sachverhalts durch die Statistischen Ämter.

Viertens. Das Ausmaß der Streuung der Wochenarbeitszeiten hat sich nicht verringert. Die Abweichungen von der durchschnittlichen Arbeitszeit, das Ausmaß der Verletzungen der Normalarbeitszeit hat vielmehr in der Tendenz der letzten 20 Jahre zugenommen.

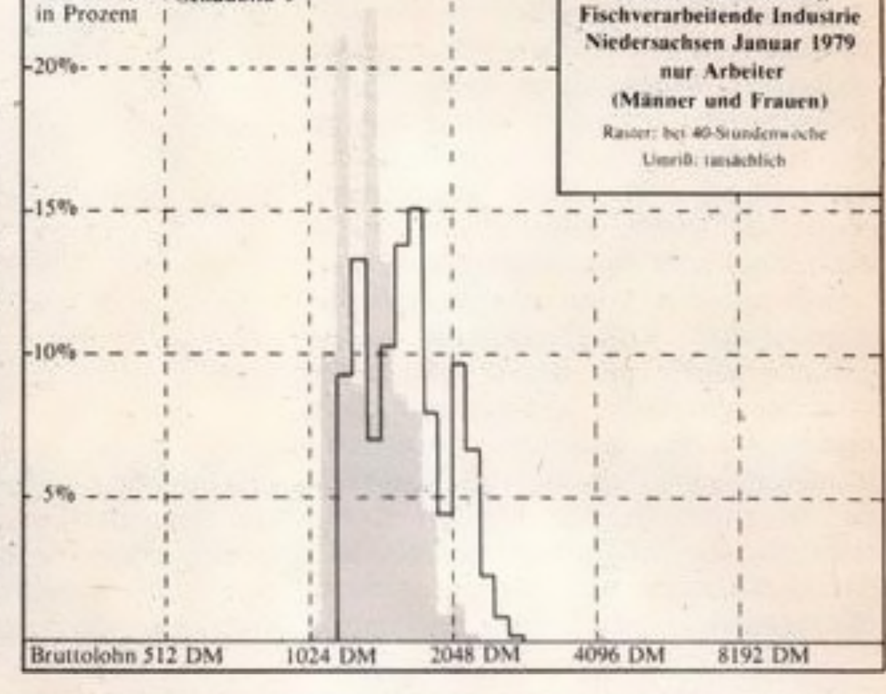
arbeit besonders hoch. Wie erheblich sich die Lohnverteilung hierdurch verändert, zeigt das Schaubild unten.

Worauf sind die großen Unterschiede zwischen den Branchen zurückzuführen? Ein wesentlicher Grund liegt darin: Je mehr bereits durch Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit die Arbeitsintensität durch die Kapitalisten gesteigert worden ist, desto geringer sind die physischen Reserven, um durch Mehrarbeit den niedrigen Lohnstandard zu verbessern. Tatsächlich zeigt sich, daß die Arbeiter im Akkordlohn durchweg weniger Überstunden verzeichnen als die Arbeiter im Zeitlohn. So ist in vielen Branchen bereits die Bekämpfung der übermäßigen Arbeitsintensität entscheidend.



Durchschnittliche Mehrarbeitsanteile für Arbeiter (Männer) in der niedersächsischen Industrie, Juli 1979

Branche	Durchschn.-lohn	Anteil Mehrarbeit	Lohn durch Mehrarbeit
	DM	%	DM
Industrie (o. Bau)	2483	5,3	184
Hoch- und Tiefbau	2453	6,0	175
Erdöl, Erdgas	2769	9,0	286
Eisen und Stahl	2526	5,3	159
Investitionsgüter	2513	5,0	151
Maschinenbau	2409	6,7	192
Elektrotechnik	2227	3,3	89
Chemische Industrie	2392	6,0	170
Holzverarbeitung	2392	6,5	183
Textil	2136	5,5	141
Bekleidung	2106	1,0	126
Fischverarbeitung	2067	15,0	332
Obst- und Gemüseverarbeitung	2271	16,9	403
Nahrung und Genußmittel	2370	11,9	312



b.uwz. **Hamburger Metallarbeiter sammelten um 2000 DM für die streikenden britischen Stahlarbeiter.** Davon wurden über 1000 DM auf der IGM-Vertreterversammlung zusammengetragen. U.a. riefen die IGM Vertrauenskörper von Still und Ortmann und Herbst zur Sammlung im Betrieb auf. Die IGM Vertrauensleute haben bei Still allein im Fahrzeugwerk 62,00 DM unter den Arbeitern gesammelt. Auch die IGM Jugendgruppen sammelten auf ihrer Funktionärsversammlung und dem Fest der DGB Gewerkschaftsjugend ca. 500 DM. Diese Gelder für die Kriegskasse der Arbeiter im Kampf um den internationalen Lohnstandard gingen an: *ISTC (Iron Steel Trade Council)-Offices; Mr. Key Jones; Doncaster Road; Rotherham, South Yorkshire, GB.*

b.clm. **Die Staatsschutzkammer Flensburg will den Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen C.U. Monica, koste es, was es wolle, durchführen, auch wenn die Staatsanwaltschaft keinerlei Beweismittel für die presserechtliche Verantwortlichkeit des Angeklagten vorweisen kann.** Darauf hat der Vorsitzende Richter Sauer am letzten Verhandlungstag bestanden und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß ja die Verhandlung selber unter Umständen solche Beweismittel liefern könne. Er glaube zwar auch nicht an ein Geständnis, theoretisch ließe sich das aber nicht ausschließen. Der Vorstoß der Verteidigung, den Prozeß einzustellen, rief allerdings bei der Staatsanwaltschaft beträchtliche Nervosität hervor. Sie fühlte sich genötigt, zu versuchen, den Beweis anzutreten. Sie legte eine neue Volksmiliz als Beweismittel vor und deutete gleichzeitig an, daß sie vorhabe, ,,aus der dominierenden Stellung des Angeklagten im Bezirk Flensburg Westküste des KBW'' den Schluß auf die presserechtliche Verantwortlichkeit zu ziehen. Mit diesem übereilten Manöver brachte die Staatsanwaltschaft die Staatsschutzkammer in beträchtliche Schwierigkeiten. Sie ließ die Katze zu früh aus dem Sack, und obendrein mußte der Prozeß unterbrochen werden, damit die Verteidigung Zeit für die Untersuchung der neuvorgelegten Beweismittel hat. Weil die Staatsschützer schon zu Beginn des Prozesses offenlegen müssen, daß die Anklage juristisch haltlos ist, werden sie um die politische Auseinandersetzung nicht herumkommen.

b.irs. **1977 hat die Stadt Lüneburg den Jugendlichen in der Innenstadt die Erweiterung des AKJZ-Kellerlochs versprochen.** Sie war dazu durch eine Demonstration zur Stadtratssitzung gezwungen worden. 1980 sollte der Umbau losgehen. Im Stadthaushalt ist dafür kein Pfennig vorgesehen. Die Jugendlichen haben daraufhin den Sozialdezernenten SCHUMANN (FDP) vorgeladen. Angesichts der 120 Jugendlichen hat er sich aus dem Staub gemacht. Die Stadt stellt sich jetzt stur. Seit Jahren kämpfen die Jugendlichen um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Den AKJZ-Keller und das Jugendzentrum Kaltenmoor mußte die Stadt zugestehen. Die Stadt kontrolliert sie. Gängelung und Schikane haben in Kaltenmoor zu schweren Auseinandersetzungen geführt. Die Stadt hat das Jugendzentrum geschlossen und gegen 19 Jugendliche Anzeige erstattet. Jetzt soll das JZ Kaltenmoor wieder eröffnet werden, ohne Disco

Bremer Schüler streiken gegen verschärfte Abschlußprüfung

r.svr. Nachdem mehrere tausend Bremer Schüler schon im letzten Jahr die Durchsetzung des Tossenspapiers durch den Bremer Senat durch Streiks verhindert hatten, streikten jetzt am 26.2. 8000 bis 10000 Schüler gegen die Einführung der Sequentialität. Die Sequentialität ist ein Bestandteil des Tossenspapiers und beinhaltet, daß die Schüler in Zukunft nur noch einmal, zu Anfang der Hauptphase in der NGO ihre Kursthemen wählen können. Damit wird auf der einen Seite jeglicher Einfluß der Schüler auf die Kursthemen beseitigt und andererseits die Abiturprüfung verschärft, da der Inhalt aller 4 Halbjahre der Hauptphase im Abitur abgeprüft werden kann.



Niedersächsischer Schülerkongreß

r.sbe. „Wenn Remmers nicht zu uns kommt, dann kommen wir zu ihm", heißt es in einer Resolution vom 2. Niedersächsischen Schülerkongreß, der am 23./24.2. in Peine stattfand. Einmütig wurde für den 19.3.80 eine landesweite Demonstration in Hannover beschlossen. Streikaktionen für dieses Datum wurden angesprochen, aber nicht beschlossen. Dort, wo sie stattfinden, werden sie durch den Kongreß unterstützt. Insgesamt war der Kongreß ein Fortschritt in der Klärung der anstehenden Fragen. Die Arbeitsgruppe Berufsschulen hat z.B. Forderungen u.a. nach 12 Stunden Berufsschule an 2 arbeitsfreien Tagen, gegen den Abbau der Schulpflicht durch Berufsgrundbildungsjahr und Berufsvorbereitungsjahr, für die Schaffung von Möglichkeiten für arbeitslose Jugendliche und Jungarbeiter, an der Berufsschule eine Facharbeiterausbildung absolvieren zu können, beschlossen, und diese Forderungen wurden durch den Kongreß breit unterstützt, aber bis auf die erste nicht in die Abschlußresolution aufgenommen. In der Abschlußresolution taucht dagegen erneut die Forderung nach Einführung der Gesamtschule als Regelschule auf, diese Frage ist nach wir vor ungeklärt. Für die Demonstration am 19.3. hat die GEW auf dem Kongreß bereits ihre Unterstützung zugesagt.

Die Bauern sind nicht „zu Opfern bereit", sondern zu Kampfmaßnahmen

b.ham. „Im Landesvorstand herrschte Einmütigkeit in der Auffassung, daß angesichts der sich zuspitzenden Preis-Kosten Entwicklung in der Landwirtschaft und der völlig unzumutbaren Preisvorschläge der EG Kommission mittlerweile auch bei den Mitgliedern (des Bauernverbandes) ein grundlegender Meinungswandel eingetreten ist, der jetzt verstärkte Aktivitäten verlangt." So das Schleswigholsteinische Bauernblatt vom 23.2.80. Es stimmt, die Bauern verlangen verstärkte Aktivitäten von ihrem Verband.

Der Bauernverbandshauptausschuß hat jetzt, nachdem seit zwei Monaten die Bezirks- und Kreisbauerntage stattfinden, einen Maßnahmenkatalog beschlossen. Er sieht vor: Pressekonferenzen auf Kreisebene, in denen die Situation der Bauern geschildert und die Forderung nach Erzeugerpreiserhöhung begründet werden soll. Weiter Gespräche mit den betreffenden Bundestagsabgeordneten. Am 24. März Teilnahme von 500 Bauern an der zentralen DBV Großkundgebung in Essen! Nicht aufgenommen worden sind bereits geforderte örtliche Demonstrationen. Es wird darauf ankommen, Argumente ins Feld zu führen, die von der Lage der Bauern her begründet sind. Sönke Paulsen, Vollstedt, Kreisvorsitzender von Nordfriesland, hat auf der Bezirksbauernversammlung in Wester-Ohrstedt Klage geführt, daß die Zeitungen, das Fernsehen usw. seine Aussagen immer verdrehen würden. Dieses beruht auf folgendem handfesten Interesse: Das Finanzkapital ist es, das den Bauern einen verdrehten Blick auf ihre Lage aufzwingen will. Nämlich, das sie von ihrem Besitz leben (wie die Rentiers) und nicht von ihrer Arbeit, oder davon jedenfalls nur ein bißchen. Sie leben aber von ihrer Arbeit. Ein Hektar Land arbeitet genausowenig wie Geld, sein Besitz ist für den Bauern – wie z.B. auch der Fischkutter für den Fischer – Mittel zum Einsatz seiner Arbeitskraft. Davon muß sich der Verband leiten lassen.

In der „Deutschen Bauern Korrespondenz" hat Freiherr Heeremann im Januar geschrieben: „Wir Bauern sind es gewohnt, den Gürtel auch einmal enger zu schnallen, wenn Not an Mann ist." Das klingt wie eine Bonner Parlamentsrede. Hat Freiherr Heeremann etwa den Bauernverband mit der CDU verwechselt? So kann man die richtige 7,9% Forderung nicht begründen.

Region Mittelrücken Nord (Geest)

Betriebstyp	ausgezahlter Preis in DM	benötigter Preis ohne Neuverschuld.	Differenz in DM	Differenz in %
Futterbau Milchwirtschaft unter 40 ha	0,62/l	0,67/l	0,05/l	8,1
Futterb. Milchw. 40 – 60 ha	0,62/l	0,68/l	0,06/l	9,7
Futterb. Milchw. über 60 ha	0,61/l	0,71/l	0,10/l	16,3
Veredelung Marktfruchtbetrieb	44,86/dz (Getreide)	50,34/dz	5,48/dz	12,2

Anhand der „Wirtschaftsergebnisse 1978/79 des Landwirtschaftlichen Buchführungsverbandes für Schleswig-Holstein und Hamburg" haben wir – mit der Region Mittelrücken-Nord (Geest) als Schwerpunkt – errechnet, welche Erzeugerpreiserhöhung die Bauern durchsetzen müßten, um nicht weiter die Substanz anzugreifen. Wir haben die Betriebe auf einen Betriebszweig (Milch, Getreide) hochgerechnet und dazu die erfolgte Geldverminderung je ha des Wirtschaftsjahres in Beziehung gesetzt. Die Geldverminderung liegt bei diesen Betrieben immer über 230 DM/ha. Sie wird sich entweder in einem weiteren Wachstum insbesondere der kurzfristigen Schulden (78/79 +338 DM/ha) niederschlagen bzw. erfolgen Verkäufe aus der Substanz. Der Buchführungsverband unterteilt in „gute, durchschnittliche, abfallende" Betriebe, denn es handelt sich um einen „Betriebsvergleich". Wir sind von „durchschnittlichen" Betrieben ausgegangen.

IG Metall in Hamburg fordert

„Gummibälle" (Frikadellen) und Sü

beruht auf folgendem handfesten In-

IG Metall in Hamburg fordert Kantine an Berufsschule

r.uwz. Die Ortsverwaltung der IG Metall Hamburg fordert in einem Brief an Schulsenator Grolle (SPD), daß in dem Neubau der G16 (Berufsschule für Nachrichten-, Zeitmeß- und Feinwerktechnik) sofort eine Kantine eingerichtet wird. Die IG Metall Jugendgruppen und Betriebsräte von AEG und Siemens hatten bei der Kontrolle der Baupläne festgestellt, daß die versprochene Kantine mit „Warmverpflegung", d.h. warmen Mittagessen, fehlt (der Neubau war 1976 durch einen Streik der Berufsschüler gefördert worden). „Gummibälle" (Frikadellen) und Süßigkeiten bekommen. Die IG Metall erklärte, daß dies für Blockschüler und BGJler – so sollen 10 Klassen BGJ in der G16 eingerichtet werden – unzumutbar sei. Ihre Einmischung in die Planungen der Schulbehörde veröffentlichte die IGM auf der Hamburg-Seite der „Metall". Die Ortsverwaltung erklärte, daß nicht nur die G16, sondern alle Berufsschulen von ihrer Forderung nach Kantinen betroffen sind und auch dort „sollte baldmöglichst Warmverpflegung eingerichtet werden". Damit unterstützt die IGM in die derselben „Metall" erhobene Forderung nach Einführung der Ganztagsschule und unterstützt auch den Kampf der Berufsschüler z.B. an der G14, die kostenloses Essen forderten.

Neuer Angriff auf Lehrerarbeitszeit

r.wop. Den Unmut der Eltern über den hohen Unterrichtsausfall, der im Oktober 1979 in der Stadt Hannover an den Schulen, außer den Gymnasien und Gesamtschulen, 91 Stunden, das sind 14,2%, beträgt, will Remmers zu einem erneuten Angriff auf die Arbeitszeit und den Lohn der Lehrer nutzen. Bei jeder der vier Bezirksregierungen soll eine „Kontaktstelle Unterrichtsausfall" tätig werden. Dort soll eine Bereitschaft von arbeitslosen und pensionierten Lehrern gehalten werden, die im ganzen Bezirk als Springer eingesetzt werden, „wenn der Unterrichtsausfall voraussichtlich länger als vier Wochen dauert". Sowohl BAT-Lehrer mit 1-Jahresvertrag wie „Feuerwehrlehrer mit einer Vertragsdauer entsprechend der Vertretung" sollen eingesetzt werden. Für einen Einsatz dieser „Springer" sollen die Kontaktstellen die Zustimmung der Personalräte im voraus erwirken und so deren Widerstand unterlaufen. Erwartet wird von den „Springern", von denen es 56 in Niedersachsen gibt, daß sie sich über ihre wöchentliche Stundenzahl hinaus in Bereitschaft halten. Bei kürzeren Unterrichtsausfällen sollen die Lehrer zu Überstunden angehalten und Klassen zusammengelegt werden. Die GEW, Landesverband Niedersachsen, lehnt den Erlaßentwurf ab.

Änderung des Ladenschlußgesetzes geplant

HBV und DAG gegen Schalteröffnungsverlängerung der Stadtsparkasse Flensburg

b.dam. „Zwei Kaufabende dienstags und donnerstags bis 21 Uhr", ist der neue Vorschlag des „Deutschen Verbraucher Schutzverbandes" (DSV). Dazu müßte das derzeitige Ladenschlußgesetz geändert werden, Bestrebungen, die zentral sowieso schon im Gange sind.

Gesetzlich soll der 8-Stunden-Normalarbeitstag für die Beschäftigten im Handel abgeschafft werden, um ihn in den anderen Gewerken abzuschaffen. In vielen Ländern wird die gesetzliche Festlegung des Ladenschlusses (LadSchlG) durch vielfältige Ausnahmeregelungen praktiziert. Abweichend vom § 3 des LadSchlG können die Landesregierungen durch Rechtsverordnung bestimmen, welche Ausnahmen es geben kann: In Kur- und Erholungsorten können Beschäftigte im Verkauf von Milch, Früchten, Getränken, Bade- und Erholungsgegenständen an 40 Sonntagen jährlich zur Arbeit gezwungen werden, die Arbeiter im Blumen- und Bäckereihandel insgesamt den Sonnabend bis 19 Uhr, die Sonntage von 11 bis 13 Uhr und an Werktagen bis 19 Uhr abends. §16 gestattet den Verkauf an Sonn- und Feiertagen anläßlich von Messen, Märkten und anderen Veranstaltungen bis 21 Uhr. Angeblich sollen 57% der Beschäftigten im Handel für die Aufhebung des Ladenschlußgesetzes sein. Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung der HBV Flensburg wurde ein Antrag einstimmig verabschiedet, der dies zurückwies. Einzig der niedrige Tariflohn im Einzelhandel könne der Grund sein, überhaupt länger zu arbeiten.

Wo es die Handelskapitalisten versuchen, ziehen die Bankkapitalisten nach. Bei den Raiffeisenbanken im Kreis Schleswig / Flensburg soll in einigen Zweigstellen die Samstagsarbeit eingeführt werden. In §2 des Tarifvertrages für Volks- und Raiffeisenbanken bleibt dies offen, nämlich „bei Instituten an Orten, in denen andere im engen Wettbewerb stehende Kreditinstitute an den dienstfreien Sonnabenden für den Publikumsverkehr geöffnet bleiben." Die Stadtsparkasse Flensburg plant mit der gleichen Begründung die Verlängerung der Schalteröffnungszeit an allen Zweigstellen. In der Filiale Holm ist die Bank schon jetzt mit dem gleichen Personal eine Stunde länger geöffnet. Der Personalrat hat sich gegen diese Ausdehnung der Arbeitszeit gewandt und sie abgelehnt. Alle HBV-Betriebsräte und DAG-Betriebsräte unterstützen den Kampf der Beschäftigten.



und mit Volkshochschulcharakter. Statt eines Teams von Sozialarbeitern soll ein Leiter eingestellt und die Dienstaufsicht verschärft werden.

b.row. **Auf den letzten Klassensprechervollversammlungen an der GBS Flensburg wurde eine „Groschensammlung" für die LSV aus Solidarität mit dem ehemaligen Landesschulsprecher T. Hinrichsen durchgeführt.** Bisher sind von über 50 Klassen mehr als 400 DM gespendet worden. Es wird zur Vorbereitung der landesweiten Demonstration am 22.3. vom Schülerrat ein Flugblatt herausgegeben und ein Info-Stand in den Pausen in der Woche vor dem 22.3. organisiert.

b.wiv. **Das Land Schleswig-Holstein will die Volkshochschularbeit (VHS) 1980 mit 2,5 Mio. DM bezuschussen.** Bei gleichbleibender Zahl der VHS-Einrichtungen hat sich die Zahl der erteilten Unterrichtsstunden verdreifacht. Die Teilnahmerzahl nimmt vor allem an den Kursen zu, die der Fortbildung im Beruf dienen (z.B. Sprachen) oder dem Erwerb eines allgemeinen Schulabschlusses. Hier steigt vor allem die Durchfallquote. Mit der Propaganda für die VHS-Bezuschussung versucht die Landesregierung, das verrottete Schul- und Berufsausbildungssystem zu verschleiern. Es kommt sie zudem billig: 5,9 Mio. DM (36,1%) der VHS-Einnahmen stammten 1978 aus Teilnehmergebühren.

r.wop. **Auf einer Bürgerversammlung Mitte August mit 150 Teilnehmern unterschrieben über 100 Anwesende einen Widerspruch gegen die Bezirksregierung Hannover.** Einberufen war die Versammlung vom Verwaltungsausschuß der Gemeinde Lindwedel für alle Grund- und Hausbesitzer des Ortes. Inhalt des Widerspruchs ist, den Wasserwerken Hannover die Genehmigung für die Entnahme von jährlich 43 Mio. m³ Wasser aus dem „Fuhrberger Feld" bis zur endgültigen Erteilung der Wasserrechte nicht zu gestatten. Durch die bisherige Wasserentnahme sind bereits Grundwasserabsenkungen bis zu 8m entstanden, die zu Absackungen und Versteppung geführt haben. U.a. lauten die Forderungen des Widerspruchs: – Reduzierung der Grundwasserförderungsmenge; – Neue Anpassung der Entschädigung; – Sicherstellung der Trink- und Brauchwasserversorgung für die Gemeinde durch die Stadtwerke Hannover; – Einbezug der sogenannten Folgekosten in die Entschädigung.

Revolutionäres Volksbildungsprogramm 1.Halbjahr 1980

Reihe zur Kritik am Reformismus

Kiel-Ost, 3.3. bis 7.3., 20 Uhr, Gasthaus „Zur Grenze", Klingenberg 1, Kiel-Klausdorf

Reihe Philosophie
Kant: Zum Ewigen Frieden und andere Texte von Kant, Hobbes und Locke

Kiel-West, 3.3. bis 7.3., 20 Uhr, Goetheschule, Hansastraße

Bauernkriege

Eutin, 3.3. bis 7.3., 20 Uhr, Gasthaus am See

Klassenkämpfe in Schleswig-Holstein

Flensburg, 3.3. bis 7.3., 20 Uhr, Pestalozzischule, Waitzstraße

30jähriger Krieg

Lübeck, 10.3. bis 14.3., 20 Uhr, Katherineum zu Lübeck, Königsstraße

Lenin: „Staat und Revolution"

Schleswig, 3.3. bis 7.3., 20 Uhr, Gaststätte „Schleimöwe", Süderholmerstraße

Lüneburg, 3.3. bis 7.3., 20 Uhr, Stucksaal, Vortragssaal, An der Münze

Deutsch-Französicher Krieg

Bad Oldesloe, 10.3. bis 14.3., 20 Uhr, Schützenhalle Sehmsdorferstrße

Wehrkraftzersetzungsprozeß

Flensburg, 5.3. und 7.3., 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Südergraben, Zimmer 58

Zeichenkurs

Hamburg, 7.3., 18 Uhr, HfBK, Lerchenfeld 2, Raum 218a, Thema: „Plastische Übung: Köpfe"

Schwimmkurs

Hamburg, 8.3., 18 Uhr, Schwimmoper Lübecker Straße

Proben des Musikzuges der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung, Soldaten und Reservisten

Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6

Ausstellung:
„Bauernmalerei aus Huxian"

Hambug, 13.2. bis 9.4., Di.– So. jeweils 10 – 17 Uhr, Mi. 10 – 19 Uhr, Altonaer Museum, Museumstr. 23, Veranst.: GDCF

Metallhandwerk S-H. – was kann man aus der Tarifauseinandersetzung lernen

b.lom. Für das Handwerk wird im Nordverbund für die einzelnen Bundesländer gesondert verhandelt und auch noch für die einzelnen Gewerke getrennt. Dies bedeutet eine große Zersplitterung der Kampfkraft der Arbeiter.

Folgendermaßen sahen die Abschlüsse in diesem Jahr aus: Als erstes Handwerk hat das Elektrohandwerk am 5.2. mit 6,9% abgeschlossen, dann Heizung und Sanitär am 6.2. mit 6,8%. Dabei wurde die Zeitlohnzulage gleich für 1981 mit 6,75% und für 1982 mit 7,5% mitbeschlossen. Mit den Abschlüssen in diesen beiden Gewerken wurde die Richtung für alle anderen Gewerke festgelegt. Als nächstes wurde für das Gewerk der Schmiede, Schlosser, Maschinenbauer, Werkzeugmacher, Dreher, Metallformer, Metallgießer, Landmaschinenmechaniker, Kupferschmiede, Büchsenmacher, Messerschmiede, Feinmechaniker und Feinoptiker mit 6,8% am 15.2. abgeschlossen, zuletzt im Kfz-Handwerk am 18.2. Hier waren die Hauptforderungen 175 DM mehr für alle gewesen und Wegfall der Ortsklasse II.

Der Abschluß im Handwerk war zu dem Zeitpunkt, als das Angebot der Industriekapitalisten noch bei 4,3% lag und wo man erkennen konnte, daß diese damit nicht durchkommen würden. Für das Heizungs- und Sanitär-Handwerk hatte die IGM 10,5% gefordert. Diese Forderung, sowie die Erhöhung der Zeitlohnzulage waren von der %-Seite gar nicht schlecht. Besser wäre es gewesen, wenn Festgeldforderungen aufgestellt worden wären. Ob man nun dem Angebot der Handwerkskapitalisten zustimmt, war die Tarifkommission des Handwerks gespaltener Meinung. Nur eine knappe Mehrheit meinte, daß nicht mehr rauszuholen ist bei den Kapitalisten und die Kollegen nicht verstehen würden, wenn man das Angebot ablehnen würde, um 1 oder 2-Zehntel mehr rauszuholen. Dies wäre nur durch Streik zu erreichen, wie die Kapitalisten auch offen sagten. Streik aber in einem Gewerk – nur für das Handwerk – war aber nicht durchzusetzen. Deshalb wurde das Angebot der Kapitalisten angenommen.

Spaltend im Handwerk kommt noch hinzu, daß es zwei Lohngebiete gibt, Lohngebiet I und II. Lohngebiet II gilt in ländlicher Gebieten, der Tarif beträgt hier 99% vom Tarif vom Lohngebiet I. Für einen Arbeiter in Lohngruppe V macht das 207,60 DM weniger, auf den Jahreslohn bezogen, aus. In allen Gewerken, außer Feinmechaniker- und Feinoptikerhandwerk, gilt noch das Lohngebiet II. Ein Erfolg ist, daß im Kfz-Handwerk durchgesetzt wurde, daß die Ortsklasse II wegfällt, sodaß alle, die in diesem Gewerk arbeiten, die 6,7% bekommen. Dies ist eine gute Voraussetzung, den generellen Wegfall der Ortsklasse im nächsten Lohnkampf durchzusetzen.

Was kann man aus dem Lohnkampf 79/80 lernen? Die Handwerkskapitalisten schlossen bisher immer *vor* der Industrie ab, wodurch ein schlechterer Abschluß durchgesetzt wurde, was noch durch die Spaltung in einzelne Bundesländer und einzelne Gewerke verstärkt wurde. Deshalb muß angestrebt werden, daß Industrie und Handwerk *gleichzeitig* verhandeln, um die Kampfkraft aller Arbeiter zu erhöhen. Ein erster Schritt ist die Überlegung der IG Metall, im nächsten Jahr geschlossen für alle Gewerke im Handwerk zu verhandeln.

AEG N4 Betriebsversammlung als Schritt gegen

BGJ: Keine Garantie der Facharbeiterausbildung

DGB, LSV Berufsschulen und Gymnasien, AStA Uni Kiel für landesweite Demonstration

b.uws. Seit dem 1. August 1979 ist in Schleswig-Holstein der Erlaß des Kultusministers über die „Regelung der Ausbildung im Berufsgrundbildungsjahr" in Kraft. Damit soll das BGJ als erste Stufe der Berufsausbildung anstelle des 1. Lehrjahres eingeführt werden. Die Jugendlichen werden durch fachpraktischen und fachtheoretischen Unterricht für die Fachstufenausbildung in einem Ausbildungsberuf befähigt. Das BGJ wird als Vollzeitschuljahr durchgeführt. Zwei verschiedene Abschlußzeugnisse können die Schüler erhalten, immer mit Angabe der Zensuren. Nach dem ersten Zeugnis erfolgt die Anrechnung als erstes Lehrjahr. Bedingung ist in allen Fächern mindestens eine 4, andernfalls gibt es das zweite Zeugnis ohne Anrechnung, was dem Ende der Berufsausbildung gleichkommt. In beiden Zeugnissen ist der Vermerk, daß nach dem Schulgesetz die Berufsschulpflicht erfüllt ist.

Dieser Erlaß liefert den Kapitalisten billige Hilfsarbeiter nach Bedarf. Ob die Berufsausbildung nach dem BGJ fortgesetzt werden kann, dafür gibt es im Erlaß keine Garantie. Stattdessen werden die Jugendlichen von der Berufsschulpflicht befreit und frühzeitig auf den Arbeitsmarkt geworfen. Es soll zwar fachpraktischer Unterricht erteilt werden, allerdings ist die Lage an den Berufsschulen durch Lehrermangel und Raummangel gekennzeichnet. Werkstätten und Materialien reichen nicht mal für den Unterricht der Lehrlinge. Die überwiegend schulische Ausbildung, die Auslese durch Zensuren und Prüfungen zwecks Hilfsarbeiterproduktion ist nicht im Interesse der Arbeiterklasse nach Berufsgrundbildung.

Der Berufsbildungspolitische Ausschuß des DGB sagt dazu: „Auch die nicht anrechnungsfähigen Sonderformen des BGJ ... sind bildungspolitische Scheinlösungen, die nur dazu dienen, die ohnehin benachteiligten Jugendlichen auf einfachste Verrichtungen vorzubereiten, ohne ihnen eine qualifizierte Berufsausbildung zu geben ... Angesichts der vollzogenen und noch zu erwartenden sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Veränderungen und der aus ihnen folgenden Änderungen des Arbeitsprozesses kommt einer umfassenden allgemeinen Bildung und einer breiten beruflichen Grundbildung besondere Bedeutung zu." Dies entspricht den Interessen der Arbeiter, die Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen und die Produktion zu beherrschen. Deshalb sperren sich die Kapitalisten auch gegen die Einführung des BGJ als 10. Schuljahr. Bis zur Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr, die theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelt, ist es dann nicht mehr weit.

Den Abbau der Facharbeiterausbildung wollen die Kapitalisten mit dem BGJ, als Bestandteil der Stufenausbildung betreiben. Die Ausbildungskosten fürs erste Lehrjahr wollen sie sich zudem aus den Steuergeldern der Lohnabhängigen bezahlen lassen. Statt tariflichen Lehrlingslohn – BAFöG, der Fehlbetrag belastet die Arbeiterhaushalte.

Nach dem BGJ Auslese von Hilfsarbeitern durch Zensuren und Zeugnisse. Schließt sich eine Fachstufenausbildung an, erfolgt nach 1 Jahr eine weitere Prüfung zum angelernten Facharbeiter und nur wenige Lehrlinge werden nach Bedarf zu qualifizierten Facharbeitern ausgebildet. So haben es sich die Kapitalisten vorgenommen, denn sie benötigen mehr Arbeitskräfte für einfache Tätigkeiten und niedrigsten Löhnen in der Industrie.

Die Folge der Einführung der Stufenausbildung, wie auch die Verkürzung der Ausbildung, zeigt sich an der gestiegenen Zahl der Lehrlinge im 1. Lehrjahr, während das 3. Lehrjahr abnimmt. Gleichzeitig steigt die Zahl der BGJ-Schüler, allerdings nur langsam, denn die Jugendlichen lassen sich nicht einfach von einer Facharbeiterausbildung abbringen. Zur Zeit besuchen 1672 Schüler das schulische und 624 das kooperative (im Betrieb) BGJ.

Beim BGJ muß den Kapitalisten ein Strich durch die Rechnung gemacht werden und das BGJ, wie die Landesregierung es plant, abgelehnt werden. Der Staat muß die Bedingungen erfüllen, die der DGB und seine Einzelgewerkschaften gestellt haben:

– Bund und Länder müssen die Fortsetzung der Ausbildung in der Fachstufe gewährleisten, sodaß alle Schüler den Facharbeiterabschluß erlangen können
– Staatlich garantierter Ausbildungsvertrag und Ausbildungsvergütung entsprechend der Tarifverträge
– Ausreichende Zahl geeigneter Lehrkräfte, sowie entsprechende Räumlichkeiten und Einrichtungen, sowie Angliederung der überbetrieblichen Lehrwerkstätten an die Berufsschulen
– Kontroll- und Inspektionsrecht der Gewerkschaften über die Ausbildung und deren Inhalte.
– Nach dem BGJ in der Facharbeiterausbildung 2 mal 6 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Tagen.

Diese Forderungen sind Bestandteil der landesweiten Demonstration am 22.3. in Kiel, zu der der DGB, die LSVen der Berufsschulen und der Gymnasien, sowie der Asta der Universität Kiel aufrufen.

Der Berufsbildungspolitische Ausschuß des DGB sagt dazu: „Auch die
sich die Kapitalisten vorgenommen, denn sie benötigen mehr Arbeitskräfte
Gymnasien, sowie der Asta der Universität Kiel aufrufen.

AEG N4 Betriebsversammlung als Schritt gegen die unteren Lohngruppen genutzt

b.uwz. Auf der Betriebsversammlung der Werke Industrie- und Hafenstraße von AEG N4 wurde der wachsende Zusammenschluß gegen die unteren Lohngruppen deutlich. Dr. Elsebrook von der Geschäftsführung (GF) wurde hart angegriffen. In einer schriftlichen Anfrage wurde gefordert, daß alle zumindest in LG IV sein müßten. Die GF erlaubte sich folgende Frechheiten: „Wir bekommen ja nur minderqualifizierte Frauen in IIIa... Denen kann AEG nicht mehr geben als Facharbeitern, das ist unmoralisch" (Dr. Elsebrook). Das wurde unter dem großen Beifall der Versammlung von einem Sprecher des IGM-VK als „frech" angegriffen. Die Arbeit in den Niedrigstlöhnen ist äußerst hart.

Hier ein Beispiel aus der Flugschrift der AEG Zelle des KBW:

„Die Arbeit einer Montiererin oder Löterin ist äußerst hart, alleine 130 von ihnen sind in Lohngruppe IIIa und tragen monatlich zwischen 934 und 1127 DM nach Hause. Die Arbeit ist in kleine Teilschritte durch die Umwälzung der Produktion durch die Elektrokapitalisten zerlegt. So muß man... beim Montieren von Platinen unter dem Vergrößerungsglas genau auf die Lötung achten, damit diese durch die Qualitätskontrolle geht. Die Arbeit ist... äußerst intensiv, vor allem für Finger und Augen, was jeder nach Feierabend in den Knochen hat."

Auf der BV forderte ein Sprecher der IGM Vertrauensleute, daß mindestens für alle Lohngruppe IV gezahlt werden müßte. Der Betriebsratsvorsitzende erklärte, sie werden diese Arbeitsplätze genau untersuchen. Er wandte sich gegen die Bezeichnung der GF, es wären nur „Leichtlohngruppen". Der Vertreter der IGM Ortsverwaltung erklärte, daß die IGM an der Anhebung der unteren Gruppen festhalten will, obwohl dies nicht im Tarif erreicht worden sei. Außerdem forderte er die Belegschaft zur Unterstützung des Kampfes der Gewerkschaften in den Billiglohnländern auf. Ein weiterer Sprecher der VKL der IG Metall erklärte den Beschluß des VK, jetzt das mit der betrieblichen Anhebung der unteren Lohngruppen fortzusetzen, was in der Tarifrunde nicht erreicht wurde. Im nächsten Jahr wollen die IGM Vertrauensleute wieder einen Festbetrag fordern. (Außerdem hatte der VK gefordert: 25% Grundsteuerfreibetrag vom Durchschnittslohn). Auch die DAG mußte sich für die Anhebung der unteren Gehaltsgruppen erklären. Alle diese Beiträge gegen die Lohnsenkungspolitik der Geschäftsführung erhielten starken Beifall.

Hanseatenkaserne Lübeck: Debatte über Olympia-Boykott

b.pes. Anläßlich des Ablaufs des Carter'schen Ultimatums zum Olympiaboykott tut sich nicht nur die Bundesregierung schwer, auch die Bundeswehrführung ist am lavieren und sucht nach Möglichkeiten, die Armee auf Linie zu bringen. Propagiert sie dabei offen die „Solidarität mit den USA", macht so die Frage des Olympiaboykotts zu einer Frage der Krise der Nato, dann wird der Charakter der BRD als Kettenhund des US-Imperialismus immer deutlicher, die Widersprüche zu solcher Art Bündnis treten hervor.

Dies hat der Verlauf eines politischen Unterrichts in einer Einheit des Jägerbataillons in Lübeck gezeigt. Die Mehrheit der Soldaten, Unteroffiziere eingeschlossen, war für einen Boykott, aber gleichzeitig entschieden dagegen, dies als Ausdruck der „Solidarität mit den USA" zu werten. Vielmehr ging es ihnen einzig um die Unterstützung des Kampfes des afghanischen Volkes gegen die sowjetische Invasion. Das seit Jahren mühsam konstruierte ideologische Geflecht, nach welchem die Nato Garantie für den Schutz der BRD vor einer sowjetischen Invasion sei, erhält Risse, wenn sich durch das Carter'sche Boykottdiktat zeigt, daß es nichts anderes ist als Kanonenfutterbereitstellung für die Expansionsgelüste des US-Imperialismus. Eiertänze führt das Offizierskorps auf, diese Risse zu kitten.

Der Kommandeur der Brigade 16, Oberst Klevin, hat sich auf Befragen der „Lübecker Nachrichten" als Beschützer Afghanistans in Pose gesetzt, weshalb er für Boykott sei. Im Unterricht wurde versucht, von den politischen Fragen wegzukommen und die Wertfreiheit der Olympischen Spiele, ihre Ideale etc. herauszustellen, die man nicht auf's Spiel setzen dürfe. Beides dient dazu, die Soldaten mit Friedensgesäusel einzulullen, um zum entscheidenden Zeitpunkt Gewehr bei Fuß zu stehen. Verstärkte Debatte um den Austritt aus der Nato, die Auflösung aller imperialistischen Militärbündnisse und den Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages kann diese Taktik durchkreuzen.

Das Fest der Hamburger Gewerkschaftsjugend

b.suk. Über 1000 Jugendliche waren am 29.2.80 im Gewerkschaftshaus. Die Jugendgruppen der einzelnen Gewerke haben sich bemüht, ihre Forderungen mit Ständen und kleinen Aktionen zu unterstützen. So z.B. die Jugend der IG Metall, IG Druck und Papier und der GHK gegen das BGJ, die HBV Jugend gegen die Stufenausbildung und die ÖTV Jugend für einen neuen, besseren Manteltarifvertrag für Auszubildende. Noch nützlicher wäre es gewesen, wenn das Fest in seiner Gesamtheit die Aktionen der DGB Jugend des letzten Jahres auf obige Forderungen zusammengeschlossen hätte.

Für die streikenden britischen Stahlarbeiter wurden rund 450 DM gesammelt.

Wir dokumentieren im folgenden den Text des Liedes „*Das BGJ*" des GHK-Jugendarbeitskreises:

Das BGJ

Das BGJ, das BGJ, das BGJ
das Berufsgrundbildungsjahr
nun ist es auch für Tischler da.
Doch damit nicht genug, welch' böse Falle
81 heißt es BGJ für alle
das heißt, willst du mal Tischler sein,
mußt erst ins BGJ hinein.

Doch nehmt es uns nicht krumm, wir haben da Bedenken,
und können dieser Sache kein Vertrauen schenken.
denn wie es aussieht, bringt es uns nur Scherereien,
und unsere Meister könn' sich wieder einmal freun.
Anstatt der Probezeit von 92 Tagen,
können die Meister jetzt zum BGJ hingehn,
„Wer hier der Beste ist, den würd' ich gerne nehm"
Wir müssen feststellen mit Verdruß,
das riecht nach Numerus Clausius.

Und es geht dabei nicht nur nach Fachzensuren,
auch das „Sozialverhalten", das wird hier genannt.
Und will ein Schüler in der Schule nicht recht spuren,
so wird er von der Tischlerlehre gleich verbannt.

Zwar kannst du im BGJ 'ne Menge lernen,
doch was ist, wenn du keine Lehrstelle kriegst?
Weil du was kannst, nehmen die Meister dich auch gerne,
als schlecht bezahlten Hilfsmann, weil du billig bist.
Und die Lohngruppen, die werden sich vermehren,
sowas ist bei unseren Meistern sehr beliebt,
und das brauchen wir hier gar nicht lang erklären,
weil es heut schon zuviel Lohngruppen gibt.
ist heut' auch noch die Spaltung klein,
sie treib'n den Keil noch weiter rein.
Es gibt noch andre Dinge, die uns hierbei stören,
daß der Staat das erste Lehrjahr finanziert;
die Betriebe werden dies sehr gerne hören,
sie kriegen kostenlos 'ne Arbeitskraft serviert.
Nun ist am BGJ viel Gutes nicht geblieben,
nur mag es sein, daß man im BGJ mehr lernt.
Doch in dieser Form, die wir hier ham beschrieben,
ist es von dem Ideal noch weit entfernt.
Doch ist uns klar, was wir erreichen müssen.
ein jeder, der sich mit dem BGJ abgibt,
der muß, bevor er anfängt ganz genau schon wissen,
daß er mit Sicherheit 'ne Lehrstelle kriegt.
drum sei's hier nochmal klargesagt,
kein BGJ ohn' Lehrvertrag!

(Mitschnitt vom Fest der DGB Jugend Hamburg v. 29.02.80.)



Stand der ÖTV- und Drupa-Jugend.

Auf das Aktionsprogramm des ÖTV-Hauptvorstandes gestützt Fortschritte einleiten

b.ruo. Am 26.2. beriet die ÖTV-Funktionärskonferenz Abteilung Hafen die Gewerkschafts und Tarifpolitik in den Seehäfen. Einheit bestand über die Einschätzung der Tarifkampfergebnisse: Im Lohn (7%) wäre mehr durchzusetzen gewesen. Das Ergebnis ist jedoch nicht einfach als schlecht zu bezeichnen. Gleiches gilt für den Rahmentarifabschluß, wo in der Laufzeit des Vertrages jeder z.B. vier Tage mehr Urlaub erhält, jedoch noch keineswegs alle die geforderten 30 Tage. Im Mittelpunkt standen folglich die noch ungelösten Aufgaben: 1) die Einbeziehung der kaufmännischen Angestellten in den ÖTV-Rahmentarif: Nach Aussagen Manfred Rosenbergs vom Hauptvorstand der ÖTV lehnt der Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe Verhandlungen mit der ÖTV als „nicht regelungsfähig" ab. Obwohl in einzelnen Hafenbetrieben (z.B. bei Eurokai) fast 60% der kaufmännischen Angestellten schon in der ÖTV organisiert sind, nur 10% dagegen in der DAG, beruft er sich auf einen Vertrag zwischen Verkehrsgewerbe und DAG, der – weitaus schlechter – z.B. zwischen 2 und 5 Tage weniger Urlaub gewährt. M. Rosenberg schlug vor, entweder den schlechteren Tarifvertrag zu akzeptieren, um ihn bei der nächsten Möglichkeit zu kündigen und auf ÖTV-Niveau anzuheben, oder aber die Hafenkapitalisten über Betriebsvereinbarungen zur Anhebung zu zwingen. 2) Probleme der Begrenzung des Arbeitstages: Im neuen Rahmentarifvertrag (RTV) ist die bisherige Verpflichtung zu Mehrarbeit bei Abschlußarbeiten von drei Stunden täglich auf zwei (nach §5 Arbeitszeitverordnung) reduziert. Den Kapitalisten wurde dafür jetzt eine Teilsonderschicht eingeräumt, die freiwillig ist, aber erheblich schlechter bezahlt als Überstunden. Die ÖTV empfiehlt, nur zwei Teilsonderschichten anzunehmen, also eine zweite Schicht. Ein Vertrauensmann von Eurokai wies noch einmal auf die Gefahr hin, die sich bei schlechter Beschäftigungslage stellt: der niedrige Lohn zwingt zur Annahme jedes Mehrarbeitsangebotes. 3) Einschränkung der Nachtarbeit und unregelmäßigen Schichteinteilung: In den Sonderbestimmungen zum RTV fordert die ÖTV feste Schichtpläne für den Einsatz in Früh- und Spätschicht. Bei Stauerei Tiedemann fallen z.B. mindestens jede zweite Woche eine und mehr Schichten aus dem üblichen Rhythmus. Die Folge: Verkürzung der Nachtruhe zwischen Spät- und Frühschicht auf vier bis sechs Stunden, Verkürzung des Wochenendes. Zusätzliche Belastungen bei der Organisation der Reproduktion. Die Versammlung begrüßte den Vorschlag eines Vertrauensmannes der Stauerei Tiedemann, in Anwendung der Grundsätze des Hauptvorstandes gegen die Schichtarbeit und gestützt auf weitere Untersuchungen hier Fortschritte einzuleiten. Dies gilt auch für die Einschränkung der Nachtarbeit, wo der Abteilungsgeschäftsführer des Hauptvorstandes wie auch der Hamburger Abteilungssekretär ausdrücklich dem Vorschlag zustimmten, die Betriebsräte bei der Ablehnung solcher Nachtarbeit zu unterstützen, die nicht besonders dringend ist, wie es der neue RTV vorsieht.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hamburg, Kleine Rainstr. 21, Tel. 39 45 90
Bezirksleitung Hamburg-Unterelbe



1977: Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhung – 1 DM kostete 1971 eine Karte fürs Tarifgebiet 1, jetzt 1,80



Berufsverkehr: nur noch Stehplätze in der 2. Klasse, eine halbe Million fährt täglich mit dem HVV zur Arbeit



Auch für Kurzstrecken wird – aufgrund des Verkehrschaos in der Innenstadt – zunehmend der HVV benutzt



Auch für Kurzstrecken wird – aufgrund des Verkehrschaos in der Innenstadt – zunehmend der HVV benutzt

1. März: Fahrpreiserhöhung um 4,9%

Die Fahrpreiserhöhungen sollen aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden

Der Hamburger Senat hatte die jetzt in Kraft getretene Fahrpreiserhöhung folgendermaßen begründet: ,,Die Tariferhöhung ... ist unter Berücksichtigung der zu erwartenden Entwicklung der privaten Haushalte vertretbar. Sie übersteigt, mit Ausnahme einiger Positionen, bei den Wochenkarten und bei den Kurzstrecken-Einzelfahrausweisen nicht die 5%-Grenze..." Die Fahrpreise sind eine Besteuerung des Lohns, weggezahlt, um eine wesentliche gesellschaftliche Notwendigkeit, den öffentlichen Nahverkehr, zu finanzieren. Der öffentliche Nahverkehr ist notwendig, um die Arbeiter und Angestellten von den am Stadtrand liegenden Wohngebieten zu ihrem Arbeitsplatz in die Industriegebiete und die Hamburger Innenstadt zu transportieren. Die Fahrpreise sind politische Preise. Und der Hamburger Senat versucht mit jeder Fahrpreiserhöhung die Zuschüsse für die Verkehrsbedienung prozentual zu senken und die direkten Zahlungen von den Volksmassen zu erhöhen. Denn: Müßten die HVV-Benutzer das volle Wertprodukt beispielsweise einer Fahrt zwischen Hauptbahnhof und Billstedt zahlen, müßten die Kapitalisten entweder viel höhere Löhne oder Fahrtkostenzuschüsse zahlen oder ihr Arbeitsmarkt wäre erheblich eingeschränkt. Deshalb soll der bürgerliche Staatsapparat das Nahverkehrswesen organisieren und zusehen, was er über die Fahrpreise wieder reinholen kann, ist ihre Logik. Da der öffentliche Nahverkehr jedoch eine gesellschaftliche Notwendigkeit ist, ebenso wie die Versorgung der Haushalte mit Strom, die Müll- und Abwässerbeseitung, die Straßenreinigung usw., ist es überhaupt nicht einzusehn, daß die Arbeiter und Angestellten dafür bezahlen müssen. Fast 30 Mrd. DM müssen 1980 in Hamburg an Steuern gezahlt werden, genug, um davon auch die 676,4 Mio. DM Kosten für die Verkehrsbedienung zu bestreiten, die Investitionen für den HVV haben die Kapitalisten schon längst ihrem Staatsapparat übertragen und werden aus den Steuern gezahlt. Nur: Von den rund 30 Mrd. DM verbleibt dem Hamburger Senat nach Wegzahlung an den Bund noch 6,6 Mrd. DM. Um die kommunalen Dienste für die Benutzer kostenfrei zu machen, ist die Finanzhoheit der Kommunen erforderlich.

Gewerkschaftsbeschlüsse gegen die Fahrpreiserhöhung

Vertrauensleutekörper IG Chemie bei der Norddeutschen Affinerie an die Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle Hamburg: ,,Sie (die Fahrpreise) haben eine Grenze zumutbarer Belastung erreicht. Die Entscheidung der Hamburger Bürgerschaft darf künftig nicht mehr nach dem Kostendeckungsprinzip erfolgen."

Vertrauenskörperleitung der IG Metall der Haller-Meurer-Werke an Bürgermeister Klose, DGB und IG Metall zur Kenntnis: ,,... Wir haben den Eindruck, daß die jährlichen Fahrpreiserhöhungen die Form einer zusätzlichen Steuer auf die Löhne und Gehälter bekommen soll, was wir entschieden ablehnen. Die geplante Erhöhung zum Anfang März von durchschnittlich 4,9% wird erneut Millionen von Löhnen und Gehältern in die Kassen des HVV wandern lassen, aus denen sich die Aktionäre bekanntlich kräftig bedienen. Nicht zuletzt die geplante Fahrpreiserhöhung wird unsere Entschlossenheit stärken, die Lohn- und Gehaltsforderungen unserer Gewerkschaft im ganzen Umfang durchzusetzen."

tungsstelle Hamburg: ,,Sie (die Fahrpreise) haben eine Grenze zumutbarer Belastung erreicht. Die Entscheidung der Hamburger Bürgerschaft darf künftig nicht mehr nach dem Kostendeckungsprinzip erfolgen."

Vertrauenskörperleitung der IG Metall der Haller-Meurer-Werke an Bürgermeister Klose, DGB und IG Metall zur

4,9% wird erneut Millionen von Löhnen und Gehältern in die Kassen des HVV wandern lassen, aus denen sich die Aktionäre bekanntlich kräftig bedienen. Nicht zuletzt die geplante Fahrpreiserhöhung wird unsere Entschlossenheit stärken, die Lohn- und Gehaltsforderungen unserer Gewerkschaft im ganzen Umfang durchzusetzen."

Giftmülldeponie Groß Weeden: Stoltenberg hat es schwer, Billigstlösung durchzusetzen

b.reh. 30000 t Giftmüll müssen Schleswig-Holsteins und Hamburgs Betriebe jährlich beiseiteschaffen. Der bürgerliche Staat soll ihnen die billigste Lösung durchsetzen. Das Landwirtschaftsministerium machte den Kapitalisten Anfang der 70er Jahre die Rechnung auf: Endlagerung auf Ton 58 DM/t, in Salzkavernen 270 DM/t, für Receycling ließ man die Berechnung bleiben. Die Entscheidung fiel auf erstere Lösung, der passende Ort schien sogleich gefunden: Groß Weeden im Kreis Lauenburg, wo gerade eine Ziegelei dichtgemacht wurde.

Mit der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens 1975 formierte sich der Widerstand. An mehreren Orten entstanden Initiativen. Der Kreisbauernverband, ,,von seinen Mitgliedern zu einer eindeutigen Stellungnahme aufgefordert", verurteilt die Planung in scharfer Form, ansässige Hotel- und Gaststättenbesitzer sowie die Industrie- und Handelsunternehmer schließen sich dem Protest an. Mehrere ,,Informationsveranstaltungen" werden von den jeweils 100 bis 200 anwesenden Leuten genutzt, um ihren Kampfwillen zu demonstrieren. Der Gemeindeverband Berkenthin beschloß, die Prozeßkosten gegen einen eventuellen Genehmigungsbeschluß zu tragen. Mittlerweile sprechen sich sämtliche bürgerlichen Parteien des Kreises gegen die Deponie aus. Selbst Landrat Kröpelin bekommt zusehends kältere Füsse. Als Einleiter des Planfeststellungsverfahrens fühlte er sich plötzlich ,,privat unbehaglich", dann hieß es: ,,auch der Landrat ist gegen die Giftmülldeponie". Dennoch, als ,,Behörde" müsse er dem Antrag des Landes zustimmen, selbst wenn der Kreistag Ablehnung beschließt, könne die Landesregierung über eine ,,Fachanweisung" das Projekt durchsetzen.

Bereits 1977 hatte die Junge Union Berkenthins nebst Einstellung der Planung gefordert, Stoltenberg solle persönlich für den Giftmüll verantwortlich sein. Der kneift und läßt Flessner-Referenten große Töne spucken: ,,Ein so phantastischer Standort wie Groß Weeden suche seinesgleichen". Bürgermeister Klose, ebenfalls verantwortlich, weil 70% der Abfälle aus Hamburger Betrieben kommen soll, verteidigte das Projekt wegen ,,der geologischen Eignung" und der ,,entstehenden Transportentfernungen".

Stoltenbergs Landesregierung und Kloses Senat stehen also ziemlich isoliert für die Durchsetzung der Deponie. Ihre Aussichten werden nicht besser. Mit jedem positiven Gutachten werden die Anwohner in der Berechtigung ihres Kampfes bestärkt, weil die Aussagen der Gutachten ihren Erfahrungen widersprechen. Das jüngste Gutachten der Bundesanstalt für Geowissenschaften behauptet, die Tonschichten seien für die anfallenden Giftstoffe undurchlässig, eine Verbindung mit dem Grundwasser ausgeschlossen. Dem halten die Anwohner entgegen: die Ziegelei sei gerade wegen der schlechten Tonqualität geschlossen worden. 1977 sei der Wasserspiegel in der Grube trotz starker Niederschläge nur unwesentlich gestiegen, was nur durch einen bislang noch unbekannten Abfluß möglich wäre. Schließlich hielt der Bauer Bartels gegen das Gutachten: ,,Das Wasser sickert durch die Grube und tritt auf meinem Land wieder aus... ich habe meine Koppel 60 mal gepflügt und kenne sie heute noch nicht genau. Die Gutachter wollen sie nun besser kennen als ich? Wir mußten das Land wegen Zugsand absteifen, die Gutachter behaupten aber, es gäbe keinen Zugsand."

Nach den Gebührenausfällen soll Stadtverwaltung wieder auf Vordermann gebracht werden

b.jöf. Mitte 1979 fiel der Kieler Stadtverwaltung auf, daß sie nicht alle Straßenreinigungsgebühren kassiert hatte. Nach sieben Monaten legte ein Untersuchungsausschuß der Ratsversamm-

cher Reinigung) 7,32 DM Gebühren jährlich erhebt, gleichgültig, wie breit die Straße ist (1,5 Meter im Falle der fünf Beschwerdeführer), gleichgültig auch, ob das Grundstück nur zum

Nach den Gebührenausfällen soll Stadtverwaltung wieder auf Vordermann gebracht werden

b.jöf. Mitte 1979 fiel der Kieler Stadtverwaltung auf, daß sie nicht alle Straßenreinigungsgebühren kassiert hatte. Nach sieben Monaten legte ein Untersuchungsausschuß der Ratsversamm-lung endlich einen Bericht vor. Ergebnis des Untersuchungsausschusses: Durch mangelnde Zusammenarbeit von Bauverwaltungsamt, Tiefbauamt, Stadtsteueramt und Stadtreinigungsamt sind, z.T. seit 1967, der Stadt 1,05 Mio. DM an Straßenreinigungsgebühren durch die Lappen gegangen; davon will die Stadtverwaltung noch 733 199 DM eintreiben, der Rest ist schon verjährt. In anderen Fällen hat die Stadt Straßen gereinigt und Gebühren kassiert, obwohl diese Straßen noch gar nicht für öffentlich erklärt worden waren, mithin für die Anlieger auch noch kein Zwang bestand, die städtische Straßenreinigung in Anspruch zu nehmen.

Keineswegs hat die Stadt die Absicht, diesen Anliegern die unrechtmäßig kassierten Gebühren zurückzuerstatten. 88 Anlieger haben Widerspruch eingelegt. Fünf andere haben Verfassungsbeschwerde gegen die Reinigungssatzung selbst eingereicht, nach der die Stadt für jeden Meter Frontlänge eines Grundstücks (bei wöchentli-

cher Reinigung) 7,32 DM Gebühren jährlich erhebt, gleichgültig, wie breit die Straße ist (1,5 Meter im Falle der fünf Beschwerdeführer), gleichgültig auch, ob das Grundstück nur zum Wohnen dient oder ob ein kapitalistischer Betrieb darauf steht, der die ganze Gegend verschmutzt.

Die Widersprüche und Klagen haben die Stadtverwaltung nervös gemacht. Der Untersuchungsbericht wird im Rathaus nach stundenlangen Beratungen mit dem Rechtsamt und dem Oberbürgermeister plötzlich für nicht öffentlich erklärt. Der OB verlangt, von neuen Fällen sofort persönlich unterrichtet zu werden. Die CDU will wieder mitarbeiten im Untersuchungsausschuß, dieser löst sich nicht, wie geplant, auf. ,,Personelle Konsequenzen" könnten nicht mehr ausgeschlossen werden. Ganz unverschämt versucht der Untersuchungsausschuß die Gläubiger der Stadt, das Finanzkapital, zu beruhigen: Der Einnahmeausfall habe sich ,,nicht zu Lasten der Stadt Kiel, sondern... in erhöhten Straßenreinigungsgebühren für die veranlagten Anwohner der anderen Straßen ausgewirkt". Die Ratsversammlung erhöhte die Gebühren 1972, 1973, 1974 und 1975.

Gewerkschaften gegen Streckenstillegungen Niebüll-Tondern und Lindholm-Flensburg

b.uwb. Im Jahre 1976 wurde vom Eisenbahn-Vorstand in Frankfurt geplant, ca. 6000 km Bahnstrecke im gesamten Bundesgebiet aus Rationalisierungsgründen stillzulegen. Inzwischen ist dieser Plan durch den Zusammenschluß von Arbeitern, die ihre Arbeitsplätze in den betroffenen Gebieten gefährdet sahen, sowie durch die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands auf 1000 km gedrückt worden.

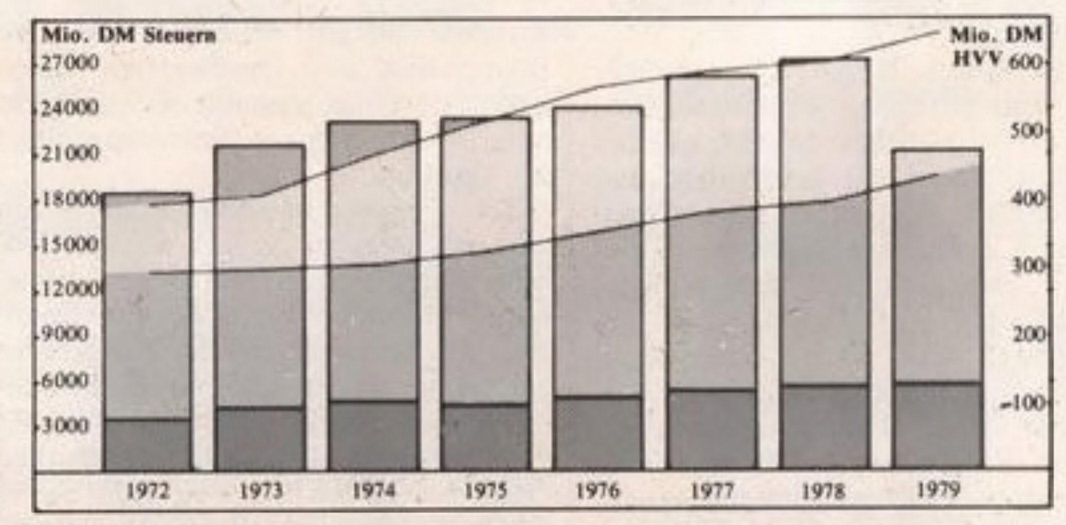
Auf seiner letzten Kreisdelegiertenkonferenz hat der DGB auf's schärfste gegen die Streckenstillegung Niebüll-Tondern und Lindholm-Flensburg Weiche protestiert. Die Kreisdelegierten fordern eine Konzeption des integrierten öffentlichen Personennahverkehrs mit dem Ziel, alle Verkehrsträger in Nordfriesland unter öffentlicher Regie zu koordinieren. Auch der Bürgermeister der Stadt Niebüll ist vom Magistrat der Stadt aufgefordert, Protestschreiben an die Deutsche Bundesbahn zu richten mit der Aufforderung, ihre Stillegungspläne auch im Namen sämtlicher im Nahbereich anliegender Gemeinden zu revidieren. Die Haltung der Gewerkschaften der Eisenbahner Deutschlands in Flensburg ist klar und unmißverständlich. Zwar wird gesagt, durch die Stillegungspläne seien keine Arbeitskräfte bei der Eisenbahn selbst gefährdet, doch durch den Zwang der Arbeiter, ihre Arbeitskraft außerhalb ihres Wohnortes zu verkaufen, sind viele gezwungen, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, die dann auch günstig fahren müssen, zumal die Forderung Bezahlung der Fahrtkosten durch die Kapitalisten noch nicht durch ist. Eine Diesellok fährt 25% günstiger als das von der Bundesbahn eingesetzte Busunternehmen ,,Autokraft".

Die GdED tagt am 13. März 1980 in Flensburg und wird die Streckenstillegung Niebüll-Tondern und Lindholm-Flensburg/Weiche ablehnen. Da wird auch die Begründung eines Bundesbahnvertreters in Flensburg zu Stillegungsplänen mit der Aussage ,,die Autokraft habe die Strecke systematisch kaputtgemacht, indem sie fast die gleichen Abfahrts- und Ankunftszeiten wie die Bundesbahn auf der Strecke Niebüll-Flensburg hatte" nichts ändern.

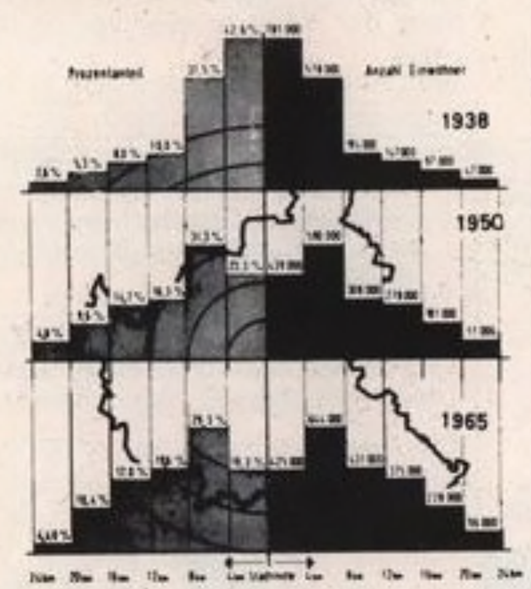
Kommunistische Volkszeitung

Reichlich Steuern, genug, um öffentlichen Nahverkehr daraus zu bezahlen

6653 Mio. DM, 9,2% mehr als 1979, werden dem Hamburger Senat 1980 an Steuergeldern zur Verfügung stehen, den Löwenanteil treibt er allerdings für den Zentralstaat ein, mehr als viermal soviel. Die Aufwendungen für den HVV belaufen sich 1979 auf 653,4 Mio. DM und werden in 1980 voraussichtlich um 23 Mio. DM steigen. Die Fahrpreiserhöhung soll davon 15,3 Mio. DM decken. Abgesehen davon, daß der Posten Kapitaldienst mit 95,4 Mio. DM mit in die Aufwendungen eingeht: Der öffentliche Nahverkehr ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit, die Verkehrsbedienung kann aus den Steuergeldern bestritten werden.



Säulen: gesamtes Steueraufkommen in Hamburg, dunkles Raster: dem Hamburger Haushalt verbleibende Steuergelder; obere Linie: Gesamtaufwendungen des HVV, helles Raster: Zuschüsse vom Senat, untere Linie: Nettoeinnahmen des HVV

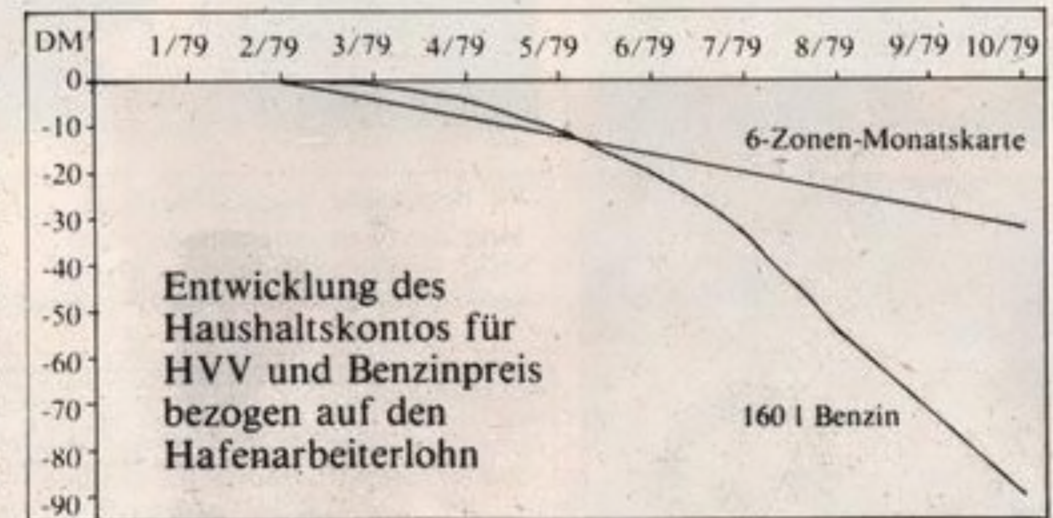


Der öffentliche Nahverkehr ist Bedingung der großen Industrie

Die hohen Kosten für das Nahverkehrswesen sind mit der Entwicklung der Industrie, der Konzentration der Arbeitermassen in immer größere Fabriken verbunden. Unter kapitalistischen Bedingungen sind diese Kosten viel höher, weil alles nach Profitgründen chaotisch organisiert ist. So ist in Hamburg, wie in allen großen Städten, in der Innenstadt das wirtschaftliche Zentrum. Die Kapitalisten sparen Kosten für Transport und Kommunikation untereinander. Die Arbeiter und Angestellten müssen am Stadtrand wohnen und lange Anfahrtswege in Kauf nehmen. Auf einer Fläche von 5 qkm (= 0,7% der Fläche des gesamten Stadtgebietes) haben 250000, d.h. 25% aller Berufstätigen, ihren Arbeitsplatz. 72% von ihnen müssen öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Über 4 Mrd. Personenkilometer ist die jährliche Transportleistung im Gebiet des HVV. Die für diesen öffentlichen Nahverkehr erforderlichen Anlagen hatten 1977 einen Wert von 635 Mio. DM, davon 176 Mio. DM für Gleisanlagen und 302 Mio. DM für Fahrzeuge und Maschinen. Für Roh- und Betriebsstoffe u.ä. war 1977 ein sog. Umlaufvermögen von 132 Mio. DM erforderlich. 5300 Arbeiter und Angestellte arbeiteten 1977 im Schichtdienst, um den öffentlichen Nahverkehr aufrechtzuerhalten.

Fahrpreise von 1971 bis 1980 um 85% teurer

Wenngleich die Kosten für eine Person, die den HVV benutzt, niedriger sind, als führe er mit dem Auto zur Arbeit, so muß er einen immer größeren Teil seines Lohn für Transportkosten aufwenden. Den Anstieg der Benzinpreise nutzte der Hamburger Senat, um sich einen Großteil der gestiegenen Aufwendungen für die Verkehrsbedienung – u.a. für Energiekosten – über die Fahrpreiserhöhung direkt von den Benutzern zahlen zu lassen.





Kommunistischer Bund Westdeutschland

Der hartnäckige Kampf der dänischen Fährarbeiter führt zu Ergebnissen

r.clm. Seit zehn Monaten führen die Arbeiter der Linie Römö-Sylt Streik, Boykott und Blockade gegen die Flensburger Förde-Reederei durch, um zu erzwingen, daß sie die zypriotische Billigflagge streicht und kollektive Tarifverträge für die Besatzung abschließt. Die Verluste der Reederei in dieser Zeit waren mit über 20 Millionen Kronen so hoch, daß sie die Auseinandersetzung auf Dauer nicht durchhalten konnte. Die Fährarbeiter konnten den Kampf durchhalten, weil sie klare Forderungen aufgestellt und deshalb vom dänischen Gewerkschaftsbund LO, von der ÖTV und von der absoluten Mehrzahl der dänischen und deutschen Fahrgäste unterstützt wurden. Über 300 Solidaritätsadressen aus dänischen und deutschen Betrieben und Gewerkschaftsgruppen sind an die Blockadewacht geschickt worden. Die Reederei hat nachgeben müssen.

Zum 1. März flaggt sie die beiden Schiffe der Linie von zypriotischer auf westdeutsche Flagge um. Gleichzeitig soll ein mit der DAG ausgehandelter Mantel- und Lohntarifvertrag in Kraft treten, den auch ÖTV und LO billigen. Die Förde-Reederei ist nicht Mitglied im Verband Deutscher Reeder, so daß auf ihren Schiffen der Flensburger Förde mit der DAG abgeschlossene Haustarife gelten, die jetzt – in einigen Punkten verbessert – auf die Linie Römö-Sylt übertragen werden sollen. Obwohl bisher nur wenig über diesen Vertrag herausgelassen wurde, kann man doch schon sagen, daß er schlechter ist als der dänische, der vorher galt. Ein Decksmann z.B. hat Lohneinbußen von 0,50 DM die Stunde, die Beschränkung der Arbeitszeit ist durchlöchert, der Teuerungszuschlag fällt weg. Und doch ist dieser Vertrag um vieles besser als die Einzelverträge, welche die Reederei unter zypriotischer Flagge aufgezwungen hatte.

Es gibt jetzt Meinungsverschiedenheiten zwischen LO, Seemannsbund und Blockadewacht der Fährarbeiter, ob dieser Vertrag angenommen werden soll. Einigkeit besteht darin, daß die Umflaggung ein großer Erfolg ist. Es ist das erste Mal, daß eine Reederei dazu gezwungen werden konnte. Der Seemannsbund will jetzt darauf beharren, daß die Schiffe dänische Flagge führen, während die Fährarbeiter den Vertrag überprüfen und dann entscheiden wollen, ob sie den Boykott aufheben. Ein solches Vorgehen ist richtig und fällt auf chauvinistische Bestrebungen nicht herein.

Chronik des Kampfes

April 1979 Die Reederei Lindinger geht Konkurs und wird von der Förde-Reederei aufgekauft.

Mai 1979 Matrosen und das Restaurationspersonal besetzen die „Vikingland". Der Reeder muß den ausstehenden Lohn zahlen, flaggt die beiden Schiffe aber nach Zypern aus. Der größte Teil der Besatzung setzt die Blockade an Land fort. – Der ÖTV-Hauptvorstand tritt die Verhandlungsbefugnis an die dänischen Gewerkschaften ab. – 1600 Arbeiter demonstrieren in Havneby auf Römö. – Deutsche und dänische Arbeiter führen in List eine Blockade durch.

Juni 1979 Demonstrationen in Grafenstein, Kollund und Sonderburg von insgesamt 1100 Leuten. – 500 deutsche und dänische Arbeiter demonstrieren in Flensburg, dem Sitz der Förde-Reederei. – Kapitän und Steuermann der „Vikingland" werden über Bord geworfen. – Deutsche und dänische Jugendliche und Arbeiter unterstützen von nun an die Blockade an Ort und Stelle.



Juli 1979 Die Reederei bittet die ÖTV um Gespräche – 6 dänische Gewerkschaften beschließen, einen Vollboykott gegen die Reederei vorzubereiten.

August 1979 Während der Ferienzeit informiert der KBW die Urlauber schon an den Autobahnraststätten und Grenzübergängen, zahlreiche Leute wählen daraufhin eine andere Route. – Die Blockadewacht schreibt einen Brief an alle ÖTV-Kreisverbände in Schleswig-Holstein und Hamburg, in dem sie vorschlägt, gemeinsame Informationsveranstaltungen durchzuführen. Die ÖTV erklärt gegenüber der Reederei, daß sie nur verhandelt, wenn sie von den dänischen Gewerkschaften ausdrücklich dazu aufgefordert wird.

September 1979 2000 Leute demonstrieren in Havneby. – Der Kreisjugendausschuß des DGB Hamburg beschließt eine gemeinsame Veranstaltung mit den Fährarbeitern. – Ein dänisches Gericht untersagt umfassende Blockademaßnahmen. – Die FDP will in einer Anfrage im Bundestag geklärt haben, welche Maßnahmen gegen die Fährarbeiter ergriffen werden können. Der ÖTV Hauptvorstand sagt die gemeinsame Veranstaltung ab.

Oktober 1979 Trotz des Verbots beginnt die LO mit dem Vollboykott.

November 1979 Die Förde-Reederei macht jetzt auch auf der Flensburger Förde Verluste. Zwischen Römö und Sylt läßt sie nur noch ein Schiff verkehren.

Dezember 1979 Die Reederei erklärt sich „im Prinzip bereit", auf westdeutsche Flagge umzuflaggen.

Januar 1980 Die Reederei nimmt Verhandlungen mit der DAG auf, will aber gleichzeitig Neueinstellungen zu Einzelverträgen vornehmen.

Februar 1980 Die Reederei gibt den Abschluß eines kollektiven Tarifvertrages mit der DAG bekannt.

Schnipkoweits 10 Punkte zu mehr Menschlichkeit im Krankenhaus

r.ilh. Bei der Einweihung einer weiteren Sozialstation in Seesen/Harz hat der niedersächsische Sozialminister Schnipkoweit neuerlich bekräftigt und aufgerufen, daß mehr ehrenamtlich und nebenberuflich im Sozial-, Pflege- und Gesundheitsdienst tätig werden sollten. Schon vor Wochen hat die Landesregierung eine größere Kampagne gegen die Planstellenforderungen der Krankenhausbeschäftigten eingeleitet. In der Landtagsdebatte am 14.12.79 hat Schnipkoweit in einem Grundsatzreferat des Menschlichkeitskurs der Landesregierung unterbreitet:

1. Vor, während und nach einem Krankenhausaufenthalt müssen enge Kontakte zur Sozialstation gehalten werden. Vor allem die Familien, freiwillige ehrenamtliche Betreuung, Patientenhilfen können dem Kranken helfen und auch in vielen Fällen eine Verkürzung der Liegezeit erreichen.

2. „Frühes Wecken, Mahlzeiten zu ungewohnten Zeiten, lange Wartezeiten..." können durch Veränderung der Organisationsabläufe vermieden werden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit und Einführung des Schichtdienstes haben eine patientengerechte Umorganisierung erschwert. Die Landesregierung wird die Krankenhausträger aber mit „Rat und Tat unterstützen."

3. Freizeitgestaltung der Patienten: da die Liegezeiten in den nds. Akutkrankenhäusern bereits auf 15 Tage verkürzt wurden, sind insbesondere Mitpatienten „zu freiwilligen Hilfsdiensten für sich selbst und andere" aufgerufen.

4. Änderung des § 371 RVO, wonach kleineren Krankenhäusern die Möglichkeit gegeben wird, in den Krankenhausbedarfsplan aufgenommen zu werden, wenn sie besonders den „menschlich-pflegerischen Aspekt" vorweisen können.

5. Die „individuelle Einstellung" der Ärzte und Pflegekräfte zu ihrem Beruf sei entscheidend für die Menschlichkeit. Eine „patientengerechte Arbeitszeitregelung" könne sich für den Kranken positiv auswirken.

6. Kritikmöglichkeiten der Patienten am Krankenhaus wie „Meckerbriefkästen".

7. Heilberufe sind mehr als ein Job. Die Ausbildung der jungen Bürger müsse mehr praxisbezogen und krankenbettnahe sein. Die Pflichtstunden für Psychologie, Soziologie und Pädagogik in der Krankenpflegeausbildung sind zu erhöhen.

8. Betreuung der kranken Kinder verstärkt durch die Mütter.

9. Das seelsorgerische Angebot in den Krankenhäusern ist zu vergrößern und die Krankenhausträger sollen die Konfessionszugehörigkeit der Patienten den Kirchen mitteilen.

10. Einrichtung von „Sterbezimmern" für ein „menschenwürdiges Sterben im Krankenhaus in einer menschenwürdigen Umgebung."

Hilfe und Selbsthilfe von jedem Einzelnen. Mal christlich-sozial (CDU-Abgeordneter Lindhorst: Barmherzigkeit, Karitas, christlich-karitativ-humanitär), mal sozialdemokratisch (SPD-Abgeordneter Köhler: Patientenanwalt, Patientenvertreter, Patientenfürsprecher, grüne Damen), einig waren sie sich darin: vieles soll ohne Lohn gemacht werden, Ausdehnung der Arbeitszeiten der Krankenhausbeschäftigten, die Auszubildenden sollen noch krankenbettnaher arbeiten. Lediglich der CDU-Abgeordnete und Arzt Dr. Pohl hat als einziger Stellung genommen, daß eine Krankenhaushumanisierung *nur* durch mehr Personal zu lösen sei. Ehrenberg sei zwar der Vorkämpfer der Kostendämpfung, aber er befinde sich „in guter Gesellschaft mit allen Fraktionen". – Zum rechten Zeitpunkt hat der ÖTV Hauptvorstand die Forderung zur Arbeitszeit auch im Gesundheitswesen und zur Verbesserung der med. Versorgung herausgegeben.

Haushaltsdebatte der Bremischen Bürgerschaft

Galopp der Tributzahlungen an die Banken

r.ped. „Eine nicht risikolose Gratwanderung" (SPD), „katastrophale Verhältnisse" (CDU), „ein Teufelskreis" (FDP) – einhellig unwohl war den Parteien bei der Verabschiedung des Landeshaushalts 1980 von 3,9 Mrd. DM. Die Verschuldung wächst weiter, die Pro-Kopf-Verschuldung wird 8133 DM betragen, die höchste im ganzen Bundesgebiet. Kontrastiert wird diese Spitzenstellung Bremens durch das hinter Hamburg bereits zweithöchste Pro-Kopf-Steueraufkommen.

1,6 Mrd. machen die Personalkosten aus, 0,6 Mrd. die Investitionen, 0,3 Mrd. die Zinszahlungen und 0,3 Mrd. die Tilgungen. Der Rest firmiert als laufende Zuschüsse, Zuweisungen, Sachaufwand.

Ende 79 hatte Koschnick gegenüber dem Handelsblatt hervorgehoben: „Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten (Bremens) geben der heimischen und ansiedelnden Wirtschaft viele Chancen. Die Arbeitnehmerverdienste liegen z.T. erheblich unter dem Bundesdurchschnitt". „Sicherung der Arbeitsplätze" heißt diese Landespolitik gegenüber den einfachen Leuten. Als Aktionär ist die Landesregierung gebend bei VFW sowie den Bremerhavener Werften Schichau/Rickmers eingestiegen, Investitions- und Ansiedlungskosten für den Ausbau des Daimler Benz Werkes und des Container Terminals wurden übernommen, von übernommenen Bürgschaften mußten 78/79 bereits 100 Mio. DM ausgezahlt werden.

1980 sind geplant: Container Terminal 48 Mio., Daimler Benz 20 Mio., Werfthilfeprogrammbeteiligung 22 Mio., Hafenschleuse 26 Mio. als die größten Posten direkter Subventionierung. Die Bürgschaftsverpflichtungen steigen auf 2 Mrd. DM, davon „200 Mio. DM unsichere", bei einer Haushaltsrücklage von 50 Mio.

Zur unmittelbaren und mittelbaren Senkung des Lohnniveaus: 28 Mio für ABM-Kräfte, 19 Mio für „Berufsausbildung, Fortbildung, Umschulung, sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung", 11 Mio. für Schulneubauten. Angeregt ist seitens des Wirtschaftssenators eine Fusion der Großwerften AG Weser/Bremer Vulkan, da bei den Zuschüssen überlegt werden müsse, „ob Bremen sich zwei Großwerften leisten kann" – eine passable Deckung so oder so für weitere Entlassungspläne der Werften.

Dies Programm kostet zugleich mit den wachsenden Schutz dieser Ordnung durch Polizei, Gerichte, Gefängnisse. Indem es durch Kredite finanziert wurde, benötigen die Zinszahlungen immer wachsendere Kreditaufnahmen, wird der Haushalt zur direkten Quelle der Bereicherung der Banken (1980 bereits 8,8%). Von 1975 bis 83 (geplant) wird sich das Kreditausmaß verdoppelt haben, die fälligen Tilgungs- und Zinszahlungen aber vervierfachen. 1983 wird einem Bruttokredit von 1 Mrd. DM eine Zins- und Tilgungsverpflichtung von ebenfalls 1 Mrd. DM gegenüberstehen.

Über den Kreditaufnahmezwang vollständig an der Leine der Banken, sinnieren die Parteien über Wege, der Tributpflicht nachzukommen: „Ohne das vorgesehene Bonner Steuerpaket wäre eine Konsolidierung 1981 möglich gewesen", schwindelt Finanzsenator Thape, aber so „sind die Steuereinnahmen ausgereizt, die Gebühren angehoben (plus 3,6 Mio 1980) und die Lücken nur durch weitere Kredite zu stopfen". „Die Einnahmen erhöhen und nur noch investive Ausgaben, die über Einnahmeerhöhungen dem Staatshaushalt wieder zu gute kommen", propagiert die FDP, während die CDU zugleich „weniger Staat und die Privatisierung von Schulen, Kliniken und kommunalen Diensten" fordert.

Die Einnahmen sollen durch Auspressung der Lohnabhängigen erhöht werden, während der Ausfall der Lohnsummensteuer durch die Erhöhung der Gewerbesteuer „in höchst bescheidenem Maße" ausgeglichen, insgesamt „die lohnintensiven Betriebe erheblich entlastet wurden" (SPD-Fraktionschef Wedemeier), bei allen möglichen rattigen Konzepten zur Abwälzung von Kosten auf die Lohnabhängigen (so bastelt Gesundheitsdiakon Brückner an der Kostenheranziehung der Angehörigen bei älteren Pflegefällen).

Ihr Unbehagen dabei ist begründet. Steuerfreiheit bis zum Durchschnittslohn wird in den Gewerkschaften gefordert und der Gedanke an Begleichung der Staatsschuld durch Erhöhung der Vermögenssteuer ist naheliegend.

Die Tätigkeiten des Bremer Senats

























Hochseefischerei: Knüppeln bis zum Umfallen

Manteltarifverhandlungen zwischen ÖTV und Reedern – Abbau der Überarbeit tut not

r.ras. Die ÖTV hat zum 31.12.79 die seit 1.1.78 geltenden Arbeitszeitbestimmungen in der Hochseefischerei (§12 MTV-Fisch) gekündigt. Die jetzigen Bestimmungen erlauben die völlige Auslaugung der Arbeitskraft der Seeleute weit vor Erreichen des Rentenalters: Die Nachtarbeit ist der Arbeit am Tage grundsätzlich gleichgestellt, keine Sonn- und Feiertage, 12-Stundentag für Jugendliche.

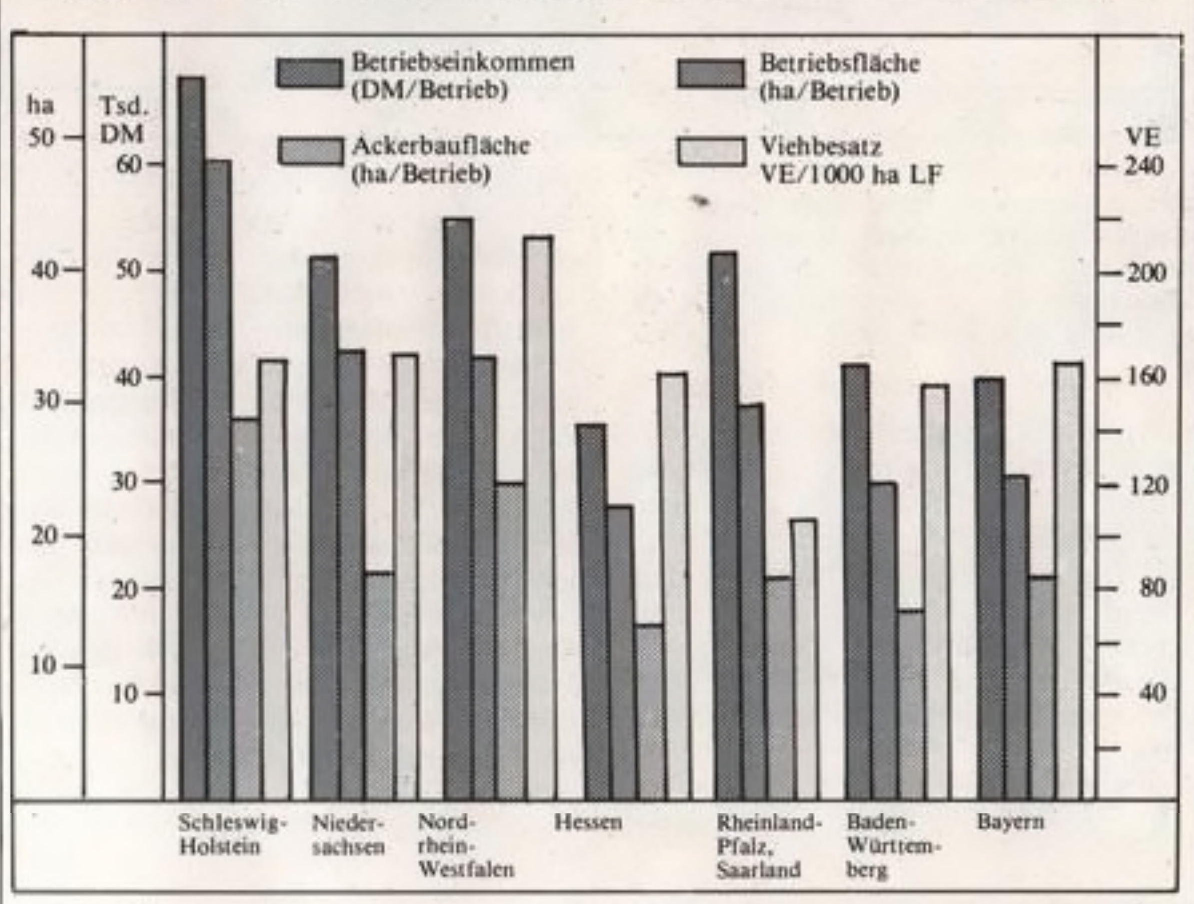
Auf den *Frischfischschiffen* heißt es arbeiten rund um die Uhr; 30 Stunden und mehr hieven, aussetzen, Netze flicken, Fische verarbeiten sind keine Seltenheit. Zwischendurch höchstens mal einen heißen Kaffee oder einen Schlag Erbsensuppe. Das 24 Tage lang, dann 2-4 Tage Landaufenthalt und erneut auf See. Reiner, 20 Jahre alt, fährt schon seit drei Jahren in der Hochseefischerei, zur Zeit auf der ,,Saarbrücken" (Nordsee-Reederei). Wie er dazu gekommen ist? ,,Nach der Schule habe ich als Betonbauer angefangen und nach 1¼ Jahren abgebrochen, kurz danach bei der ,Nordsee' angeheuert." – Wie sah die Arbeitszeit damals aus? ,,So wie heute: Schlafen nur beim Schleppen der Netze, aber auch nur, wenn kein Netzausbessern oder ähnliches anfällt; oder wenn die Besatzung wirklich nicht mehr kann." – Du warst doch zu Anfang erst 17 Jahre? ,,Ja, aber ich habe sofort voll mit zugelangt wie die anderen auch und da hat mich der Kapitän schon nach 12 Monaten zum Matrosen gemacht." – Wie alt ist die Besatzung und was verdienst Du? ,,Wir sind 23, die meisten Deutsche und ungelernt. Älter als 41, 42 ist, glaube ich, keiner. Letztes Mal hatte ich noch 3100 DM brutto, blieben mir noch runde 2000 DM. Das hängt auch immer vom Fisch ab, weil wir auf die Grundheuer noch Fangprämien kriegen."

Der noch geltende MTV sieht für den Frischfischbereich ,,innerhalb von 24 Stunden 8 Stunden Ruhezeit" vor, während derer auch gegessen werden muß und in der ,,6 Stunden zusammenhängend sein *sollen*". Aber auch diese Bestimmungen stehen weitgehend auf dem Papier, da der Kapitän nach §12,1 ,,... unter Berücksichtigung der Fang- und Wetterverhältnisse die Arbeitszeit festsetzt, und zwar auch an Sonn- und Feiertagen." Leider ist die Streichung dieses Absatzes nicht im Forderungskatalog der ÖTV enthalten. Für den Frischfischbereich fordert sie: ,,12/6-Wachensystem (12 Stunden Arbeit, 6 Stunden Schlaf abwechselnd. Anm. d. Red.), Essenszeiten innerhalb der Arbeitszeit (entspricht 16-Stundentag)." Darunter würde der Fang leiden, klagen die Reeder. Nur ein Mann mehr an Deck als bisher garantiert aber schon reibungslose Wacheneinteilung und Fangtätigkeit, hat die ÖTV vorgerechnet. Um Fakten zu schaffen, bauen die Reeder mit Bundesmitteln geförderte Neubauten für immer weniger Besatzung. Und in den letzten drei Jahren zogen sie in Cuxhaven und Bremerhaven 30 Schiffe aus dem Verkehr und entließen 1330 (39%) der Besatzungsmitglieder.

Für die *Fangfabrikschiffe* (Vollfroster) gilt nach §12,3 eine tägliche 12-stündige Arbeitszeit, grundsätzlich im 6/6-System einzuteilen, wobei außerhalb der Arbeitszeit gegessen werden muß. Aber: ,,Die Arbeitszeit... kann innerhalb von 24 Stunden bis zu 2½ Stunden überschritten werden bzw. im ,12/6-Wachensystem eingeteilt werden, sofern es zur Verarbeitung vorhandener Fangspitzen erforderlich ist." Für diese Schiffe fordert die ÖTV ausschließlich 6/6-Wachen, Essenszeiten innerhalb der Arbeitszeit, vor allem ersatzlose Streichung der ,,Fangspitze". So fuhr die ,,Sagitta Maris" mit Unterbesetzung, so daß eine 6/6-Wache gar nicht möglich war. Auf der ,,Karlsburg" wurden schon beim Auslaufen gute Fänge erwartet und ,,vorsorglich" die 12/6-Wache eingeteilt. Ein anderer Nordsee-Kapitän ließ die Besatzung entgegen Tarif das Schiff anmalen, unterdessen den Fisch auf Deck aufschütten und rief dann Fangspitze aus. Die Fangspitzenklausel im §12 wollen die Reedereikapitalisten beibehalten. Ein vom See-Betriebsrat der ,,Nordsee" auf See gesandtes Telex nach dem ersten Verhandlungstag kam schnell zurück: Die eindeutigen Forderungen der ÖTV werden unterstützt.

Die Schwachpunkte in dieser Tarifbewegung sind folgende: Die Fangprämie beträgt immer noch ein Drittel oder mehr der Garantieheuer (1940 DM für einen Jungmatrosen) und preßt die Hochseefischer in eine Interessengleicheit mit den Reedereikapitalisten, viel Fisch zu machen und dadurch in die überlange Arbeitszeit. Sicher spielt auch noch eine Rolle, daß die Forderungen der ÖTV noch nicht der Allgewalt des Kapitäns nach §12,1 entgegentreten und daß auch noch nicht die Interessen der Jugendlichen nach völligem Verbot jeder Nacht- und Überstundenarbeit aufgegriffen werden. Hier bestimmt der §12,7 immer noch: ,,Für Jugendliche unter 18, mit Ausnahme der Vollgrade (Matrose etc., Anm. d. Red.), darf die tägliche Arbeitszeit... 12 Stunden nicht überschreiten. Nachtarbeit..., *mit Ausnahme der Vollgrade*, ist untersagt."

Der Landbesitz ist die Grundlage für die regionalen Einkommensunterschiede der Bauern



z.brb. Die regionale Aufgliederung von vier landwirtschaftlichen Produktionsgrößen zeigt bereits für die Haupterwerbsbetriebe große Unterschiede. Der Agrarbericht der Bundesregierung weist die meisten Daten für die Nebenerwerbsbetriebe nicht aus. Ihre Einbeziehung würde die Unterschiede noch weiter vergrößern – Nebenerwerbsbetriebe besitzen wenig Land. Landbesitz ist jedoch die entscheidende Grundlage für die Höhe des Einkommens. So konnten die Haupterwerbsbetriebe in Schleswig-Holstein das Einkommen pro Familienarbeitskraft im Wirtschaftsjahr erheblich steigern, im Gegensatz zu den kleineren Betrieben in Süddeutschland. Über hohen Viehbestand kann, wie Nordrhein-Westfalen zeigt, bedingt Einkommenssteigerung erzielt werden.

Die halbe Obsternte konnte 1979 nicht verkauft werden.

z.klk. In seiner Antwort vom 5.2.80 auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU zu den ,,Ursachen der derzeitigen Krise am europäischen und deutschen Apfelmarkt" hat der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ertl, rausgelassen, daß die Erzeugerpreise für Äpfel der Klasse I im Jahr 78 um 28,6% und im Jahr 79 um 31% gesunken sind. Selbst wenn man die starke Steigerung des Erzeugerpreises im Jahr 77 mit berücksichtigt (48,6%), ergibt sich, daß der Erzeugerpreis von 76 auf 79 um 16,9% gesunken ist, während im gleichen Zeitraum die Verbraucherpreise um 14,27% gestiegen sind. Wie die vom Ertl-Ministerium gerühmte ,,vorbeugende Intervention" gewirkt hat, kommt in seiner eigenen Erklärung vom 8.2. zum Vorschein: Unter der Überschrift ,,Fast die Hälfte der Obsternte bleibt beim Erzeuger" gibt das Ministerium bekannt, daß nur 27% der Ernte als Eßobst verkauft werden konnte, weitere 26% als Verwertungsobst. Die Tatsache, daß knapp die Hälfte der Obsternte nicht verkauft werden konnte, findet sich in der Ertl-Lesart folgendermaßen wieder: ,,Das in der Bundesrepublik Deutschland geerntete Obst wird zum großen Teil von den Verbrauchern selbst verbraucht." Um 48%, von 58000 Tonnen auf 86000 Tonnen gestiegen ist 1979 der Teil des Obstes, der gar nicht erst abgeerntet wurde.

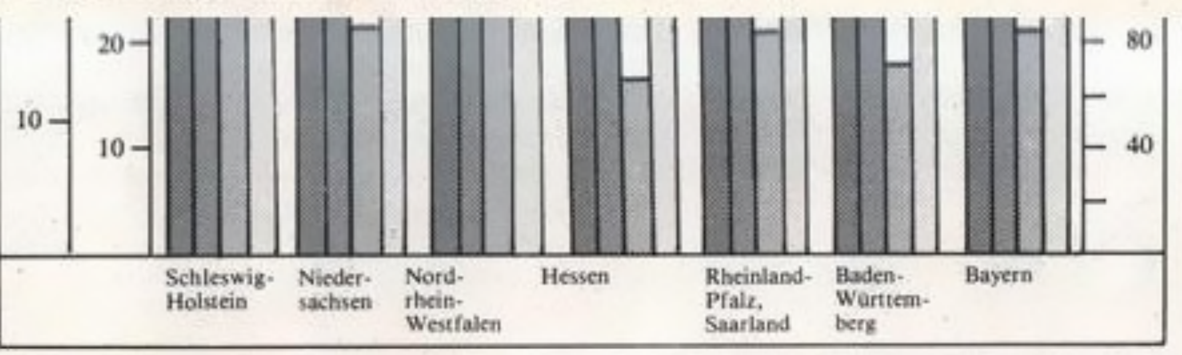
1979: Imperialisten dehnten Welt-Weizenmonopol aus

z.doj. 1979 lag nach Schätzung des Internationalen Weizenrates die Welt-Weizenproduktion bei 423,5 t, also niedriger gegenüber 1978 mit 449,1 Mio. t. Höher als erwartet konnten die UdSSR, USA, Kanada und Australien produzieren. Aus dieser Lage heraus machen die imperialistischen Weizenländer verstärkt auf Kosten der Bauern und der 3. Welt ihre Geschäfte. Im gleichen Zeitraum – von 1978 auf 1979 – konnten sie den Welt-Weizenhandel von 71,2 Mio. t auf 78 Mio. t erhöhen. Das bedeutet Erhöhung ihrer Weizenexporte, von denen die USA und Kanada allein 1978 46,5% monopolisieren konnten. Durch gleichzeitige

erst 17 Jahre? ,,Ja, aber ich habe sofort voll mit zugelangt wie die anderen auch und da hat mich der Kapitän schon nach 12 Monaten zum Matrosen gemacht." – Wie alt ist die Besatzung und was verdienst Du? ,,Wir sind 23, die meisten Deutsche und ungelernt. Älter als 41, 42 ist, glaube ich, keiner. Letztes Mal hatte ich noch 3100 DM brutto, blieben mir noch runde 2000 DM. Das hängt auch immer vom Fisch ab, weil wir auf die Grundheuer noch Fangprämien kriegen."

Der noch geltende MTV sieht für den Frischfischbereich ,,innerhalb von 24 Stunden 8 Stunden Ruhezeit" vor, während derer auch gegessen werden muß und in der ,,6 Stunden zusammenhängend sein *sollen*". Aber auch

Stunden überschritten werden bzw. im ,12/6-Wachensystem eingeteilt werden, sofern es zur Verarbeitung vorhandener Fangspitzen erforderlich ist." Für diese Schiffe fordert die ÖTV ausschließlich 6/6-Wachen, Essenszeiten innerhalb der Arbeitszeit, vor allem ersatzlose Streichung der ,,Fangspitze". So fuhr die ,,Sagitta Maris" mit Unterbesetzung, so daß eine 6/6-Wache gar nicht möglich war. Auf der ,,Karlsburg" wurden schon beim Auslaufen gute Fänge erwartet und ,,vorsorglich" die 12/6-Wache eingeteilt. Ein anderer Nordsee-Kapitän ließ die Besatzung entgegen Tarif das Schiff anmalen, unterdessen den Fisch auf Deck aufschütten und rief dann Fangspitze aus. Die Fangspitzenklausel im §12 wollen die Reedereikapitalisten beibehalten. Ein



z.brb. Die regionale Aufgliederung von vier landwirtschaftlichen Produktionsgrößen zeigt bereits für die Haupterwerbsbetriebe große Unterschiede. Der Agrarbericht der Bundesregierung weist die meisten Daten für die Nebenerwerbsbetriebe nicht aus. Ihre Einbeziehung würde die Unterschiede noch weiter vergrößern – Nebenerwerbsbetriebe besitzen wenig Land. Landbesitz ist jedoch die entscheidende Grundlage für die Höhe des Einkommens. So konnten die Haupterwerbsbetriebe in Schleswig-Holstein das Einkommen pro Familienarbeitskraft im Wirtschaftsjahr erheblich steigern, im Gegensatz zu den kleineren Betrieben in Süddeutschland. Über hohen Viehbestand kann, wie Nordrhein-Westfalen zeigt, bedingt Einkommenssteigerung erzielt werden.

1979: Imperialisten dehnten Welt-Weizenmonopol aus

z.doj. 1979 lag nach Schätzung des Internationalen Weizenrates die Welt-Weizenproduktion bei 423,5 t, also niedriger gegenüber 1978 mit 449,1 Mio. t. Höher als erwartet konnten die UdSSR, USA, Kanada und Australien produzieren. Aus dieser Lage heraus machen die imperialistischen Weizenländer verstärkt auf Kosten der Bauern und der 3. Welt ihre Geschäfte. Im gleichen Zeitraum – von 1978 auf 1979 – konnten sie den Welt-Weizenhandel von 71,2 Mio. t auf 78 Mio. t erhöhen. Das bedeutet Erhöhung ihrer Weizenexporte, von denen die USA und Kanada allein 1978 46,5% monopolisieren konnten. Durch gleichzeitige
Weizenhortung von 53,9 Mio. t (0,3 Mio. t mehr als im Vorjahr) üben sie auf die zu wenig produzierenden Länder der 3. und 2. Welt Druck aus und schrauben ihre Exportpreise, die sie als Weltmarktpreis schon von 1970 – 78 um über 50% hochgetrieben haben, mit einer gezielten Verknappungspolitik noch höher. Dies konnte nur gelingen, weil Anfang 1979 die Imperialisten die UNCTAD-Verhandlungen und damit die Forderung der 3. Welt nach festen Preisspannen und international kontrollierten Vorratslagern zum Scheitern bringen konnten. Obwohl die Länder der 3. Welt ihre Weizenproduktion von 1970 – 78 von 64,5 auf 135,1 Mio. t erhöht haben, mußten sie 1976 57 Mio. t Getreide einführen und wird sich ihr Einfuhrbedarf bis 1980 auf 80 Mio. t erhöhen.

Referendum in der Schweiz über ,,Landesversorgung in Krisenzeiten"

Der ,,Plan Wahlen" im Zweiten Weltkrieg – Produktionsschlacht für das Agrarkapital

z.anb. Am 2. März hat die Schweizerische Finanzbourgeoisie den Arbeitern und Bauern die Neufassung des Artikels 31 der Bundesverfassung zur Abstimmung vorgelegt. Es gehe, so schrieb die ,,Neue Zürcher" am 27.2., um die Anpassung der Notstandsmaßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Nahrungsmitteln, die der bisherige Artikel 31 auf den unmittelbaren Kriegsfall beschränke. Heute aber sei die Schweiz aufgrund der weltmarktpolitischen Verflechtung, sprich ihrer zu 45% auf Importe angewiesenen Ernährungsbasis, nicht ausreichend vor Notlagen geschützt.

Man erinnere sich nur an die Erfahrungen aus den beiden Weltkriegen, insbesondere den zwischen 1940 und 1948 realisierten ,,Plan Wahlen", der der Schweizer Bevölkerung das Überleben gesichert habe. Im Zusammenhang mit dem neuen Verfassungsartikel wird dieser berühmte Anbauplan des Agrarprofessors Wahlen derzeit zur neuerlichen Anwendung ,,aktualisiert".

Als Plan für die ,,Selbstversorgung" der vom Weltmarkt abgeschnittenen Schweizerischen Wirtschaft propagiert, beinhaltete diese ,,Anbauschlacht" die Ausrichtung der Landwirtschaft auf die Kriegsproduktion.

Seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts war mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise der bis dahin vorherrschende Ackerbau zugunsten der Viehwirtschaft verdrängt worden. Seitdem Getreide, sowohl für Brot als auch für Futtermittel, aus den Kolonien zu einem Drittel des Preises eingeführt werden konnte, den seine Produktion im Inland kostete, warf sich das Kapital auf die profitversprechende Viehzucht, Zehntausende kleiner Milch- und Viehbauern, vorwiegend in den Bergregionen, kämpfen seither als Nebenerwerbsbauern gegen ihre endgültige Vertreibung. Mit der auf moderner, kapitalintensiver Basis organisierten Großviehhaltung können sie längstens nicht mehr mithalten. Ihre Kuh, ihr Rind ist nur noch für die Subsistenzwirtschaft produktiv.

Wie heute betrug die ackerbaulich *genutzte* Fläche schon zu Beginn des Zweiten Weltkriegs nur 25% der tatsächlich *nutzbaren* Fläche, 265000 ha von über 1068000 ha. Der ,,Plan Wahlen" kam daher als Mobilmachung zur Sicherung der Versorgung der Massen mit dem lebenswichtigen Brotgetreide, das bis dahin zur Hälfte importiert worden war. Natürlich konnte die Bourgeoisie nicht daran vorbei, daß für die Arbeiter und Bauern, die sie als Soldaten an die Front schickte, als auch in die Fabriken, zur Herstellung der Extraprofit einbringenden Kriegsproduktion, die Nahrung vorhanden sein mußte.

Wahlens Ausgangspunkt seien Berechnungen über den notwendigen Kalorienbedarf zur Ernährung der Massen gewesen. Bei 3000 kcal Verbrauch pro Kopf und Tag im Durchschnitt ging er von einer Reduktion auf 2400 kcal aus, die nicht nur zum Überleben ausreicht, sondern zur Aufrechterhaltung der *Arbeitsfähigkeit*. Allerdings wird man stutzig, wenn man sich die *Zusammensetzung* dieser 2400 kcal ansieht. Milch, Brot und Kartoffeln machten vier Fünftel der Ration aus. Sicher, es war das Allernötigste an Eiweiß, erstaunlich nur, weil Fleisch nach amtlichen Daten zu 75% des Inlandsbedarfs vorhanden war und dennoch auf 28 kg (1939: 49,6 kg) pro Kopf und Jahr reduziert wurde.

Dies allerdings mit einem Unterschied: Soldaten im Fronteinsatz erhielten das 4fache. – Der Export florierte. Aber nicht nur hierin kommt Betrug zum Vorschein. Die zur Sicherung des Überlebens propagierte Anbauschlacht diente nur in zweiter Linie der Versorgung der Massen. Die für Brotgetreide genutzte Ackerfläche stieg zwar, um 24,7%, aber die Anbaufläche für *Futter*getreide stieg 10mal massiver. Das Verhältnis der beiden Kulturflächen zueinander war 1939 5,8 (Brotgetreide) : 1 (Futtergetreide), 1944 aber 2:1.

Zur Rationalisierung und zum Zweck der Senkung der Produktionskosten wurden dem Agrarkapital 593 Mio. Franken Steuergelder zugeschoben, der Ernteertrag stieg bei Brotgetreide um 240%, bei Futtermitteln aber um 319%.

Um diese enorme Steigerung der Erträge zu halten, mußten beständig rund 100000 ha (30% der genutzten Ackerfläche) mit Hackfrüchten, vorwiegend Kartoffeln und Zuckerrüben, bebaut werden. Während für das Brotgetreide, das auf den besten Böden der Großagrarier mit modernster Maschinerie und scharfer Ausbeutung der Landarbeiter produziert wurde, den Massen Wucherpreise aus den Taschen gezogen wurden, erhielten die zwangsweise zum Hackfruchtanbau getriebenen Kleinbauern für ihre Kartoffeln einen Elendspreis mit dem infamen Argument, diese seien in der Notzeit das Hauptnahrungsmittel der Massen.

Für das Agrarkapital war der ,,Plan Wahlen" ein Profitparadies. Warum nur in Kriegszeiten? Das 1952 um ein Haar in der Volksabstimmung gescheiterte Landwirtschaftsgesetz suchte Elemente davon in die ,,Friedenszeit" hinüberzuretten. Die ,,Förderung eines gesunden und leistungsfähigen Bauernstandes", wie es in der Begründung heißt, bedeute nicht nur den Großbetrieb. Die Kleinparzellenwirtschaft der Bergbauern soll dem Agrarkapital die jederzeitige ,,Anbaubereitschaft" der Böden minderer Qualität sichern.

Mitte Februar haben die Rübenbauern sich versammelt. Sie bereiten einen ,,Marsch auf Bern" vor. Die Regierung hat ihre Liefermengen kontingentiert und den Erzeugerpreis für die ,,Überschüsse" von 15 auf 5,50 Franken/dz gedrückt. Diese zum Hackfruchtanbau gedrängten ehemaligen Milchbauern sagen, man muß sich ähnlich wie die ölproduzierenden Länder zur Wehr setzen: durch vollständigen Lieferboykott.



1944 – der Sechseläutenplatz in Zürich als Kartoffelacker – die tatsächlich nutzbare Ackerfläche war nur zu 50% bebaut

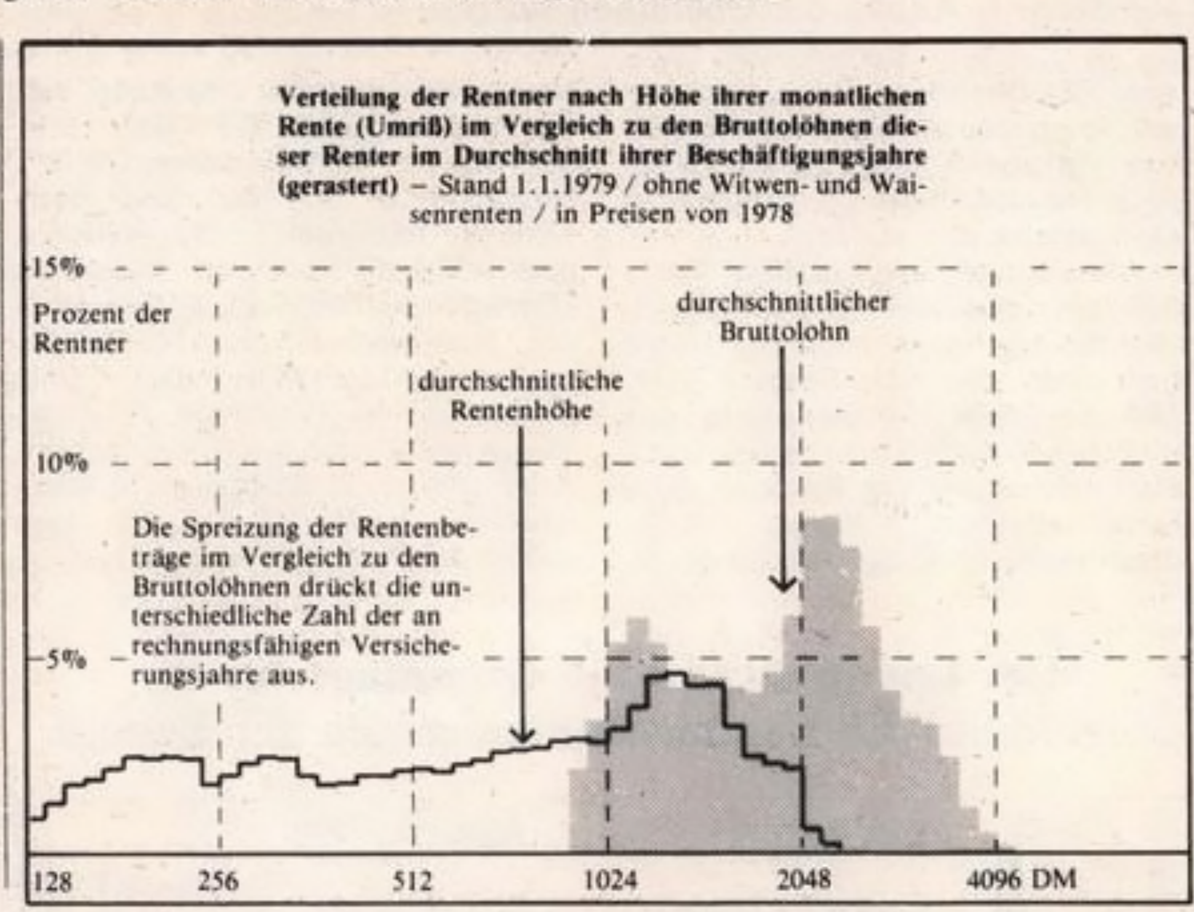
Nicaragua: Landarbeiterverband drängt auf Agrarreform

z.rua. Mehr als 100000 Mitglieder des Landarbeiterverbandes ATC führten am 17.2. in Managua eine Großkundgebung und Demonstration für die Fortsetzung der Agrarreform durch. Die Regierungsjunta hatte Ende 1979 auf Druck der westlichen Imperialisten die Enteignung des Großgrundbesitzes gestoppt und das Dekret über die Enteignung des Somoza- und sonstigen Großgrundbesitzes außer Kraft gesetzt. Sie plant jetzt die Einführung einer neuen Agrarsteuer, die insbesondere die kleinen Getreidebauern und Viehzüchter trifft. Der Landarbeiterverband spricht sich gegen diese Steuer aus. Auf der Großkundgebung in Managua legte er der Regierung ein Vier-Punkte-Forderungsprogramm vor: vollständige und endgültige Enteignung des Somoza-Besitzes; Streichung der Schulden kleiner Getreide- und Kaffeeproduzenten; Ausübung der Verwaltung und Geschäftsführung in den verstaatlichten Betrieben durch die dort beschäftigten Landarbeiter; Aufhebung des noch immer gültigen Arbeitsgesetzes der Somoza-Diktatur und Beteiligung der Arbeiter an der Ausarbeitung eines neuen Arbeitsgesetzes. Auf Druck der Landarbeiter und kleinen Bauern mußte der Agrarminister bereits am folgenden Tag eine Kaffeeplantage enteignen. Er wurde bei dieser Aktion von mehreren hundert Landarbeitern begleitet.

Bürgerliche Parteien rüsten zu neuer Rentenreform

Lohnbezug der Renten wird durch Abzüge hergestellt

z.gug. Gegen die Forderung nach Bezahlung der Versicherungen ausschließlich durch die Kapitalisten schmieden die bürgerlichen Parteien die „Rentensolidargemeinschaft“, erhöhen die Rentenbeiträge für die Arbeiter und lasten die Krankenkosten der Rentner aus der Rentenkasse diesen selber auf. Gegen die Forderung nach einer Mindestrente bezogen auf den Durchschnittslohn bieten sie in die Rentenversicherung einbezogene Sozialhilfe, die dann von Staats wegen erhöht wird. Gegen die Forderung nach Erhöhung der Renten entsprechend dem Durchschnittslohn garantieren sie die volle Auswirkung der auf die Löhne drückenden progressiven Steuern auch auf die Renten. Das ist im Kern die Fortsetzung der Rentenreform der bürgerlichen Parteien. 1985, wenn auch die Reform der Hinterbliebenenrente gültig werden soll, planen sie ihr Inkrafttreten.



Witwenrente: „Nach dem Tode des versicherten Ehemannes erhält seine Witwe eine Witwenrente. Witwerrente erhält der Ehemann nach dem Tode seiner versicherten Ehefrau, wenn die Verstorbene den Unterhalt ihrer Familie überwiegend bestritten hat. Die Witwen- und Witwerrente ... betragen sechs Zehntel der ... ohne Berücksichtigung einer Zurechnungszeit berechneten Versichertenrente ohne Kinderzuschuß.“ (§§ 1964, 1966 und 1968 Reichsversicherungsordnung)

SPD **Hinterbliebenenrente.** „Solange beide Ehepartner leben, gibt es keine Änderung ... Wenn ein Ehepartner stirbt, sollen Grundlage für die Hinterbliebenenrente dann alle Rentenansprüche sein, die die Ehepartner erworben haben ... Wenn ein Ehepartner stirbt, erhält der überlebende Ehepartner im Alter und bei Invalidität eine Gesamtversorgungsrente in Höhe von 70% der gemeinsamen Rentenansprüche beider Ehepartner, mindestens jedoch die eigene Versicherungsrente ... Die Reform ... betrifft erst die Generationen, die nach 1985 in Rente gehen ... als Übergangsregelung für einen Zeitraum von 10 Jahren (soll) ein Wahlrecht zwischen der Gesamtversorgungsrente und ihren Rentenansprüchen nach altem Recht eingeführt werden.“

CDU „Von den drei im Bundestag vertretenen Parteien ... läßt sich die CDU/CSU am meisten Zeit für die Erarbeitung eines Rentenprogramms ... ob die Union unter einem Kanzler Strauß zur bruttolohnbezogenen Rente zurückkehren würde. Strauß sagte dazu: ‚... daß die Erfüllung des verfassungsgerichtlichen Auftrags – Gleichstellung von Mann und Frau – nicht kostenneutral ist ... Und dann kommen wir in Konflikt mit unseren anderen Ausgabenwünschen und nicht zuletzt mit der Steuersenkung. Aber der Auftrag wird durchgeführt werden. Die Bruttolohnbezogenheit als Schlüssel wird beibehalten werden. Aber dann kommt die Frage der Krankenkassen, der Versicherungsbeiträge ...‘ “ (Blick durch die Wirtschaft, 26.2.1980)

Rente nach Mindesteinkommen: „Versicherte können im Rentenfall aus ihren Pflichtbeiträgen bis 31. Dezember 1972 Rentenmindestbeträge erwarten, wenn sie 25 anrechnungsfähige Versicherungsjahre (ohne freiwillige Beitragszeiten und Ausfallzeiten) zurückgelegt haben. Sie werden mindestens so gestellt, als ob sie während der Pflichtbeitragszeiten vor dem 1. Januar 1973 stets 75% des Durchschnittsentgelts aller Versicherten verdient hätten.“ (Rentenreform 1972/73, hrsg. vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung)

SPD **Rente nach Mindesteinkommen.** „Wir Sozialdemokraten wollen ... die Rente nach Mindesteinkommen, die bisher nur für die Beitragszeit bis 1972 gilt ... zu einer dauerhaften Regelung ausbauen: Für Arbeitnehmer, die als langjährige Versicherte mindestens 25 Jahre Mitglied der Solidargemeinschaft waren, soll die Rentenberechnung für Zeiten voller Erwerbstätigkeit auf der Grundlage von mindestens 75% des Durchschnittsentgelts aller Versicherten erfolgen.“

Sozialhilfe als Mindestrente. „Wir Sozialdemokraten wollen in der gesetzlichen Rentenversicherung eine Mindestrente einführen, die den notwendigen Lebensbedarf sicherstellt und damit die zusätzliche Inanspruchnahme von Sozialhilfe überflüssig macht. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß vorhandenes Einkommen voll angerechnet wird und die Kosten einer solchen Mindestrente nicht von der Solidargemeinschaft getragen werden müssen ... Die Reform der Hinterbliebenenversorgung und der Ausbau der Rente nach Mindesteinkommen sind mit einem Beitragssatz in Höhe von 18,5% ab 1. Januar 1981 finanzierbar (Mehreinnahmen von rd. 3,5 Mrd. DM jährlich).“

Krankenversicherung der Rentner: „Regelleistungen (der Rentenversicherung) sind: ... 5. Beiträge für die Krankenversicherung der Rentner.“ – Ersatzlos gestrichen ab

wie ihre Renten stärker steigen als die verfügbaren Einkommen der Arbeit-

Krankenversicherung der Rentner: „Regelleistungen (der Rentenversicherung) sind: ... 5. Beiträge für die Krankenversicherung der Rentner.“ – Ersatzlos gestrichen ab 1982. 1982 soll die Allgemeine Bemessungsgrundlage „um den Vomhundertsatz erhöht werden, der dem Verhältnis entspricht, in dem 1981 die Aufwendungen der Träger der Rentenversicherung der Arbeiter für die Krankenversicherung der Rentner zu der Summe der von ihnen gezahlten Rentenbeiträge gestanden haben“. (§ 1255 RVO ab 1.1.1982 nach dem 21. Rentenanpassungsgesetz; zunächst also Rentenanhebung um die bisherigen Krankenversicherungsbeiträge, sodann verlangt die Krankenkasse von dem Rentner den Beitrag.)

SPD **Rentenanpassung und Krankenversicherung.** „Die Solidarität der Generationen bleibt auf Dauer nur dann gesichert, wenn sich die Einkommen der Rentner im Gleichgewicht mit dem verfügbaren Arbeitnehmereinkommen entwickeln ... die Sozialdemokraten prüfen, ob die Rentner nach der Rentenreform 1985 – auf der Grundlage einer dauerhaften Aufrechterhaltung der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente – schrittweise und in sozial verantwortlicher Höhe an der Finanzierung ihrer Krankenversicherung beteiligt werden können – ... Die Rentner dürften nur insoweit an der Finanzierung ihrer Krankenversicherung beteiligt werden, wie ihre Renten stärker steigen als die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer und soweit das für die finanzielle Stabilität der Rentenversicherung erforderlich ist.“ (Alle Zitate aus dem Entwurf des Vorstandes zur Aufnahme in die Wahlplattform)

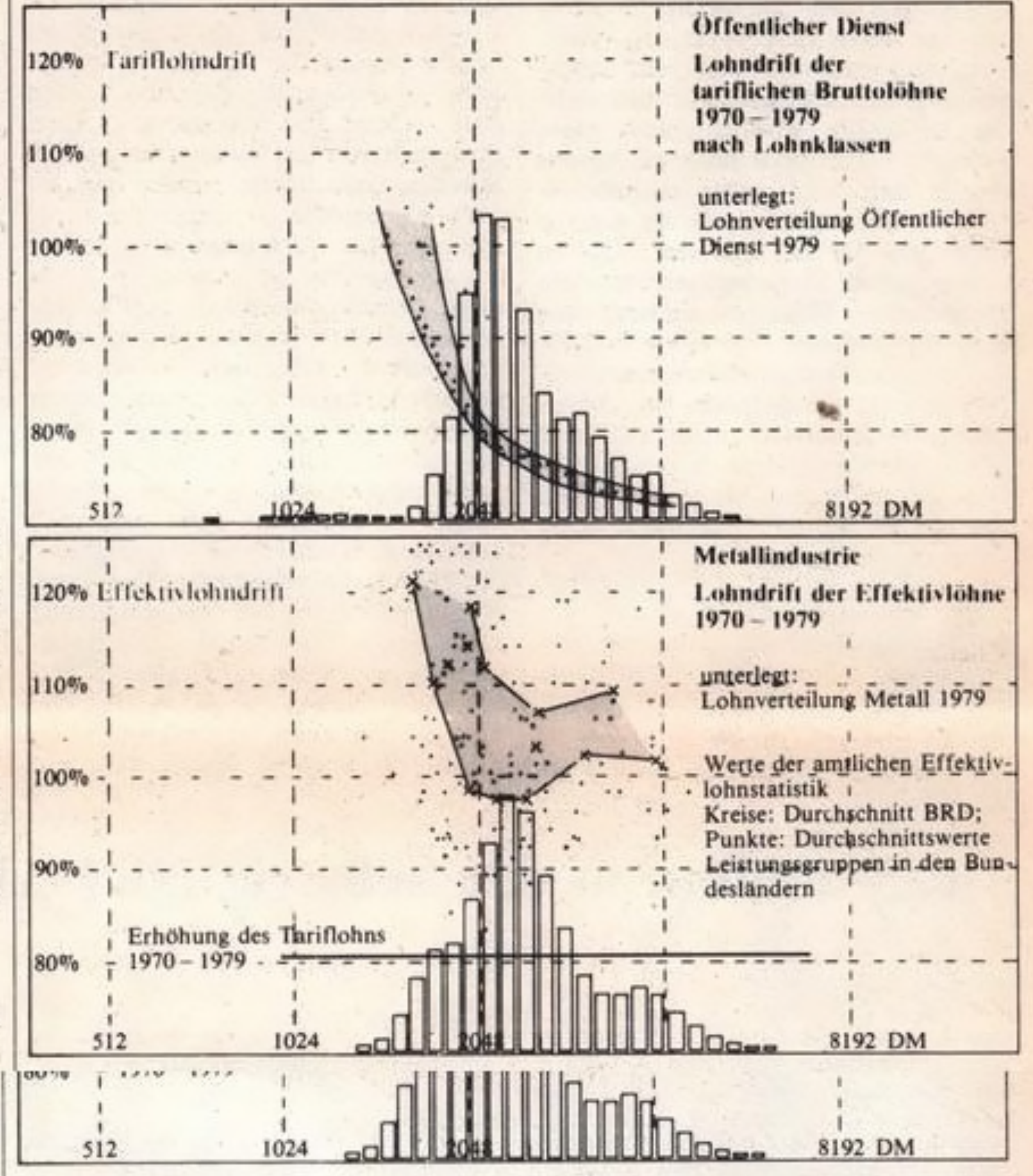
FDP „.... daß die Renten zukünftig in demselben Maße steigen wie die *verfügbaren* Einkommen der Arbeitnehmer. Dazu sollte ein Abschlag vorgenommen werden. Der Abschlag soll der Mehrbelastung des Einkommens der Arbeitnehmer mit Steuern und Sozialabgaben, die im vorvergangenen Kalenderjahr eingetreten ist, entsprechen.“ (32 Thesen zur Alterssicherung, 1979)

ÖTV beschließt 180 DM mindestens / 9%
Dienstherren laufen Sturm gegen Mindestbetrag

z.wom. Gegen „Sockelei“ und „Nivellierung“ wettert der oberste Dienstherr Baum, Bezieher eines 11000 DM-Gehalts, angesichts der Mindestforderung der sechs Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Ministerkollegin Breuel, Bankierstochter, droht mit weiterer Privatisierung. Und die Bundesbank warnt, noch größere Staatsverschuldung (und noch höhere Steuern) wären die Folge; die Bank schlägt einen 4%-Abschluß wie im letzten Jahr vor. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat die Forderung für „volkswirtschaftlich unverantwortlich“ und „finanziell untragbar“ erklärt. Kapitalisten und Dienstherr wollen die Löhne für die unteren und mittleren Lohn- und Gehaltsgruppen, also die Beschäftigten, die die Arbeit machen, senken.

Die ÖTV-Tarifkommission hat sich zu Recht davon nicht beeindrucken lassen und 180 DM mindestens / 9% beschlossen. Sie hat betont, daß im öffentlichen Dienst der Abstand der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen zu den oberen viel größer ist als in der Industrie. Hinzukommt, daß es im öffentlichen Dienst eine Spanne zwischen Tarif- und Effektivlohn nicht gibt, während in der Metallindustrie jede Tariferhöhung effektiv etwa 30% höher liegt in Mark und Pfennig. Wie die Schaubilder über den Drift der Nominallöhne zwischen 1970 und 1979 zeigen, hat der betriebliche Kampf in der Metallindustrie die Folgen niedriger Prozentabschlüsse für die unteren Lohngruppen wenigstens etwas gemildert, wenn auch nur zeitweilig. Im öffentlichen Dienst ist dagegen durch die Tarifabschlüsse mit Mindestbeträgen die Abspaltung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen verhindert worden. Der Tarif hat hier noch direktere Wirkung als in der Industrie. Ohne Mindestbetrag wird der Dienstherr zu weiteren Angriffen bei der Ausdehnung von Schichtarbeit, Überstunden etc. geradezu ermuntert.

Am Freitag, 7.3., sind die ersten Verhandlungen. Die Unverschämtheiten der Dienstherrn, die die Festgeldseite der Forderung zu Fall bringen wollen, lassen einiges erwarten. Wenn sie jetzt zu spüren bekommen, daß es ohne Mindestbetrag keinen Abschluß gibt, kann sich die Lage schnell ändern. Die Bewegung gegen die Niedriglöhne im öffentlichen Dienst hat die Unterstützung von allen Gewerkschaften.



Presse, Kapitalisten, Bundesbank gegen 180 DM / 9%: *Kirchner, Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall:* Man werde jetzt gespannt sein dürfen auf den Abschluß im Öffentlichen Dienst ... Die Bundesregierung müsse deshalb für ein Lohndatum sorgen, das „unter ihrem genannten Durchschnitt liegt, damit der zu hohe Abschluß bei Metall durch eine niedrigere Zahl kompensiert wird“. (Handelsblatt 21.2.1980)

Monatsbericht Februar der Deutschen Bundesbank: „Die Ausgaben (der Gebietskörperschaften, Red.) sollten deshalb mit etwa 6% schwächer als 1979 zunehmen. Allerdings stehe diese Planung unter dem Vorbehalt eines ähnlich maßvollen Tarifabschlusses für den Öffentlichen Dienst wie im Vorjahr.“ (Handelsblatt 20.2.1980)

„6,8% im öffentlichen Dienst wären schlicht zuviel. Nicht allein wegen der dadurch entstehenden Belastungen für die öffentlichen Haushalte, sondern auch im Vergleich zu Metall. ... Vermutlich wird Kluncker sich aber den Verzicht auf den Mindestbetrag mit höheren Einmalbeträgen ‚abkaufen‘ lassen ...“ (Handelsblatt 28.2.1980)



z.rül. **„Wir werden solange nicht zur Arbeit zurückkehren, wie auch nur einer der Arbeiter in Toronto nicht wieder eingestellt ist.“** Mit dieser Erklärung reagierten Delegierte der Arbeiter des US-Monopols Bell in Montreal (Kanada) auf den Versuch der Kapitalisten, durch Zwangsaussperrung der Arbeiter in Toronto den Streik von 7400 Bell-Arbeitern in den Provinzen Ontario und Quebec zu brechen. Seit Mitte Januar sind die Frauen aus der Telefon- und Telexvermittlung und die Beschäftigten der Küchen im Streik. Die Kapitalisten zahlen ihnen Elendslöhne zwischen 133 und 194 Dollar die Woche (ca. 870 bis 1260 DM brutto im Monat) und zwingen sie ständig zu Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit. Viele der streikenden Frauen hatten sich erst im letzten Jahr gewerkschaftlich organisiert und die Bell-Kapitalisten zur Anerkennung ihrer Gewerkschaft gezwungen. Im Dezember führten sie gegen ein Schlichtungsangebot Proteststreiks durch, das Lohnerhöhungen von 15,9%, 12,2% und 11% in den nächsten drei Jahren vorsah. Trotzdem boten die Kapitalisten Anfang Januar nur noch 11, 10 und 9% an. Mit Polizeiüberfällen auf Streikposten und dem Einsatz von Technikern und 2500 Verwaltungsangestellten als Streikbrecher versuchen die Kapitalisten, den Streik zu brechen. Immer mehr Techniker weigern sich aber, Streikbrecherarbeiten zu leisten, oder melden sich einfach krank. Der Gewerkschaftsbund Quebecs rief alle Arbeiter in der Telefon- und Telexvermittlung auf, Bell-Gespräche und -Sendungen zu blockieren.

z.frb. **Kampfaktionen der Arbeiter der staatlichen Internationalen Telegraphengesellschaft auf Jamaica, Jamintel, erzwangen in der dritten Februarwoche die Unterbrechung aller Auslandsverbindungen.** Die Beschäftigten arbeiteten „Dienst nach Vorschrift“, um den Forderungen ihrer Gewerkschaft nach Lohnerhöhung und zusätzlichen Sozialleistungen Nachdruck zu verleihen. Einen Monat zuvor hatte ein landesweiter Streik von 300 Arbeitern der Kontrollstationen der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft für zwei Tage die Stromversorgung unterbrochen. Die Regierung schickte daraufhin Armeeangehörige in die E-Werke zur Ausbildung, damit sie im Falle eines neuerlichen Streiks die Bedienung übernehmen könnten. Jamaika, ca. 2 Mio. Einwohner, hat eine Arbeitslosenquote von mindestens 20%. Wichtigste Produkte sind Bauxit (Aluminium), Zucker, Bananen, Rum. Die Regierung verfolgt nach ihren Worten einen „radikalen demokratischen Sozialismus“. Sie hat enge Beziehungen zum benachbarten Kuba und zur UdSSR aufgenommen und unterstützte kürzlich in der UNO die Afghanistan-Aggression der UdSSR.

z.pel. **Wenige Stunden vor Beginn eines erneuten Streiks beim staatlichen spanischen Stahlkonzern Ensidesa erhöhte die Direktion am 20.02. ihr Lohnangebot auf 10%.** Bis dahin hatte sie auf 4% für 1980 und 7% für 1981 beharrt. Nach Zustimmung der Arbeiter auf Versammlungen in Aviles und Langreo akzeptierten die Gewerkschaften CCOO und UGT das Angebot als Verhandlungsgrundlage und sagten den Streik ab. Ensidesa hatte das neue Angebot auf Druck der sozialistischen Partei PSOE und der von ihr geführten Gewerkschaften UGT unterbreitet, nachdem bekanntgeworden war, daß die CCOO beabsichtigten, den Lohnstreik auf die gesamte spanische Stahlindustrie auszuweiten. Ensidesa beutet 30% der 87000 Stahlarbeiter aus. Ein Streik im gesamten Sektor – dem einzigen spanischen Industriezweig ohne ausländisches Kapital – hätte die geplante Offensive auf den EG-Markt erheblich gestört. Sicher ist mehr als 10% drin.

z.mif. **Obwohl die Gewerkschaft der Bankangestellten Griechenlands mit ihrem Streik seit dem 17. Januar den Geschäftsverkehr der Kapitalisten weitgehend lahmlegen konnte, hat sie Anfang letzter Woche mit nur 11% Lohnerhöhung abgeschlossen.** Gefordert hatte sie 30%, das war knapp über der offiziellen Inflationsrate. Mit dem Abschluß unterwarf sie sich dem Spruch des Schiedsgerichts, mit dem der griechische Staat das Streikrecht beschneidet. Während der Tagungszeit des Schiedsgerichts war der Streik verboten, wurde aber weitergeführt. Die Staatsanwaltschaft erhob daraufhin Anklage gegen den gesamten Gewerkschaftsvorstand wegen Aufwiegelei zur Übertretung von Gesetzen. Darauf stehen bis zu drei Jahre Gefängnis. – Anfang letzter Woche traten die Rechtsanwälte in ganz Griechenland in einen dreitägigen Streik für bessere Altersversorgung und günstigere Arbeitsbedingungen.

z.gek. **Auch nach der Niederschlagung des Generalstreiks in Izmir führt die türkische Arbeiterklasse ihre Streikkämpfe gegen das vom Imperialismus diktierte Regierungsprogramm Demirels weiter.** Am 20. Februar bestreikten 4000 Arbeiter und Angestellte der Turkish Airlines in Istanbul den Flughafen, um Lohnerhöhungen durchzusetzen. Nach der letzten Abwertung der türkischen Lira wird für 1980 eine Teuerung von über 100% vorausgesagt. Gleich nach Abreise Matthöfers („mit 24 Wirtschafts- und Militärexperten an Bord einer Bundeswehrmaschine“) wurde das Kriegsrecht weiter ausgedehnt. Das Parlament wurde von der Kriegsrechtsverwaltung ultimativ auf-

Stahlindustrie: Tarifabschluß 6,8% / Kapitalisten: Umwälzung ins Effektive verhindern

z.wig. Eine Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie der Ausbildungsvergütungen in der Stahlindustrie von 6,8% hat die IG-Metall-Abteilung Stahl am 14.2. mit dem Kapitalistenverband Eisen und Stahl abgeschlossen. Die Tarifkommission hat dem Ergebnis mit 85 zu 13 Stimmen zugestimmt. Die von der IG Metall geforderte Vorweganhebung der Tariflöhne und -gehälter auf das Niveau der metallverarbeitenden Industrie konnte nicht durchgesetzt werden, wie Kurt Herb nach den Verhandlungen erklärte. Es sei aber vereinbart worden, Verhandlungen über einen einheitlichen Entgelttarif für Arbeiter und Angestellte aufzunehmen, mit dem die Unterschiede zwischen Arbeiterlöhnen und Angestelltengehältern verringert und letzlich beseitigt werden sollten. Damit hält die IG Metall an einer Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen fest.

Mit dem Abschluß ist es der IG Metall gelungen, einen Abschluß unter dem der Metallindustrie zu verhindern. Durch die niedrigeren Tariflöhne und -gehälter in der Stahlindustrie (beim Ecklohn vor dem Abschluß 21 Pfennig in der Stunde, beim Eckgehalt 37 DM im Monat) wird der Abstand zu Metall nach dem Abschluß aber nochmals zunehmen. Die Kapitalisten wollen diese Tatsache nutzen, um den Effektivlohn in der Stahlindustrie, der bisher leicht über den Effektivlöhnen in der Metallindustrie liegt, zu drücken. Bei den letzten Verhandlungen hatten sie 6,7% angeboten und wollten sich auf eine kostenneutrale Vorweganhebung einlassen, unter der Voraussetzung, daß die IG Metall dafür ein Volumen von 0,7% vom Abschluß anrechnen läßt. Die Kapitalisten wollten damit erreichen, daß ihnen die höheren tariflich abgesicherten Zulagen von etwa 10% des Lohns durch den Abschluß gezahlt werden, womit sie deutlich zum Ausdruck gebracht haben, daß sie eine Umwälzung der Lohn- und Gehaltserhöhung ins Effektive diesmal auf jeden Fall verhindern wollen. Die IG Metall hat diesen Vorstoß zur Effektivlohnsenkung mit Recht abgelehnt. Damit ist aber keinesfalls gesichert, daß die Kapitalisten sich bei den jetzt anstehenden Verhandlungen mit den Betriebsräten über die Auszahlung der Lohnerhöhung nicht mit ihrem Vorhaben durchsetzen. Unterstützung der Betriebsräte bei den Verhandlungen um die Auszahlung der 6,8%-Erhöhung auf die Effektivlöhne, wie sie auf den jetzt stattgefundenen Betriebsversammlungen schon gefordert wurde, ist also auf alle Fälle notwendig. Druckmittel hat man ja genug, wenn man den im Januar erneut gestiegenen Auftragseingang und die dauernden Überstunden für die Durchsetzung der 6,8% auf den Effektivlohn nutzt. Sowieso ist es notwendig, daß der Kampf gegen die überintensive Ausbeutung im Verbund mit Nacht-, Schicht- und Überstundenarbeit fortgesetzt wird, was auf den Betriebsversammlungen auch zum Ausdruck kam. Auf der Belegschaftsversammlung des Thyssen-Feingußwerkes in Bochum z.B. hat der Betriebsratsvorsitzende sich gegen die steigende Mehrarbeit ausgesprochen und Verhandlungen über Produktionspläne mit der Geschäftsleitung angekündigt, die keine Sonntagsarbeit mehr beinhalten. Ebenso wurde dort besprochen, mit der ÖTV zusammenzuarbeiten bei der Aufstellung von Forderungen gegen die Nacht- und Schichtarbeit, wie etwa für die dort erhobene Forderung nach Verbot von Lohnanreizsystemen in Wechselschichtbetrieben.

Nach fünf Monaten Kampf muß Thomson verhandeln

Schwerer Lohnkampf der Arbeiter des französischen Elektrokonzerns

z.pel.Paris. Am vergangenen Mittwoch hat die Generaldirektion des Elektro- und Elektronikkonzerns Thomson Brandt mit Vertretern aller im Betrieb arbeitenden Gewerkschaften die Verhandlungen über einen neuen Lohntarifvertrag aufgenommen. Seit über fünf Monaten verlangen die Gewerkschaften den Abschluß eines neuen Tarifvertrages mit Lohnerhöhungen von 450 FF plus 2% (1 FF = 0,42 DM), unterstützt ein Teil der Arbeiter und Angestellten diese Forderungen mit wiederholten Streiks und mehreren Demonstrationen Tausender von Beschäftigten. Fünf Monate lang hat die Konzernleitung Lohnerhöhungen verweigert, sogar jegliche Verhandlung über einen neuen Tarifvertrag abgelehnt. Thomson Brandt ist vom Umsatz fünftgrößtes, gemessen an der Beschäftigtenzahl viertgrößtes Monopol in Frankreich und größter Ausbeuter in der Elektro- und Elektronikindustrie. Die Bedeutung eines Lohnabschlusses für den Lohnstandard der gesamten Elektroindustrie und darüber hinaus für die Metallindustrie liegt auf der Hand.

2,7 Mio. Lohnabhängige wurden 1978 in der französischen Metallindustrie gezählt, 461000 arbeiteten in der Elektrobranche; davon waren 178000 oder 38,4% direkt den Thomson-Kapitalisten unterstellt. Mit Hilfe einer enormen Zentralisierung des Kapitals seit Anfang der 70er Jahre – zusammen mit der Generalgesellschaft für Elektrizität (CGE) hält Thomson ca. 80% der französischen Produktion – haben sich die französischen Kapitalisten hinter den USA, Japan und der BRD auf den vierten Platz auf dem Weltmarkt geschoben. Sie halten 22% der EG-Produktion, 36% geht in den Export, wobei die Exporte nach Afrika Export, wobei die Exporte nach Afrika und in die arabischen Staaten mit 6,3 Mrd. FF über die Hälfte der Exporte in die EG ausmachen und die französischen Imperialisten auf diesen Märkten all ihre europäischen Konkurrenten überflügelt haben.

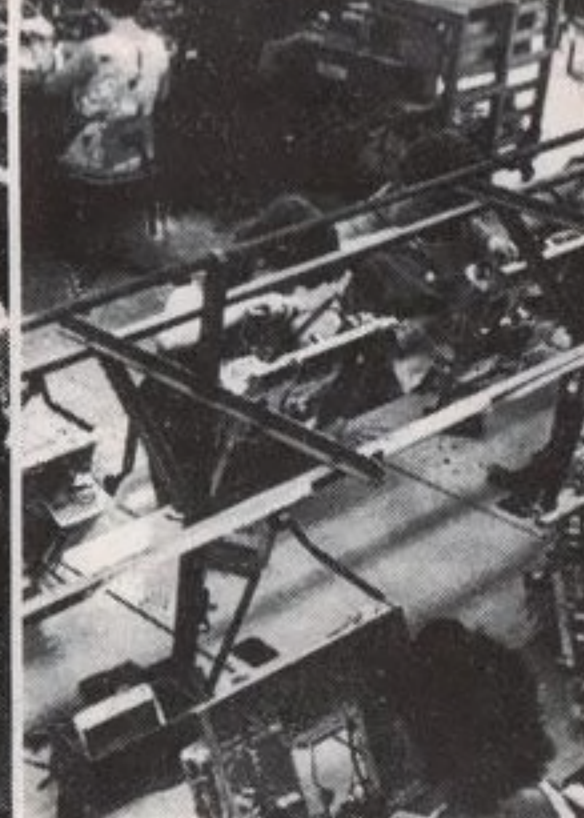
In den zehn Jahren zwischen 1968 und 1978 haben die Elektrokapitalisten den Umsatz der Branche von knapp 20 Mrd. FF auf 94,1 Mrd. FF getrieben. Die Beschäftigtenzahlen stiegen im gleichen Zeitraum von 353000 auf 461000. Während bis 1975 jedoch mit wachsender Produktion eine ständig steigende Anzahl von Arbeitern in den Produktionsprozeß eingesogen wurde und die Beschäftigung mit 540000 ihren Höhepunkt erreichte, sind seitdem bei weiter steigender Produktion 80000, knapp 15% der Lohnabhängigen der Branche, aufs Pflaster geflogen. Thomson Brandt jedoch hat die Beschäftigtenzahl um 46000, also 26%, gesteigert. In der Hauptsache durch den Aufkauf von kapitalschwachen und verschuldeten Betrieben des Sektors Telefon und Telekommunikation. Jeder Kauf bedeutete auch Entlassungen und enorm verschärfte Ausbeutung für die verbleibenden Arbeiter. Zwei Beispiele: Bei Ericsson Breat in der Bretagne werden Telefonanlagen produziert. Der Betrieb umfaßt Ende 1976 bei Aufkauf durch Thomson ca. 2000 Beschäftigte, zu 70% Frauen, in der Mehrzahl angelernte Arbeiter. Ende 1978 werden die alten elektromechanischen Anlagen durch vollelektronische Modelle ersetzt. Die Kapitalisten führen Schichtarbeit ein, Neufestsetzungen der Akkordsätze haben Lohnverlust von teilweise 500 FF zur Folge. (Der Lohn der Frauen lag zu dieser Zeit bei 2200 FF.) Ca. 500 Arbeiterinnen werden auf Kurzarbeit von 24 bis 32 Stunden die Woche gesetzt. Bei Video Color, einer Fabrik zur Produktion von Fernsehröhren mit 650 Beschäftigten, drücken die Thomson-Kapitalisten Dreischichtbetrieb und Samstagsarbeit durch. Die Verdoppelung der Produktion 1977/78 kann ohne jede Neueinstellung durchgesetzt werden.

werden.

Mit knapp 2600 FF gibt die Gewerkschaft CGT den Durchschnittslohn für ungelernte Arbeiter der Elektroindustrie für 1979 an. Thomson jedoch zahlt in fast all seinen Betrieben außerhalb der Region Paris weniger. 2450 FF bei Ericsson Brest, 2390 für die Montage von Fernsehgeräten in Angers, 2420 in seiner Filiale Sorem in Südfrankreich usw. Alle diese Betriebe beschäftigen zwischen 60% und 80% Frauen, keiner hat mehr als 2000 Lohnabhängige. Seit Anfang der 70er Jahre verfolgt der Konzern systematisch die Strategie, die Produktionsbereiche Radio/Fernsehen, Haushaltsgeräte, Telefon und Telekommunikation aus Paris und den traditionellen Industriezentren im Norden und um Lyon in industriearme Regionen mit starkem bäuerlichen Bevölkerungsanteil zu verlegen. Große Produktionseinheiten werden zugunsten kleinerer mit 500 bis 2000 Beschäftigten aufgelöst. Die hohe Arbeitslosigkeit in diesen Regionen, die massenhafte Vernichtung der kleinen Bauern wie die geringe Verankerung der Gewerkschaftsbewegung ließ die Kapitalisten auf reibungslose Durchsetzung ihrer Lohnsenkungsstrategie hoffen. Das Ergebnis: Während der Lohn eines ungelernten Arbeiters der Elektrobranche von 1974 – 1978 im *Landesdurchschnitt* um 1,7% stärker gestiegen ist als der Durchschnittswert für alle Metallbranchen, ergibt derselbe Vergleich für die *Provinz* ein Minus von 2,4%.

All dies sind auch entscheidende Gründe, weshalb die Konzernleitung seit September den Forderungen und Kämpfen der Arbeiter widerstehen konnte. Bis heute beschränkt sich die Kampfbewegung auf etwa 30000 Arbeiter des Bereiches Waffenelektronik, Radar etc. Und auch dort ist es trotz zahlreicher wiederholter Kurzstreiks bis jetzt nicht gelungen, mehr als 8000 Arbeiter und Angestellte gleichzeitig in den Streik gegen die Kapitalisten zu führen. Zerschlagen konnten diese den Kampf jedoch trotz Lohnabzügen und gerichtlicher Verfolgung von Gewerkschaftern nicht. Die Empfindlichkeit des stark exportorientierten Elektroniksektors hat sie jetzt an den Verhandlungstisch gezwungen. Mit allen Mitteln werden sie eine Lohnerhöhung zu verhindern suchen, die den Abstand zu den anderen Metallbranchen wie die Spaltung Paris-Provinz verringert.





2400 FF, zum Teil weniger, erhalten diese Frauen für harte Montagearbeit. 3000 FF Mindestlohn fordern die Thomson-Arbeiter

Chemieindustrie: Weitere Beschlüsse zur Lohn- und Gehaltsforderung

z.wig. Die Tarifkommission der IG Chemie Baden-Württemberg hat jetzt ebenfalls zum Vorschlag des Hauptvorstandes Stellung genommen. In einer Empfehlung zur Beratung für die Vertrauensleute hat sie die Forderungsart, die der Hauptvorstand beschlossen hat, begrüßt und für Baden-Württemberg folgendermaßen konkretisiert: Erhöhung von LGIV und K2 um denselben Geldbetrag wie T2, Erhöhung der übrigen Löhne und Gehälter entsprechend der jetzt bestehenden Relation zu diesen Lohn- und Gehaltsgruppen. Die von der Tarifkommission angeführten Beispiele bei einer 5- und einer (10%)-Erhöhung ergeben für die unterste Lohngruppe 91,05 DM (182,09 DM), für die unterste K-Gehaltsgruppe 89,89 DM (179,67 DM) und für die unterste T-Gehaltsgruppe 87,53 DM (175,05 DM). In der letzten Woche hat eine Vertrauensleutesitzung der Verwaltungsstelle Ludwigshafen (BASF), die die meisten Tarifkommissionsmitglieder stellt (Rheinland-Pfalz), stattgefunden. Dort lagen drei Vorschläge vor: Der Vorschlag des Hauptvorstandes (hier T2, LGIV und K2); derselbe Vorschlag, ergänzt um die Forderung für alle Lohngruppen sowie für T1 und K1, den Festgeldbetrag für T2, LGIV und K2 zu fordern; Sockel und Prozent, z.B. 133 DM plus 4%. Die Sockel- und Prozentforderung erhielt knapp die Mehrheit und wurde als Empfehlung an die Tarifkommission beschlossen. Diese Forderung berücksichtigt zwar auch die besondere Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen, geht aber nicht auf den Vorschlag des Hauptvorstandes für einen Entgelttarif ein, was der Herstellung der Einheit gegen die Chemiekapitalisten nicht gerade zuträglich ist. Auf der Betriebsversammlung bei Höchst in Frankfurt wurde der Vorschlag des Hauptvorstandes unterstützt, wenn die Prozenterhöhung ausreichend hoch ist, eine zu geringe Anhebung der unteren Gehaltsgruppen zu verhindern. Dort wurde ebenfalls der Vorschlag gemacht, für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen den Festbetrag zu verlangen, der sich aus der Prozenterhöhung der T3-Gruppe ergibt. In den Betrieben, in denen der Forderungsvorschlag des Hauptvorstandes auf den Betriebsversammlungen besprochen wurde, sind bezüglich der Höhe der Forderung überall um 10% empfohlen worden.

---

gefordert, eine umfassende Notstandsgesetzgebung zu verabschieden.

z.elb. **Über 10000 kolumbische Textilarbeiter aus 13 Coltejer-Werken begannen am 15. Februar einen unbefristeten Streik für höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen.** Die Verhandlungen waren nach annähernd dreimonatiger Dauer gescheitert. Die Coltejer Company ist eines der größten Betriebe Kolumbiens überhaupt. Die Coltejer-Kapitalisten beherrschen fast die gesamte Textilindustrie des Landes und sind einer der Hauptaufkäufer der dort angebauten Baumwolle. Allein in der Provinz Antioquia, in deren Hauptstadt Medellin die 13 bestreikten Coltejer-Betriebe liegen, sind ca. 200000 Erwerbstätige von der Textil- und Bekleidungsindustrie abhängig.

z.ulg.Rom. **Am vorletzten Wochenende hat die PCI in Turin eine Konferenz über Fiat veranstaltet.** In den letzten zehn Jahren ist der Marktanteil des Monopols in Italien von 80 auf 51% gefallen. Fiat-Chef Agnelli hat sich in seinem jüngsten Aktionärsbericht düster über die Profitaussichten geäußert. Die Revisionisten signalisierten prompt Kooperationsbereitschaft. Was schlagen sie vor? Vor allem Erhöhung der ,,Produktivität, der gesellschaftlichen, aber auch der betrieblichen, durch Veränderung der Arbeitsorganisation und Erprobung neuer Formen der täglichen, wöchentlichen und jährlichen Arbeitszeit''. In dürren Worten: Rationalisierung, Nachtschicht, Samstagsarbeit, Abschaffung der Werksferien. Um so was durchzusetzen, müßte eine ziemlich tiefe Spaltung in die Belegschaften getragen werden. Wie? Durch ,,Anerkennung der Professionalität'', also Wiederaufreißen der in den letzten zehn Jahren durch fortgesetzte Festgelderhöhungen weitgehend eingeebneten Kluft zwischen den Facharbeitern und den unteren Lohngruppen. Die PCI versucht, damit die verbreitete Unzufriedenheit darüber auszunutzen, daß die Facharbeiterlöhne in den letzten Jahren relativ zu den Angestelltengehältern und wohl auch absolut gesunken sind. Zur Abwehr der logischen Folgerung daraus – ausreichender Lohnforderungen – hat am Tag vor der Konferenz das PCI-Vorstandsmitglied Chiaromonte gegen die gewerkschaftlichen Forderungen für die Firmenzusatztarife und im öffentlichen Dienst polemisiert. ,,Wir zögern nicht, uns über diese beiden Prüfungen besorgt und alarmiert zu äußern.'' Grund der Sorge: ,,Uns scheint, daß in den Fabriken die Voraussetzungen für eine massive und verallgemeinerte Welle von Lohnforderungen existieren.'' Damit wird er recht haben.

z.ans.Rom. **Das italienische Parlament hat den bereits Ende 1978 ausgelaufenen Tarifvertrag für über 2,5 Mio. Beamten noch immer nicht ratifiziert.** Die *vorläufige* Auszahlung der vereinbarten Lohnerhöhungen erfolgte bisher nach Gesetzesdekreten, die am 29.2. abgelaufen sind. Durch das Hinauszögern der Ratifizierung verhindert das Parlament die zugesagte Einstufung der Beamten nach ihrer tatsächlichen Tätigkeit. Außerdem können die Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag, der seit einem Jahr überfällig ist, nicht beginnen. Die Beamten haben nach Ablauf des von den Gewerkschaften auf den 29.2. gesetzten Ultimatums für die ersten Märzwochen Streiks und weitere Kampfschritte beschlossen.

z.rül.London. **Sie seien nur noch bereit, über Einzelheiten des ,,Produktivitätsabkommens'' zu verhandeln, erklärten letzte Woche die British-Leyland-Kapitalisten.** An ihrem Angebot von 5% mehr Lohn für einfache Arbeiter und 10% für Facharbeiter sei nicht mehr zu rütteln. Der Tarifvertrag der 80000 Produktionsarbeiter bei BL ist seit 1. November ausgelaufen. Die Arbeiter lehnten das Angebot im Januar ab. Aber die Kapitalisten glauben, ihnen nach der Abstimmung über ihren Rationalisierungsplan und der Entlassung des Vertrauensleutevorsitzenden eine weitere Niederlage beibringen zu können. 6500 Arbeiter sind auf Kurzarbeit gesetzt, 13000 sind bis Ende März ausgesperrt und erhalten nur den tariflichen Mindestlohn. Am 21.2. verkündete Arbeitsminister Prior, er plane die zwangsweise Einführung von bis zu vierjährigen Tarifverträgen.

z.elb. **Am 20.2. lehnten die niederländischen Gewerkschaften den Reorganisierungsplan der Philips-Kapitalisten endgültig ab.** Dieser Plan sieht 1500 Entlassungen und die Verlagerung oder Schließung der Produktion in einzelnen Abteilungen oder Werken in Eindhoven, Stadskanaal, Heer-Maastricht und Windschoten vor. (s. KVZ 5) Auf Aufruf der Industriegewerkschaft FNV und der Christlichen Gewerkschaft CNV demonstrierten 1000 Arbeiter und Angestellte aus allen niederländischen Philips-Betrieben am 23.2. in Eindhoven gegen diesen Plan. Die 240 Arbeiterinnen des Werks in Heer-Maastricht streikten zum zweiten Mal innerhalb einer Woche, nachdem sie drei Wochen lang die Aktion ,,Langsam-Arbeiten'' durchgeführt hatten. Nach einer Beratung über die weiteren Kampfschritte bereiteten sie die Demonstration in Eindhoven vor. Am gleichen Tag streikten auch die Arbeiter des Philips-Betriebes Johan de Wit in Dordrecht, die gleichfalls Forderungen gegen die von der Regierung inzwischen für ein Jahr angestrebte ,,Lohnpause'' und gegen die Abschaffung der Angleichung der Löhne an die offizielle Preissteigerungsrate erhoben. Die Gewerkschaften kündigten weitere Kampfaktionen an, um den Reorganisierungsplan zu Fall zu bringen. Mit diesem Plan verbinden die Philips-Kapitalisten ihr Vorstoßen auf die Märkte der Konkurrenz. Sie verhandeln mit der US-amerikanischen Superscope Inc. über die Übernahme von deren 43%-Beteiligung an der japanischen Marantz Co. Inc., womit sie nach einer angestrebten Mehrheitsbeteiligung zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen hätten: die erste Philips-Fabrik in den USA und die Möglichkeit zur Produktion in Japan.

Kampf um Wiederaufbau der Studentenvertretungen in Baden-Württemberg

z.rub. Auf Beschluß der Mitgliederversammlung der vds bereiten die Heidelberger Fachschaften gegen die Strafanträge auf mehrere Jahre Gefängnis gegen 3 Fachschaftsvertreter Germanistik wegen Organisierung von Streikaktionen gegen die Studienbedingungen für den 7. März gemeinsam mit dem vds-Vorstand eine Demonstration vor. Die auf der MV beschlossenen Forderungen lauten: „Sofortige Einstellung des Großen Strafkammer-Prozesses! Rücknahme der Strafanträge der Staatsanwaltschaft! Einstellung aller Germanistenprozesse! Rücknahme der laufenden Strafanträge gegen Studentenvertreter durch das Rektorat der Universität Heidelberg!" Diese Forderungen und die Forderung nach Anerkennung der Vertretungs- und Koalitionsrechte der Studenten werden in Erklärungen von Studenten und ihren Vertretungsorganen, von Gewerkschaftsgruppen, Jugendzentren und Schülern vertreten.

In Baden-Württemberg sind an 38 von 54 Hochschulen die Organe der Verfaßten Studentenschaft (ASten und Fachschaften) wieder aufgebaut nach dem Verbot 1977. Die Landesastenkonferenz wurde im Wintersemester in Zusammenarbeit mit der GEW wieder eingerichtet und arbeitet. In den studentischen Ausschüssen der Großen Senate (Senatsasta genannt), in denen der Rektor die Beschlüsse vollzieht und die nach dem Willen der Landesregierung gegen die Vertretungsorgane eingerichtet wurden, um den rechten Studentengruppen Mehrheiten zu verschaffen, sind nach den letzten Wahlen in nur 8 von 54 noch reaktionäre Studenten in der Mehrheit vertreten. In den anderen sind Listen der Fachschaften und ASten mit der Forderung nach gesetzlicher Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft vertreten. An fast allen PHs sind die wiederaufgebauten Fachschaften anerkannte Verhandlungspartner der Rektorate.

In Heidelberg sind die Fachschaften an sieben Fachbereichen wiederaufgebaut, an 6 weiteren soll im Sommersemester gewählt werden. Die Wahlbeteiligung ist zumeist höher als zu den Gremienwahlen, bei einigen erreichte sie 30% und mehr. Gegen die Fachschaft Jura hat der Rektor Laufs 29 Strafanzeigen wegen „Durchführung illegaler Fachschaftswahlen" gestellt. 4 Hochschulermittlungsverfahren auf Relegation mußte er mittlerweile zurückziehen. 3 Fachschaften haben jetzt dagegen Dienstaufsichtsbeschwerde beim Wissenschaftsminister gegen den Rektor gestellt. Weitere wollen ihr beitreten.

Wichtig ist der Beschluß der vds-MV, daß „Die Verfaßte Studentenschaft im HRG als für alle Bundesländer verpflichtende Muß-Bestimmung" gefordert wird, mit Anerkennung aller selbständigen Rechte. Im Kampf um die Anerkennung müssen in Vorbereitung und auf der am 14.3. stattfindenden Landesastenkonferenz konkrete Maßnahmen festgelegt werden, insbesondere für die anstehenden Senatsastawahlen.

US-Einwanderungsbehörde verschärft Kontrolle der ausländischen Studenten

z.ans. Die amerikanische Einwanderungs- und Einbürgerungsbehörde (INS) will die iranischen „Erfahrungen nutzen, um ein Studentenkontrollprogramm zu entwickeln, daß wir in der Vergangenheit nicht hatten". Nach der Botschaftsbesetzung in Teheran und großen Demonstrationen von in den USA lebenden iranischen Studenten gegen den US-Imperialismus ordnete Carter Ende 1979 an, daß die größte Gruppe unter den ausländischen Studenten, die über 50000 Iraner, durch die INS auf die Gültigkeit ihrer Visa hin überprüft werden sollte. Ergebnis: 823 Iraner wurden gezwungen, „freiwillig" das Land zu verlassen, zehn wurden abgeschoben.

Bisher galt das Visum eines ausländischen Studenten für die gesamte Zeit

rungs- und Einbürgerungsgesetz kann bereits derjenige des Landes verwiesen werden, der zu „irgendeiner Zeit nach der Einreise" auch nur „die Absicht hatte", sich revolutionär zu betätigen.

Die verschärfte Kontrolle der über 250000 ausländischen Studenten, die in der Mehrheit aus Ländern der Dritten Welt kommen, soll jegliche revolutionäre Tätigkeit unterdrücken. Zugleich wollen die US-Imperialisten damit austesten, wie die Kontrolle der Ausländer überhaupt zu verstärken ist. Die für Ausländer geplanten „datenverarbeitungsgerechten" Ausweise werden als erstes für die mexikanischen Pendler eingeführt. Das zeigt, daß die Kontrolle vor allem den ausländischen Arbeitern gilt.

Nach INS-Schätzungen waren 1979

US-Einwanderungsbehörde verschärft Kontrolle der ausländischen Studenten

z.ans. Die amerikanische Einwanderungs- und Einbürgerungsbehörde (INS) will die iranischen „Erfahrungen nutzen, um ein Studentenkontrollprogramm zu entwickeln, daß wir in der Vergangenheit nicht hatten". Nach der Botschaftsbesetzung in Teheran und großen Demonstrationen von in den USA lebenden iranischen Studenten gegen den US-Imperialismus ordnete Carter Ende 1979 an, daß die größte Gruppe unter den ausländischen Studenten, die über 50000 Iraner, durch die INS auf die Gültigkeit ihrer Visa hin überprüft werden sollte. Ergebnis: 823 Iraner wurden gezwungen, „freiwillig" das Land zu verlassen, zehn wurden abgeschoben.

Bisher galt das Visum eines ausländischen Studenten für die gesamte Zeit eines Studiums in den USA. Die INS kündigt an, daß die ausländischen Studenten in Zukunft in regelmäßigen Abständen Verlängerung ihrer Visa beantragen müssen. Die Bespitzelung durch die Hochschulverwaltungen soll gestrafft werden: Jede Änderung in dem Status des ausländischen Studenten ist weiterzuleiten, auf Fragebögen muß festgehalten werden, ob er „in solche Aktivitäten verwickelt war, die nicht vereinbar sind mit dem weiteren Aufenthalt in den Vereinigten Staaten". Nach dem amerikanischen Einwande-

rungs- und Einbürgerungsgesetz kann bereits derjenige des Landes verwiesen werden, der zu „irgendeiner Zeit nach der Einreise" auch nur „die Absicht hatte", sich revolutionär zu betätigen.

Die verschärfte Kontrolle der über 250000 ausländischen Studenten, die in der Mehrheit aus Ländern der Dritten Welt kommen, soll jegliche revolutionäre Tätigkeit unterdrücken. Zugleich wollen die US-Imperialisten damit austesten, wie die Kontrolle der Ausländer überhaupt zu verstärken ist. Die für Ausländer geplanten „datenverarbeitungsgerechten" Ausweise werden als erstes für die mexikanischen Pendler eingeführt. Das zeigt, daß die Kontrolle vor allem den ausländischen Arbeitern gilt.

Nach INS-Schätzungen waren 1979 800000 Mexikaner gezwungen, illegal in die USA zu kommen, um sich dort ausbeuten zu lassen. Die INS hat in den letzten Jahren verstärkt Razzien nach illegalen Einwanderern durchgeführt. Bei Einführung der jetzt vorbereiteten Maßnahmen wären die ausländischen Arbeiter noch mehr auf den „Schutz" ihrer Ausbeuter gegenüber den Behörden angewiesen. Vollständige Entrechtung zwecks verschärfter Ausbeutung ist der wirkliche Zweck dieser Pläne, keineswegs Unterbindung der illegalen Einwanderung überhaupt.

Britische Regierung will schärfere Prüfungen für mittlere Schulabschlüsse einführen

z.rül.London. „Nach unseren Vorschlägen kann ein Kind, das in den mittleren Prüfungen gut abschneidet, die Leiter hochsteigen, genauso wie ein Kind, das bei den höheren Prüfungen schlecht abschneidet, nach unten fällt." Mit diesen Worten pries der britische Erziehungsminister Carlisle ein neues Prüfungssystem, das die Regierung bis spätestens 1985 einführen will und mit dem die Prüfungsunterdrückung und Auslese unter den Abgängern der „secondary schools" drastisch verschärft wird.

Bisher wurde die Masse der Schüler nach Abschluß der Schulpflicht, d.h. nach vier Jahren „primary school" und sechs Jahren „secondary school", durch zwei verschiedene Prüfungen gepreßt, wenn sie die Schule nicht ohne Abschluß und damit praktisch zum Hilfsarbeiter gestempelt verlassen wollten. Dabei galt zwar offiziell die beste der sechs möglichen Noten der „CSE-level"-Prüfung als gleichwertig der unteren der drei möglichen „O-level"-Noten. Praktisch aber nahmen die Kapitalisten nur Schüler mit „O-level"-Zeugnissen für eine Lehre oder als mittlere Angestellte an.

Das neue Prüfungssystem zielt vor allem auf die Verschärfung der Konkurrenz für die „O-level"-Prüfungen, d.h. schärfere Auswahl für den zukünftigen Facharbeiterstamm und mittleren Verwaltungskader der britischen Bourgeoisie. Beide Prüfungen erhalten ein gemeinsames Benotungssystem von 1 bis 7, und die Entscheidung darüber, zu welcher Prüfung die Schüler antreten, soll nicht mehr wie bisher nach drei Schuljahren „secondary school" gefällt werden, sondern erst nach fünf Jahren. Dadurch wird die Zahl der Schüler, die zur schweren Prüfung antreten, vergrößert, und die Konkurrenz für einen solchen Abschluß soll sich in ihrer ganzen Pracht entfalten können. Eine ausgeweitete Benotungsskala – von 1 bis 7 statt bisher nur drei Noten für den „O-level" – tut ein übriges.

Das entsprechende Gesetz will die Regierung noch in diesem Jahr verabschieden lassen. Parallel dazu hat sie mit einer Überprüfung der Ausbildungsinhalte begonnen, da „Schulen, Schüler, Eltern und Arbeitgeber durch die vielen Prüfungsausschüsse, Prüfungsfächer und zu unterschiedlichen Lehrinhalte verwirrt werden", wie Carlisle erklärte.

vds-MV: Studentenkoalitionen setzen sich in einigen Punkten durch

z.wig. Die Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften hat ein geändertes Arbeitsprogramm verabschiedet. Die Studentenkoalitionen, die in Vorbereitung der MV und auf der MV selbst versucht haben, Forderungen und Kampfmaßnahmen zur Erhöhung des BAFöG und zu den Rechten der Verfaßten Studentenschaft durch Änderung des Arbeitsprogramms zur Grundlage der Arbeit der vds in den nächsten beiden Semestern zu machen, konnten sich in einigen Punkten durchsetzen, wenn auch das Arbeitsprogramm insgesamt durch Reformistisches und Revisionistisches über die Studien- und Prüfungsbedingungen (Mitbestimmung), über die staatliche Unterdrückung (Rechtsentwicklung und „Strauß stoppen") und die internationale Lage bestimmt ist.

Im folgenden die Forderungen der Studentenbewegung, die im Arbeitsprogramm enthalten sind:

– Kostendeckende Ausbildungsförderung (750 DM) – Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1520 DM – Streichung des Grunddarlehens – Gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat – Unterstützung der Studenten in Baden-Württemberg und Bayern für die Anerkennung der gewählten Organe durch die Landesregierungen und die Hochschulverwaltungen – Unterstützung des Kampfes gegen die Strafprozesse gegen Vertreter der Verfaßten Studentenschaft und Unterstützung der Forderung nach Einstellung der Strafprozesse und Rücknahme der Strafverfahren (insbesondere bei den Germanistenprozessen in Heidelberg).

In einem Einzelantrag zur Sozialen Lage der Studenten wird der vds-Vorstand aufgefordert, in Verhandlungen mit der Regierung über die Forderungen der Studenten einzutreten. Als Kampfmaßnahmen sind festgelegt:

„Die vds werden im Sommersemester '80 im Vorfeld der Bundestagswahlen eine Großkundgebung durchführen, die schwerpunktmäßig die Kritik und die Forderungen der Studenten zur Bildungspolitik der Bundes- und Länderregierungen unterstreichen soll. Im Anschluß an die Großkundgebung soll ein Studentenfestival stattfinden." (Arbeitsprogramm 80)

Sicherlich unterscheidet sich das Arbeitsprogramm, das verabschiedet wurde, von der klaren Aufgabenbestimmung, die zahlreiche Fachschaften, Fachtagungen, Vollversammlungen, Studentenparlamente und ASten in Vorbereitung der MV verabschiedet hatten und auf die ca. 160 Stimmen von ASten auf der MV festgelegt waren. Den Studentenkoalitionen ist es nicht gelungen, gestützt auf die Beschlüsse durch Herstellung einer Aktionseinheit von Koalitions-ASten und festgelegten Juso- und Basisgruppen-ASten, Mehrheiten für diese Aufträge zustandezubringen. Obwohl etliche Juso-ASten die Politik des Juso-Vorstandes nicht mitmachen wollten, ist es nicht gelungen, rechtzeitig Einheit über die wesentlichen Forderungen herzustellen. Die Führung der Basisgruppenfraktion, vertreten durch das kommissarische Vorstandsmitglied Ali Schmeißner, konnte so durch eine Grundsatzerklärung gegen die „etablierten Parteien" und die Ankündigung, nicht mehr in den vds mitzuarbeiten, Verwirrung stiften und verhindern, daß sich größere Teile der Basisgruppen-ASten zusammen mit den festgelegten Juso-ASten und den Koalitions-ASten auf ein gemeinsames Vorgehen einigten und damit gegen die Revisionisten mehrheitsfähig wurden. Etliche der Basisgruppen-Asten haben daraufhin die vds-MV verlassen, weil sie keine Möglichkeit sahen, z.B. in der Frage der Unterstützung des Kampfes gegen die Strafprozesse Mehrheiten zu erzielen. Die Basisgruppenführung konnte aber auch die Arbeit in den vds nicht völlig aufkündigen: Sie mußte erklären, daß die Basisgruppen weiter in den Projektbereichen und Fachtagungen der vds mitarbeiten werden.

Obwohl die Revisionisten durch den Abzug etlicher Basisgruppen-ASten die absolute Mehrheit hatten, konnten sie keineswegs verhindern, daß richtige Forderungen im Arbeitsprogramm und den Einzelanträgen festgehalten wurden. Die von vielen Studentenschaften geforderte zentrale Demonstration am 31.5. in Bonn für die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft und für die Erhöhung des BAFöG konnte zwar nicht durchgesetzt werden, im Arbeitsprogramm mußte aber eine zentrale Großkundgebung für die Forderungen der Studenten mit anschließendem Festival aufgenommen werden. Kann man die Beschlüsse, die die vds-MV gefaßt hat, nun für den Kampf gegen die Hochschulpolitik der Bundes- und Länderregierungen nutzen? Gestützt auf die Beschlußfassungen zur Vorbereitung der MV sicherlich. Hahn vom Juso-Vorstand hat auf der MV erklärt, die Großkundgebung solle im Juni in Bonn stattfinden, und Box (Juso-Fraktion) mußte auf der MV zugestehen: Gegenüber den bürgerlichen Parteien sollen auf der Großkundgebung die Forderungen der Studenten zur Bildungspolitik und zur sozialen Lage erhoben werden. Man kann sie also beim Wort nehmen und gestützt auf die richtigen Forderungen des Arbeitsprogramms gerade dort, wo es in Vorbereitung der MV zu Beschlußfassungen gekommen ist, in Briefen an den Vorstand die Forderungen bekräftigen und die Großkundgebung im Juni in Bonn als Kampfmaßnahme gegen die Regierung und als ersten Schritt zur Durchsetzung von 750 / 1520 DM und der gesetzlichen Garantie der Rechte der Verfaßten Studentenschaft verlangen ebenso wie die beschlossenen Verhandlungen mit der Regierung und jetzt sofort die Demonstration für die Verfaßte Studentenschaft und gegen die Germanistenprozesse am 7.3. in Heidelberg mit Grußadressen und Delegationen unterstützen.



der Forderung nach Einstellung der Strafprozesse und Rücknahme der Strafverfahren (insbesondere bei den Germanistenprozessen in Heidelberg).

In einem Einzelantrag zur Sozialen Lage der Studenten wird der vds-Vorstand aufgefordert, in Verhandlungen mit der Regierung über die Forderungen der Studenten einzutreten. Als Kampfmaßnahmen sind festgelegt:

„Die vds werden im Sommersemester '80 im Vorfeld der Bundestagswahlen eine Großkundgebung durchführen, die schwerpunktmäßig die Kritik und die Forderungen der Studenten zur Bildungspolitik der Bundes- und Länderregierungen unterstreichen soll. Im Anschluß an die Großkundgebung soll ein Studentenfestival stattfinden." (Arbeitsprogramm 80)

Sicherlich unterscheidet sich das Arbeitsprogramm, das verabschiedet wurde, von der klaren Aufgabenbe-

klären, daß die Basisgruppen weiter in den Projektbereichen und Fachtagungen der vds mitarbeiten werden.

Obwohl die Revisionisten durch den Abzug etlicher Basisgruppen-ASten die absolute Mehrheit hatten, konnten sie keineswegs verhindern, daß richtige

dentenschaft verlangen ebenso wie die beschlossenen Verhandlungen mit der Regierung und jetzt sofort die Demonstration für die Verfaßte Studentenschaft und gegen die Germanistenprozesse am 7.3. in Heidelberg mit Grußadressen und Delegationen unterstützen.



Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland(KBW)
Geschäftsstelle Frankfurt, Mainzer Landstraße 147, Telefon 0611/730241
KSB Darmstadt
Darmstadt
18. Februar 1980
08g3q0300p

Ohne einheitliche Aktionen werden ASten und Fachschaften noch die letzten Rechte genommen

Gerichte schränken Rechte der Studenten und ihrer Vertretung ein

31.10.79. VGH Kassel bestreitet dem AStA das Recht, klageweise die Aufnahme von Studenten in ein Seminar zu verlangen. Durch die angefochtene Maßnahme des Dekans ... ist die Rechtsstellung der Antragstellerin ... nicht berührt worden ... Ein rechtliches Interesse der Antragstellerin an der von ihr verlangten einstweiligen Anordnung ist auch nicht dem in §63 Abs. 2 HHG näher angeführten Aufgabenkatalog zu entnehmen ... Hochschulpolitische Aufgaben sind etwas anderes als die Wahrnehmung von konkreten Rechten zugunsten einzelner Studenten ..."

Januar 1980. Verwaltungsgericht Frankfurt weist Klagebefugnis des Fachschaftsrates Jura für die Examenskandidaten Jura zurück. „Wenn §64 Abs. 2 HHG der Antragstellerin die Förderung aller Studienangelegenheiten ... aufträgt, so begründet diese gesetzliche Aufgabenzuweisung noch kein eigenes rechtliches Interesse der Antragstellerin auf das von ihr begehrte Tätigwerden des Antragsgegners ..."

04.02.80. Urteil gegen Mitglieder des Frankfurter Frauenasta. Verurteilung aufgrund §26 StGB. Wegen Herausgabe „allgemeinpolitischer Flugblätter" und der Bereitstellung von Studentenschaftsgeldern für diese Flugblätter sollen die AStA-Mitglieder Veruntreuung begangen haben. Der Richter führte aus: der AStA hat nur die Aufgaben, die der Gesetzgeber ihm zuweist. Er ist nicht berechtigt zur Teilnahme an der politischen Willensbildung.

06.02.80. Uni-Report, Zeitung der Hochschulleitung Frankfurt: „Der Präsident weist hiermit darauf hin, daß es zu dieser Ausschreitung bei einer Veranstaltung des AStA kam. Er hatte sie in liberaler Auslegung des Auftrages des AStA zur politischen Bildung genehmigt. Die jüngsten Ereignisse zwingen den Präsidenten allerdings zu überdenken, ob diese liberale Handhabung in Zukunft noch beibehalten werden kann."

15.02.80. Verbot der Veranstaltung der Fachschaft Wirtschaftswissenschaften Frankfurt zum Boykott der Olympischen Spiele. Begründung: Es handelt sich um eine politische Veranstaltung, die nicht in den Tätigkeitsbereich einer Fachschaft fällt.

Anfang Februar '80. Der Präsident der Frankfurter Universität setzt das Ordnungsgeld pro politischem Flugblatt für den AStA von 2000 auf 3000 DM herauf. Begründung: allgemein würden 4000 DM an den Universitäten verlangt. Von daher seien 3000 DM noch vergleichsweise günstig. Auf diese Art und Weise hat die Universitätsleitung Frankfurt 1979 etwa 10000 DM Gelder für die Verfaßte Studentenschaft einfach einbehalten.

rah.Frankfurt. Nachdem vor zwei Wochen das Urteil gegen die ehemaligen Mitglieder des AStA wegen Wahrnehmung des politischen Mandats gesprochen war, hat Universitätspräsident Kelm (Universität Frankfurt) per Hauspost mitgeteilt, ein Verbot aller politischen Veranstaltungen an der Universität zu erwägen. Das Strafmaß für politische Flugblätter hatte er schon einige Zeit früher von bisher 2000 DM auf 3000 DM hochgeschraubt.

Letzte Woche wurde dann die Veranstaltung der Fachschaft Wirtschaftswissenschaften „Boykott der Olympischen Spiele '80 in Moskau – Ja oder nein?" von der Universitätsleitung verboten. Weil es sich um eine politische Veranstaltung handele, deren Durchführung einer Fachschaft nicht erlaubt sei.

Man kann an den rechts stehenden Spalten erkennen, mit welcher Zielstrebigkeit sowohl der Universitätspräsident Frankfurt wie die bürgerlichen Gerichte darangehen, die Organe der Verfaßten Studentenschaft in ihren Rechten und Tätigkeiten derart einzuengen und zu knebeln, daß sie weder die politischen Kämpfe der Arbeiterbewegung in Westdeutschland wie die Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt unterstützen und propagieren dürfen, noch das Recht zugestanden bekommen, die Ausbildungsbedingungen durch Kampf im Interesse der Mehrheit der Studenten zu verändern.

Wie die Sache ausgehen wird, steht allerdings noch gar nicht fest. Die Verfaßte Studentenschaft ist ein harter Brocken für die Bourgeoisie, und sie hat es mit einem starken Gegner zu tun. Sie hat nicht nur die Masse der Studenten gegen sich, sondern auch die Gewerkschaften, die seit mehreren Jahren für das politische Mandat der Verfaßten Studentenschaft eintreten und an verschiedenen Punkten die Studenten im Kampf für dieses Recht unterstützen.

Ausdehnung der Dienstpflicht für die Frauen – Bestandteil imperialistischer Kriegsvorbereitung

Reichsarbeitsdienstgesetz vom 26.6.1935: § 1 ,,Alle jungen Deutschen beiderlei Geschlechts sind verpflichtet, ihrem Volk im Reichsarbeitsdienst zu dienen.''

Seit Herbst 1944 wurden Frauen im Arbeitsdienst zur Bedienung von Flakwaffen herangezogen.

Dienstpflicht für Frauen im Grundgesetz vorgesehen

Arbeitsdienstpflicht im Grundgesetz: ,,Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.'' (Artikel 12, Abs. 2)

Zur Mobilmachung Dienstverpflichtung der Frauen: ,,Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im ... Sanitäts- und Heilwesen ... nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes ... zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten.'' (Art. 12a, Abs. IV)

,,Maßnahmen zur Sicherstellung von Arbeitsleistungen'': ,,Für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung kann ... 1. das Recht zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses von Männern ... und von Frauen ... beschränkt werden; 2. ein Wehrpflichtiger in ein Arbeitsverhältnis verpflichtet werden; 3. eine Frau ... im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation in ein Arbeitsverhältnis verpflichtet werden.'' (§ 2 Arbeitssicherstellungsgesetz)

Überlegungen, dem Soldatenmangel in der Bundeswehr mit Freiwilligen-Dienst von Frauen zu begegnen

Weißbuch 1979 der Bundesregierung: ,,... wird von 1988 an, falls sonst nichts geändert wird, ein Mangel entstehen, so daß die Bundeswehr ihr Soll nicht mehr erreichen kann. Das gilt primär für Wehrpflichtige, aber auch für Zeitsoldaten und Berufssoldaten ... Der Bundesminister der Verteidigung läßt Modelle entwickeln, um dies Problem zu lösen.''

Der Wehrbeauftragte für längere Wehrpflicht: ,,Könne man sich auch überlegen, die Wehrpflicht von 15 auf 16, 17 oder gar 18 Monate zu verlängern. Ihm sei vorgerechnet worden, daß eine Dienstzeitverlängerung um einen Monat 10000 mehr Soldaten bringe.'' (Die Welt 31.1.1980)

Bundeswehrverband fordert ,,Gemeinschafts-Dienstpflicht'': ,,Die Wehrpflichtarmee der 90er Jahre müßte deshalb auf folgende Planungen aufbauen können: 1. einer Überprüfung der Zurückstellungsgründe; ... 3. einem Freiwilligen-Dienst von Frauen in den Streitkräften; 5. dem Heranziehen der ständig in der BRD lebenden jungen Ausländer ... 6. einer Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes.'' (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.2.1980)



Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung! Wahl der Offiziere! Lohnfortzahlung während der Dienstzeit! Recht auf jederzeitige Kündigung für Polizisten und Berufssoldaten!

Landwirtschaft soll kriegstüchtig werden – CDU/CSU-Politiker halten Propagandareden

r.bel. ,,Wenn es uns nicht gelingt, die Türkei vor einem Chaos zu retten, ist auch die Südflanke der NATO auf Höchste gefährdet. Ich nenne Ägypten und den Bereich der Golfstaaten. Das alles wird Opfer von uns kosten, denn wenn wir nicht die äußere Sicherheit gewährleisten können, brauchen wir uns über die Entwicklung der inneren Struktur der Bundesrepublik, der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse weiter keine Gedanken zu machen'' (Nordwest Zeitung, 23.2.80). So versucht CDU-Vorsitzender Kohl in einem ,,Exklusivinterview'' anläßlich des CDU-Bauernkongesses in Oldenburg die Massen für den expansiven Kurs der westdeutschen Bourgeoisie zu gewinnen.

,,Opfer, die viel Geld kosten'', seien der Preis für ,,Friede in Freiheit und Sicherheit'', beschwor Kohl die Bauern in seiner Rede auf dem Bauernkongreß. Zu den Opfern zählte er ausdrücklich die Streichung der geplanten und bereits angekündigten steuerlichen Erleichterungen von Regierung und Opposition. Wohl wissend, daß diese geplanten ,,Opfer'' den Ruin tausender kleiner und mittlerer Bauern beschleunigen wird, verbreitet F.J. Strauß in einem anderen ,,Exklusivinterview'': ,,Übrigens muß auch einmal betont werden, daß in der Bundesrepublik Deutschland 82 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe nur 25 ha und kleiner sind. Um diese große Zahl der kleinen Bauern müssen wir uns kümmern'' (NWZ, 22.2.).

Die westdeutsche Bourgeoisie sieht die Nahrungsmittelversorgung ihrer Truppen beim nächsten Waffengang mit ihren imperialistischen Konkurrenten als nicht gesichert an. Das kann aber kriegsentscheidend sein. Bundesernährungsminister Ertl deutete dieses Problem schon auf der diesjährigen ,,Grünen Woche'' in Berlin an: ,,Im Zusammenhang mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan sei wohl jedermann klar geworden, daß Nahrungsmittel eine globale strategische Bedeutung bekommen hätten, die der von Öl kaum nachstehe'' (Deutsche Bauernkorrespondenz, 2/80). Auf der gleichen Tagung stellte EG-Agrarkomissar Gundelach fest: ,,Eine leistungsfähige Agrarwirtschaft in der Gemeinschaft ist wichtiges Element der eigenen Sicherheit'' (DBK, 2/80).

Strauß setzte auf dieser Linie auf dem Bauernkongreß nach: ,,Um krisenhaften Erscheinungen begegnen zu können, müßte... nicht nur eine genügend große Menge an Nahrungsmittel-Vorräten angelegt werden, sondern gleichfalls müßten die notwendigen Betriebsmittel, wie Treibstoff für Traktoren und verschiedene Düngemittel, vorgehalten werden'' (NWZ, 22.2.). ,,Eine leistungs- und funktionsfähige Landwirtschaft für eine gesicherte Nahrungsmittelversorgung'', dafür brauche man ,,Zehntausende kleinerer und mittlerer Betriebe'', behauptete Kohl in Oldenburg demagogisch. Tatsächlich rechnet die Bourgeoisie mit dem Widerstand der Bauern gegen ihre Kriegsvorbereitungen. Deshalb nahm sie in die Notstandsgesetze das ,,Ernährungssicherstellungsgesetz'' (v.12.7.68) mit auf. Nach dem ErnSiG kann die gesamte Produktion der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft, angefangen vom Anbau der Nutzpflanzen bis zu ihrer Verwendung und Zuteilung, sowie die Benutzung von Maschinen und Düngemittel geregelt werde. Auch die Umstellung eines Betriebes von einer Produktionsart auf eine andere ist in diesen Maßnahmen inbegriffen, auch die Festsetzung von Preisen und Handelsspannen. Warum sollten die ,,rund 6 Millionen bäuerlichen Familienbetriebe mit ihren fleißigen und leistungswilligen Bäuerinnen und Bauern'' angesichts dieser Aussichten ,,die Amerikaner in ihrer gegenwärtigen Politik... unterstützen'' (DBK, 2/80), wie es Großagrarier Freiherr Heeremann gerne hätte?

NATO-Manöver ,,Anorak Express'' in Nord-Norwegen – Sozialimperialisten drohen

z.bag. Zum zweiten Mal seit Anfang dieses Jahres hat die sozialimperialistische Supermacht ein wütendes Geheul über die militärischen Aggressionen der skandinavischen Länder angestimmt. Nordnorwegen sei ein einziges Waffenlager, die dänische Regierung habe die Verminung des Öresund beschlossen, und Schweden ließe sich z.B. mit der Ausrüstung der Luftwaffe mehr und mehr unter den Einfluß der NATO bringen. Der Anlaß für diesen neuen Angriff ist das NATO-Manöver ,,Anorak Express'', das vom 28.2. bis Mitte März bei Tromsö durchgeführt wird, nicht sehr weit von der russischen Militärbasis Murmansk. Der Grund ist die erbitterte Konkurrenz der beiden Supermächte um die Beherrschung der Nordflanke Europas.

Die USA haben ihrerseits in letzter Zeit verschärften Druck auf die skandinavischen Länder ausgeübt. Sie benutzen die wachsende offene Aggression der Sozialimperialisten, wie sie sich zuletzt bei der Besetzung Afghanistans gezeigt hat, zur Durchsetzung eigener langgehegter Aufrüstungspläne im nördlichen Europa. Im letzten Jahr gelang es ihnen, den Widerstand Norwegens und Dänemarks gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa zu brechen bzw. zu neutralisieren. Ab Januar dieses Jahres wurden die beiden Länder massivem Druck ausgesetzt, um eine Erhöhung ihrer Militärausgaben zu erzwingen. Norwegen gab teilweise nach; die Erhöhung des Budgets um 9,6% liegt real noch unter der von der NATO verlangten 3%igen Erhöhung. Am 14.1. forderte der amerikanische General Rogers, Oberkommandierender der NATO, bei einem Besuch in Kopenhagen zu einer Verstärkung der Aufrüstung auf. Als die sozialdemokratische Parlamentsgruppe in Dänemark am 20.1. ein Einfrieren der Militärausgaben beschloß, was bei der Inflation eine kräftige Senkung bedeutet würde, wiederholte der US-Verteidigungsminister Brown die Forderung und sagte zur Begründung, daß ,,die USA in einer kritischen Situation seien, wo eine starke militärische und ökonomische Position in der Welt davon abhängt, rasch militärische Einheiten aufzubauen und in Bewegung zu setzen''.

Genau diesem Zweck dienen zwei weitere Maßnahmen, die die USA neben der Beitragserhöhung jetzt verstärkt voranzutreiben versuchen: die Einrichtung von Depots für schwere Ausrüstung (besonders auf Jütland, Seeland und in Nordnorwegen) und die Stationierung fremder Truppen in den skandinavischen Ländern. Letzteres lehnen Norwegen wie Dänemark ab. Der Ausbau von Depots ist jedoch seit längerer Zeit im Gang. Unter strengster Geheimhaltung, aber aus Ausschreibungen für Baufirmen durchaus ersichtlich. Zur Zeit werden unter anderem Depots beim dänischen NATO-Hauptquartier Karup ausgebaut und die Flughafen erweitert. ,,Anorak Express'' soll diese Depottaktik erproben, mit See- und Luftlandeübungen der mobilen Einsatztruppen der NATO. Die marxistischen Parteien Skandinaviens treten für eine Politik der nationalen Selbständigkeit ein, gegen NATO und Warschauer Pakt.



Bunker der Nazis in Karup/Jütland, heute Zentrale und Depot der NATO

Strategische Bedeutung des besetzten Ungarns für die Sowjetunion

Bedrohung der Verbündeten und Balkanvölker / Ausbau der Kampfkraft der sowjetischen Truppen

z.krk. 75000–80000 Mann stark sind die sowjetischen Besatzer in Ungarn, die sich ,,Provisorisch auf dem Territorium der UVR stationierte sowjetische Truppen'' nennen. Das ,,Provisorium'' währt inzwischen 24 Jahre (seit 1956) und nach den Worten des revisionistischen Parteiführers Kádár zu urteilen, ist mit einer freiwilligen Beendigung nicht zu rechnen. ,,Mehr als einmal haben wir klar festgestellt: die sowjetischen Truppen bleiben so lange in Ungarn, wie die internationale Lage dies erfordert'', sagte er auf dem VII. Parteitag der USAP 1959. Die sozialimperialistische Expansion der SU macht das Verbleiben dieser Truppen unumgänglich notwendig.

Mit dem Abschluß des Warschauer Vertrages 1955 sicherte sich die SU erstmals das Recht auf Stationierung ihrer Truppen auf den Territorien der Mitgliedstaaten. 1956 ließ sie sich dann von einer Fraktion der auch in Ungarn revisionistisch entarteten Arbeiterpartei zur Niederschlagung des Aufstandes ins Land holen. Damit war die vollständige Besatzung Ungarns besiegelt.

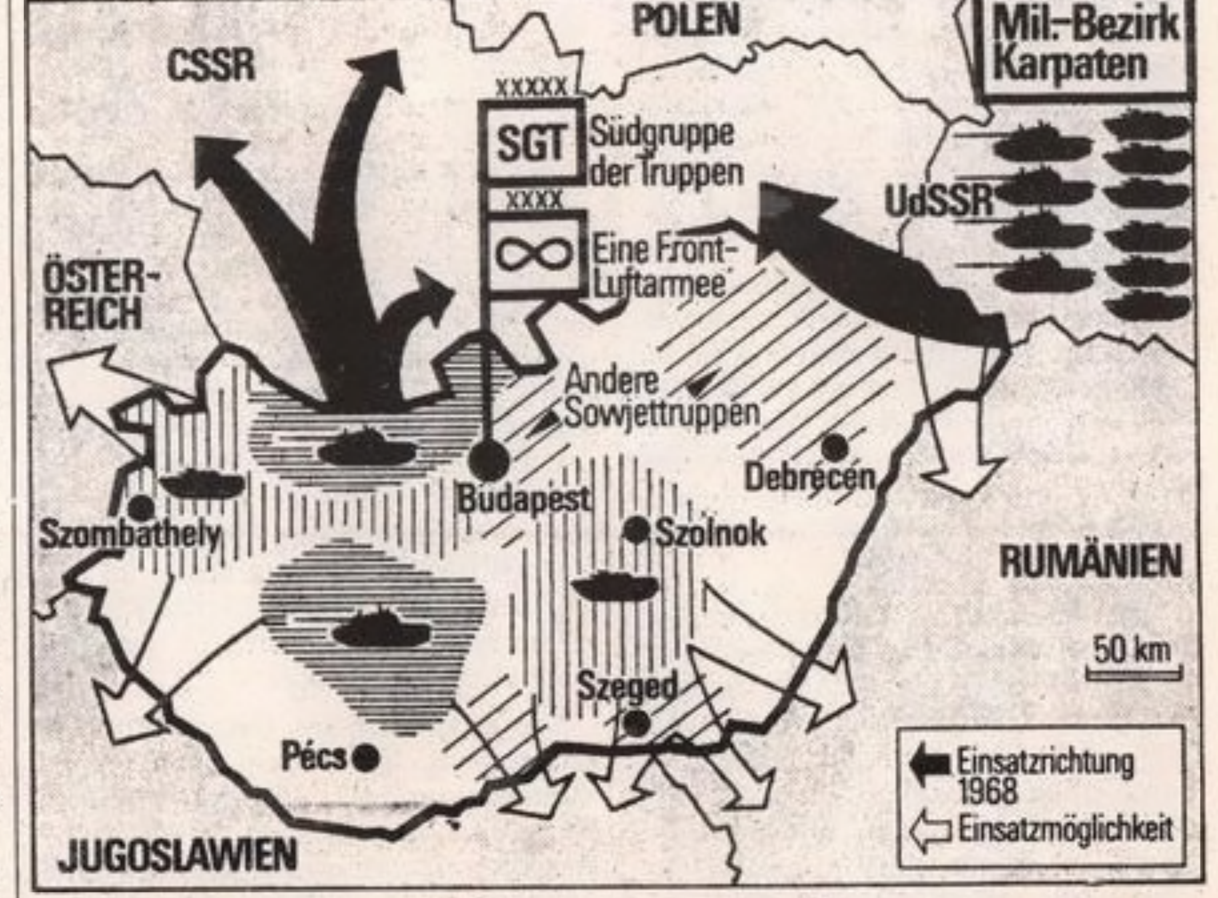
1957 zwang die SU Ungarn zu einem Abkommen über die ,,provisorische Stationierung'', die solche erniedrigenden Bestimmungen enthält, wie Artikel 5, in dem die sowjetischen Besatzer der ungarischen Gerichtsbarkeit entzogen werden; sowie Artikel 10, in dem die UVR verpflichtet wird, für alle den sowjetischen Truppen zugefügten Schäden – von staatlicher Seite wie von Privatpersonen – finanziell aufzukommen. Eine allgemeine gesetzliche Versicherung ist das gegen den Widerstand, von welcher Seite auch immer.

In den über 40 Garnisonen sind heute in Ungarn 2 sowjetische Panzer- und 2 motorisierte Schützendivisionen stationiert. Die Garnisonen befinden sich durchweg in der Umgebung von Großstädten, wo sie auch 1956 ihre Hauptfunktion erfüllten. Die Besetzung Ungarns ist auch heute ihre zentrale Aufgabe. Die sowjetischen Einheiten gehören zur Südgruppe der Truppen (SGT), d.h. zur südlichsten der vier strategischen Verbände der SU jenseits ihrer Westgrenzen. Diese Verbände bestehen ausschließlich aus sowjetischen Truppen und sind dem Moskauer Verteidigungsministerium direkt unterstellt. Zur SGT gehört noch eine Frontluftarmee, verteilt auf sechs Flugplätze mit 250 Kampfflugzeugen und 100 sonstigen Maschinen.

In den letzten 10 Jahren hat die SU die Kampfkraft ihrer Truppen in Ungarn kontinuierlich erhöht. Die Zahl der Soldaten ist um 10% erhöht, bei den Landstreitkräften ist die Artillerie und die Fliegerabwehr verstärkt worden, insbesondere um Budapest herum. Besonders verbessert wurde das Pionierübersetzgerät, dessen Erprobung zu den häufigsten Übungen der sowjetischen wie ungarischen Verbände gehört. Die Ausrüstung läßt auf die Funktion der Truppen schließen: einerseits einen Abwehrgürtel von der Südwestspitze der SU aufzubauen, und andererseits ständig die CSSR, Rumänien und Jugoslawien zu bedrohen, d.h. im Kriegsfall oder schon davor, rebellische Verbündete in Schach zu halten oder auch zu besetzen. 1968 setzten ungarische und sowjetische Truppen über die Donau über und marschierten in die CSSR ein. Das letzte große Manöver des Warschauer Pakts auf ungarischem Territorium, ,,Schild 79'' im Mai 1979, übte amphibische Operationen, insbesondere die Überquerung großer Flüsse, wie sie nur im Grenzgebiet Ungarn-Jugoslawien und in Nordjugoslawien vorkommen. Mit demselben Ziel der Bedrohung der Nachbarländer sollen in der letzten Zeit die Sowjettruppen erneut Verstärkung erhalten haben: in Süd-Ungarn, in Pécs, kaum 50 km von der jugoslawischen Grenze entfernt, sollen neue Truppenquartiere gebaut worden sein – für die aus der DDR mit soviel Trara abgezogenen Besatzertruppen.

Die Verbündeten durch die Möglichkeit des schnellen Vorstoßes in Schach zu halten, diese Aufgabe haben auch die Truppen in den angrenzenden sowjetischen Militärbezirken. Im Militärbezirk Karpaten, im Ländervireeck CSSR, Polen, Ungarn, Rumänien stehen drei russische Armeen mit mindestens 10 Divisionen, deren Einsatzwege besonders kurz sind.

Für den Vorstoß vom Gebiet Ungarns in den NATO-Bereich bieten sich für die Sozialimperialisten zwei Möglichkeiten an: in Richtung Österreich über das Burgenland in die norditalienische Tiefebene, oder über Nord-Jugoslawien ebenfalls in Richtung Italien. In beide Richtungen gibt es jedoch Schwierigkeiten, im einen Fall geographischer, im anderen mehr politischer Natur. So liegt die große strategische Bedeutung Ungarns in der Sicherung des Hinterlandes und der Möglichkeit, darüber in den östlichen Mittelmeerraum und auf den Balkan vorzustoßen. Oder man stelle sich die Lage umgekehrt vor: ein Länderblock, bestehend aus einem unabhängigen Ungarn, gemeinsam mit Jugoslawien und Rumänien wäre eine undurchdringliche Sperre zum Balkan, der zudem Bulgarien vom Warschauer Pakt fast völlig abtrennte. Eine wünschenswerte Konstellation.



Marschrichtung der sowjetischen Truppen beim Überfall auf die CSSR 1968 (dunkle Pfeile), mögliche Vorstöße nach Manövern in Ungarn (helle Pfeile)

Die Wirtschaft Vietnams – völlig in der Hand der Sozialimperialisten

z.hku. 200 Industrieanlagen Vietnams seien mit sowjetischer Hilfe errichtet worden; mit ihnen werden 100% des Zinns und des Phosphats, 80% der Werkzeugmaschinen, 75% der Kohle und 65% der Energie des Landes produziert. Die Sozialimperialisten prahlen mit dieser ,,Aufbauhilfe''; in Wahrheit war die Beherrschung ganzer Industriezweige, schon vor 1975, ein entscheidendes Mittel, Vietnam in Abhängigkeit zu bringen.

1975 haben die Sozialimperialisten einen Kredit von 2,4 Mrd. $ für den revisionistischen Aufbauplan der vietnamesischen Führung zugesagt, anzulegen in 40 Projekten der Schwerindustrie im Norden des Landes, an denen heute noch gebaut wird: Kraftwerke, ein Zementwerk, Kohle- und Apatitgruben, außerdem Staatsfarmen für Export-Tee, Bananen u.ä. 1978, mit der Aufnahme Vietnams in den RGW und dem Beginn der Aggression gegen das Demokratische Kampuchea, wurde das Kreditvolumen nochmals erhöht, auf 1 Mrd. $ jährlich; und nochmals 1979, um die Grenzregion zur VR China wieder aufzurüsten.

Das Defizit Vietnams im Handel mit der SU ist 1979 auf 420 Mio. $ angewachsen, die Währungsreserven des Landes waren zu Beginn dieses Jahres erschöpft. Ohne die Sowjetunion kann Vietnam heute weder Nahrungsmittel noch kriegswichtige Rohstoffe wie Erdöl importieren – sei es direkt oder über Dreiecksgeschäfte wie mit Indien, das Reis an Vietnam gegen Erdöl aus der SU geliefert hat. Müssen die Sozialimperialisten derzeit auch etliches ins Land pumpen, um es kriegsfähig zu erhalten, so treffen sie natürlich Vorsorge, sich das Vorgeschossene zurückzuholen. Nicht nur die Staatsfarmen, auch die verarbeitende Industrie Südvietnams soll Textilien, Pharmaka usw. auf Rechnung der Sozialimperialisten produzieren; die vietnamesische Regierung hat der Exportproduktion absolute Priorität, Steuerfreiheit und Gewinngarantie eingeräumt.



Kohleproduktion für den Export

,,Repatriierung'' – und damit unter der Herrschaft der vietnamesischen Aggressoren

z.gkr. Über 110000 kampucheanische Flüchtlinge, die jetzt in Lagern an der Grenze Thailands zu Kampuchea leben, sollen ,,repatriiert'' werden. So hat es der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Poul Hartling, vorgeschlagen. ,,Repatriieren'' bedeutet soviel wie ,,ins Vaterland zurückbringen''. Solange die Forderung der UNO-Vollversammlung nach Abzug der vietnamesischen Aggressionstruppen nicht verwirklicht ist, wird es aber zum geraden Gegenteil dessen, was es eigentlich bedeutet: Die vietnamesischen Aggressoren haben dem Vorschlag sofort begeistert zugestimmt. Ihr Kalkül: Sind erst einmal die Flüchtlingslager an der Grenze Thailands zu Kampuchea aufgelöst, so erhöht sich erstens die Operationsfähigkeit der Ag-
erstens die Operationsfähigkeit der Ag-
gressionstruppen gegenüber dem Widerstand des kampucheanischen Volkes unter seiner einzig legitimen Regierung. Und zweitens sind dann die Hilfslieferungen evtl. besser unter Kontrolle zu halten, die jetzt noch an die Volksmassen in den Lagern gehen.

Die vietnamesischen Aggressionstruppen haben bei ihren Versuchen, sich das Grenzgebiet zu Thailand zu unterwerfen, die höchsten Verluste und gleichzeitig eine große Zahl Desertionen. Solange sie die Truppen der Regierung des Demokratischen Kampuchea nicht von den Volksmassen isolieren können, besteht für sie wenig Hoffnung, sich das Land zu unterwerfen. Obwohl sich in den letzten Wochen die Meldungen häufen, daß die thailändische Grenze von vietnamesischen Truppen verletzt wurde, und obwohl die thailändische Regierung auf Betreiben der vietnamesischen Aggressoren die Grenze vollständig geschlossen hat, konnten die Verbindungen der über 500000 von den Aggressionstruppen aus Kampuchea Vertriebenen mit dem Widerstandskampf in Kampuchea selbst nicht verhindert werden. Eine ,,Palästinenser-Situation'' soll verhindert werden, schreibt die ,,Welt'' und sie meint damit, es solle verhindert werden, daß von diesen Lagern aus der
[illegible]
Widerstandskampf geführt wird. Besser, die Volksmassen werden ,,repatriiert'' und damit der Heng-Samrin-Clique unterworfen.

Wer freiwillig zurückkehre, werde ausreichend mit Lebensmitteln, Saatgut und Ackergerät versorgt, hat der Flüchtlingskommissar gleichzeitig erklärt. Das würden sich die vietnamesischen Expansionisten auch noch gerne an Land ziehen. Viel besser wären diese Mittel verwandt, wenn sie über die Regierung des Demokratischen Kampuchea verteilt würden.

Das Volk Kampucheas schlägt die vietnamesischen Aggressoren zurück

z.rua. Je näher das Ende der diesjährigen Trockenzeit rückt, desto hektischer werden die vietnamesischen Expansionisten in ihren Anstrengungen, das Volk Kampucheas endgültig zu unterwerfen und sich das Land einzuverleiben. Ihre Blitzkrieg-Strategie im Winter letzten Jahres ist am Widerstand der kampucheanischen Massen gescheitert. Zu Beginn der Trockenzeit im Oktober warfen sie mehr als 200000 Mann an die Front im Nordosten und der Zentralregion Kampucheas, um von dort das Land aufzurollen. Sie wurden von den immer besser organisierten und operierenden Einheiten der Armee und Guerillas des Demokratischen Kampuchea gebunden und geschlagen. Die Verlustrate der vietnamesischen Truppen belief sich im Dezember auf über 10000 Mann. Im Dezember warfen sie den Hauptteil ihrer Truppen an die Nordwestfront vor allem in der Provinz Battambang an der thailändischen Grenze, um die Zentren des Befreiungskampfes zu zerschlagen. Sie wurden auch in diesem Vorhaben gestoppt und mußten in dieser Region bis Ende Januar Verluste von mehr als 2000 Mann hinnehmen.

Seit dem 29.1. verstärken die Aggressionstruppen die Bombardierung der Gebiete um Pailin und Kamrieng in der Provinz Battambang mit Giftgas. Mehrere hundert Menschen erlitten dadurch einen qualvollen Tod, viele wurden schwer verwundet. Einen Durchbruch in ihrem Ausrottungsfeldzug können die vietnamesischen Aggressoren jedoch so auch nicht verbuchen. Im Gegenteil. Seit Anfang Februar töteten die Befreiungsstreitkräfte bei Angriffen auf die in Battambang operierenden vietnamesischen Truppen 2840 Mann; bei Aufständen der von Vietnamesen befehligten ,,Selbstverteidigungsgarden'' und ,,Khmer-Soldaten'' wurden am 5. und 6.2. 15 vietnamesische Offiziere getötet.

Verluste der vietnamesischen Truppen

Zeit	gesamt	pro Tag
28. – 31.1.	1434	359
1. – 5.2.	1836	367
8. – 12.2.	2215	443
13. – 15.2.	1546	515
16. – 20.2.	2857	571

Die Befreiungsstreitkräfte und Guerillas operieren in allen Teilen des Landes. Seit Ende Dezember konnten sie in den an Vietnam und Laos grenzenden Provinzen an der Nordostfront mehrere Ortschaften befreien. Die Zahl der vietnamesischen Verluste wächst rasant. Unter den Besatzungstruppen nimmt die Zersetzung zu. Am 5. und 6.2. meuterten Kompanien in den Provinzen Stung Treng an der Nordostfront und Battambang an der Nordwestfront, weil sie das traditionelle Neujahrsfest (Têt-Fest) in der Heimat verbringen wollten.

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea übermittelte dem Volk Vietnams am 14.2. anläßlich des Têt-Festes eine Botschaft, in der sie nachdrücklich im Interesse des Friedens zwischen beiden Völkern den sofortigen Abzug der vietnamesischen Aggressionstruppen fordert.

Bothas Reformen zielen auf die Spaltung zwischen Azanias Arbeitern und Bauern

z.hef. Südafrika sehe sich einem ,,totalen revolutionären Angriff'' gegenüber und brauche eine ,,totale Strategie'', erklärte der Generalstabschef des Siedlerregimes Malan in seiner Neujahrsansprache. Botha selbst spricht auch von dieser ,,totalen Strategie''. ,,Das Konzept der totalen Strategie besteht darin, daß der Angriff auf Südafrika nur zu 20% militärischer und zu 80% politischer und psychologischer Natur ist'', heißt es in der britischen Zeitung ,,Financial Times''. ,,Daraus folgt, daß die Regierung eine gigantische, auf die Herzen und Sinne zielende Kampagne starten muß, um die Unterstützung der einheimischen Bevölkerung zu gewinnen – vor allem die der schwarzen Mehrheit.'' Dazu seien dringend bestimmte Änderungen der Apartheid-Gesetze nötig. ,,Die Alternative, so Malan und andere gemäßigte Generale, besteht darin, daß sich das Land seinen Feinden mit einer fünften Kolonne von 20 Mio. im Rücken stellen muß.'' (,,Financial Mail'', Südafrika).

In anderen Worten, weder kann die Kolonialherrschaft über Azania aufrechterhalten werden, noch kann Südafrika den Imperialisten als Ausgangspunkt für die Beherrschung des ganzen südlichen Afrika dienen, wenn nicht ein größeres Betrugs- und Spaltungsunternehmen gegen die azanischen Volksmassen gelingt.

Für die städtischen Massen hat die Regierung im Herbst entsprechende ,,Reformvorschläge'' gemacht (siehe KVZ 49/79). Sie laufen darauf hinaus, ca. 1 – 1,5 Millionen schwarzen Arbeitern zu erlauben, permanent in den Städten zu wohnen, vor allem Facharbeitern und Angestellten. Hand in Hand mit dem Zuckerbrot geht die Peitsche. Ende Oktober lief die Registrierungsfrist für alle ,,illegalen'' Arbeiter in den Städten ab. Seitdem veranstaltet die Polizei regelrechte Verfolgungsjagden und schickt Tausende von Arbeitern, die illegal in den Städten sind, vor die Gerichte und nach Ableistung der Strafe in die Homelands. Wenn ein bislang ,,illegaler'' Arbeiter eine Arbeitserlaubnis für ein Jahr erhalten hat, muß er alles tun, um nicht vom Kapitalisten entlassen zu werden,
vom Kapitalisten entlassen zu werden,
sonst erhält er für das nächste Jahr keine neue.

Die verschärfte Verfolgung ,,illegaler'' Arbeiter in den Städten und die fortdauernde Zwangsumsiedlung ganzer Wohnviertel aus den Städten in die Reservate verstärkt das Elend dort noch weiter. Die Homelands machen gerade 13% des Territoriums aus, aber sie sollen ,,Heimat'' für 87 bis 90% der Bevölkerung sein. Das Land ist schlecht, allein wegen fehlenden Regens und extremer Hanglagen sind circa 70% unkultivierbar. Nach den Landgesetzen der Kolonialisten wird dieses Land von den Stammeshäuptlingen an die Bauern vergeben, diese Häuptlinge sind von der Regierung bestellt und bezahlt. 1975 versuchten 500000 kleine Bauern, von dem Land zu leben, ihre Zahl wird heute niedriger sein (die Regierung will ihre Zahl auf 100000 senken). Obwohl also schon weit über die Hälfte aller Familien in den Homelands gar kein Land haben, für die mit Land ist es zuwenig. Also wird der Boden zwangsläufig überbeansprucht, und Bodenerosion ist die Folge.

Diejenigen ohne Land sind vollständig darauf angewiesen, daß sie das staatliche Arbeitsamt an einen Ausbeuter vermittelt, vorausgesetzt, sie können eine Unterkunft in der betreffenden Stadt oder Farm nachweisen. 30000 Arbeiter ließen sich allein in der Transkei im letzten Jahr neu registrieren. Die Löhne der Arbeiter auf den Farmen oder in den wenigen Fabriken in den Homelands selbst sind so niedrig, daß Hungersnöte verbreitet sind. Die ,,Financial Mail'' gibt an, daß 75% aller Kinder, die in Krankenhäuser des Homelands KwaZulu eingeliefert werden, an Unterernährung leiden und 10% von ihnen daran sterben (11.1.1980).

Vor zwei Wochen veröffentlichte die sogenannte Quail-Kommission ihren Bericht. Sie war von der ,,Regierung'' des Homelands Ciskei beauftragt worden, zu untersuchen, ob die Regierung für oder gegen die ,,Unabhängigkeit innerhalb Südafrikas'' nach dem Vorbild der Transkei eintreten solle. Die Kommission ist dagegen. In seiner Begründung führt ein Mitglied, ein weißer Professor, aus, daß ,,Unzufriedenheit und Wut unter den Schwarzen wohl größer sind als 1976.'' 1976 fanden die großen Kämpfe in Soweto und anderen Städten gegen die Kolonialherrschaft statt.

Die Kolonialisten reagieren auf diese wachsenden Widersprüche mit einem neuen Ausweichmanöver. Botha lud die Stammesführer der Homelands vor zwei Wochen ein, gemeinsam mit ihm eine ,,Deklaration unserer Ziele'' an alle Südafrikaner zu formulieren. Verbunden mit diesem Angebot ist die Einrichtung einer Regierungskommission zur Untersuchung der Landbesitzverhältnisse. ,,Mr. Botha hat vor kurzem begonnen, die Tatsache zu betonen, daß mehr Land angeboten wird, und daß die Gebiete der Homelands eventuell verbessert werden können, damit sie weniger zersplittert und wirtschaftlich lebensfähiger sind'', schreibt ein britischer Wirtschaftsdienst. ,,Das Radikalste an diesem Angebot liegt darin, daß einige Farmen in weißem Besitz wahrscheinlich in die neugeformten Homelands einbezogen werden.''

Das Angebot auf mehr Land richtet sich an die Stammesführer und an die Bauern, jedenfalls einen Teil von ihnen. Viel wird es sowieso nicht sein, vor allem von Weißen verlassene Farmen. Der Vorschlag wird, wenn er zieht, zwischen den Bauern, den landlosen Massen der Homelands und den Arbeitern in den Städten mittendurch spalten. Besonders ,,radikal'' an dem Vorschlag, weiße Farmer im ,,Staatsgebiet'' der Homelands einzubeziehen, ist nur, daß für diese Siedler dann die Arbeitskraft noch billiger wird, weil der Nachschub keinerlei Beschränkungen unterliegt.

Die Stammesführer reagieren vorsichtig auf das Gesprächsangebot Bothas. Aber Gathsha Buthelezi, Chief-Minister des Homelands KwaZulu, erklärte, er werde teilnehmen, wenn das ,,Parlament'' des Reservats zustimme. Also ist die Teilnahme möglich, wenn andere Häuptlinge teilnehmen. Und Buthelezis Teilnahme ist wichtig für die Regierung: Er ist der Führer der bürgerlichen Inkhata-Bewegung unter den azanischen Volksmassen und hat gute Beziehungen zum revisionistischen ANC, mit dem er – auf dessen Wunsch – erst vor drei Monaten lange Beratungen in London durchführte.

Gelingt den Kolonialisten dieses Spiel, die Stammesführer und Teile der Bauern im Rahmen ihrer ,,großen Strategie'' zu gewinnen, dann sind als Resultat diejenigen Teile des Volkes, die bisher in den Massenkämpfen die Hauptangriffe gegen das Kolonialregime geführt haben, isoliert, vor allem die Arbeiter. Nachdem sie im Herbst den Gewerkschaften größere Rechte einräumen mußte, fühlt sich die Regierung jetzt wieder stark genug, mit dem Verbot der Black Consciousness Movement (Bewegung Schwarzes Bewußtsein) zu drohen und Führer der Arbeiterbewegung wie die des Ford-Streiks in Port Elizabeth mit Verbannungs-Anordnungen zu belegen.



Landlose Bauern, die als Wanderarbeiter auf Farmen weißer Siedler arbeiten

Korsika: Anhaltende Kämpfe Freilassung der Patrioten!

z.inl.Paris. In der zweiten Februarwoche sind die 36 korsischen Patrioten, die während der Kämpfe gegen die Terrorbande Francia das Hotel Fesch in Ajaccio besetzt hatten und seither in Frankreich eingekerkert sind (s. KVZ 4), in den Hungerstreik getreten. ,,Wir sind Geiseln des Kolonialismus'', erklären sie in einem Aufruf an das korsische Volk und fordern dazu auf, den Kampf für ihre Freilassung fortzusetzen. Auf der ganzen Insel finden seither täglich Aktionen statt. Im Tal von Gravone besetzten die Massen zeitweilig mehrere Bürgermeisterämter, ebenso in Vico, Evisa, Fiumorbo und Isolaccio. Die Straße von Bastia nach Ajaccio wurde am 24.2. für mehrere Stunden blockiert. Die Führer der korsischen Bauernverbände FDSEA und CDJA erklärten ihren Rücktritt und, daß sie keine Appelle (zur Ordnung) mehr an ihre Mitglieder richten würden; mit der faktischen Auflösung soll Raum für die Kämpfe geschaffen werden. Der Aufruf der Aktionseinheit zu Streik und Schließung der Geschäfte am 28.2. in der Region Bastia und tags darauf in Ajaccio wurde fast hundertprozentig befolgt. Frauen besetzten am 28.2. den Radiosender FR 3 und forderten die Auflösung des ,,Gerichtshofs für Staatssicherheit''. Acht Gefangene mußten die französischen Imperialisten bisher freilassen.

VW erringt entscheidenden Konkurrenzvorteil in Südamerika

z.bew. Jedes vierte Auto, das 1978 eine Produktionsstätte des VW-Konzerns verließ, kam aus den Werken der VW-Tochtergesellschaften in Brasilien oder Mexiko. VW do Brasil ist mit einer Tagesproduktion von 2112 Autos das größte VW-Werk außerhalb Westdeutschlands. Nachdem VW bereits im vergangenen Jahr die Erlaubnis zum Bau eines Werkes in Ecuador bekommen hatte, konnten die VW-Kapitalisten jetzt ein zweites Mal die imperialistischen Konkurrenten ausbooten. Bei der Ausschreibung über die Errichtung eines Autowerkes für PKW zwischen 1000 und 1500 ccm und LKWs zwischen 4 und 6 t in Peru bekam VW gegenüber Renault den Vorzug. Mit der beschlossenen Übernahme von Chrysler Argentinien, den beiden neuen Werken und den Montagestätten Costa Rica, Venezuela und Uruguay verfügt VW über eine nahezu geschlossene Kette zur Eroberung des mittel- und südamerikanischen Marktes. Die Bewilligung der Werke in Peru und Ecuador ist dabei von entscheidender Bedeutung. Die Staaten des Andenpaktes (Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela) haben mit dem ,,Beschluß 120'' eine Arbeitsteilung bei der Produktion der unterschiedlichen Autoklassen vereinbart, dadurch ist für VW der Markt für den gesamten Andenpakt geöffnet; zudem unterliegt VW in Peru nicht dem Importzoll für PKWs von 155%.

GB: Streikrecht soll weiter eingeschränkt werden

z.rül.London. Die britische Regierung hat Ergänzungsvorschläge für ihr Gesetz gegen Streiks vorgelegt, die das Streikrecht noch weiter einschränken sollen. Bisher sind Gewerkschaftsmitglieder bei einem Arbeitskampf, auch bei Solidaritätsaktionen, gegenüber Zivilklagen der Kapitalisten auf Vertrags-

Die niedrigen Löhne der österreichischen Arbeiter zieht zur Hälfte der Staat wieder an sich

z.anb.Wien. Rund 20 Mrd. DM (135 Mrd. Schilling) hat die österreichische Finanzbourgeoisie 1978 über die Maschen ihres „Sozialen Netzes" aus Lohn in Kapital verwandelt. Es sind dies 27,3% der ursprünglich in Arbeitskraft ausgelegten 495 Mrd. S. In der BRD sind es 30,1%, in Frankreich 29,1%, in Italien 21%. Aber diese Summe zeigt noch nicht, in welchem *Ausmaß* die Reproduktion der österreichischen Arbeiter bereits in das System der staatlichen Lohnabzüge gepreßt ist. Diese zusammengenommen, also direkte und indirekte Steuern, Versicherungsbeiträge, belaufen sich auf 55,9% des von den Kapitalisten betriebenen Lohnaufwands. Das ist auch der Grund, warum letztere trotz unbestritten sinkendem Lohnniveau in regelmäßiger Folge vor den anstehenden Lohnkämpfen die unerträglich hohen „Lohnnebenkosten" ins Feld führen. Für die Beiträge der Allgemeinen Sozialversicherung (ASV) haben sie 1978 59,2 Mrd. S vor Auszahlung des Lohns als „ihren" Anteil an den Abgaben entrichtet, 5,3 Mrd. S mehr als der Arbeitnehmeranteil, weil in der Pensionsversicherung der Kapitalisten„anteil" mit 10,25% 1% höher liegt als der des Arbeiters (9,25%).

Bezogen auf die Nettolohnsumme (331,5 Mrd. S) macht die Abzugslast vom Bruttolohn 37,6% aus (BRD: 38,4%). Die vom Nettolohn abgehende indirekte Steuerlast beträgt inzwischen mehr als ein Drittel desselben. Sie verschleiert aber, und das ist noch wichtiger, welches Ausmaß die über die Versicherungskassen unter staatlicher Verwaltung organisierte und ökonomisierte Reproduktion der Arbeiterbevölkerung erreicht hat.

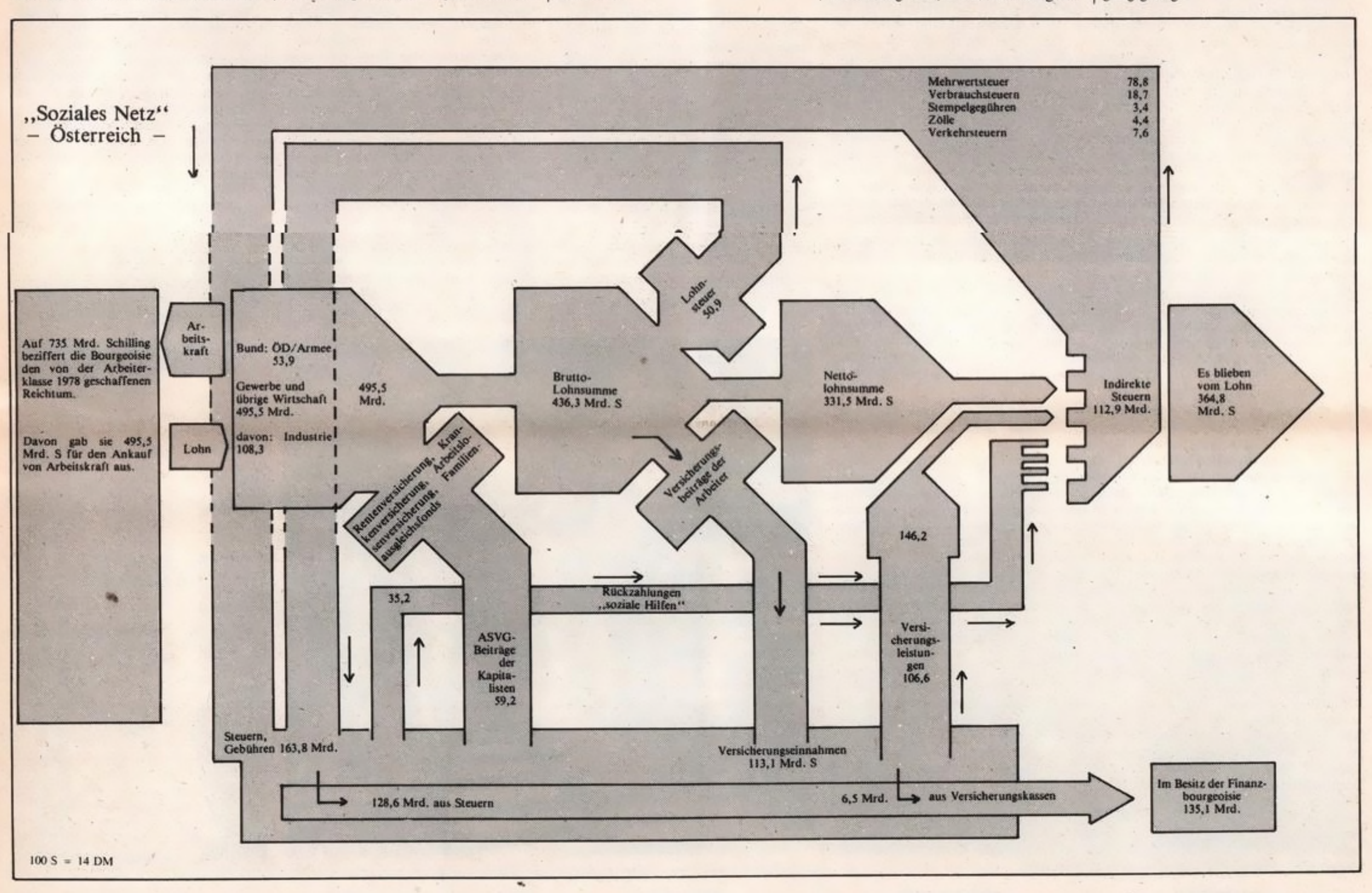
Was als Fortschrittlichkeit der SPÖ-Regierung erscheint, die wachsende Bedeutung – und Erfassung aller – durch das „Soziale Netz", ist in Wirklichkeit der massiv unter die Erfordernisse der Reproduktion gedrückte Nettolohn. Die Verschuldung der privaten Haushalte betrug 1978 36% der Lohnsumme, vier Jahre zuvor waren es 25,6% gewesen. Während die Lohnsteuermasse ungeachtet des sinkenden Lohns aufgrund der Progression inzwischen „automatisch" steigt – 1978: 50,9 Mrd., 1979: 3 Mrd. mehr, 1980: 6 Mrd. mehr, – wachsen die über „staatliche Hilfen" zurückfließenden Lohngelder. Sie machen mit 146,2 Mrd. S über 40% der Geldsumme aus, die der Arbeiterklasse letztlich für Konsumtionsmittel zur Verfügung steht (364,8 Mrd.). Allerdings müssen aus Steuern 35,2 Mrd. „zugeschossen" werden – für Familienbeihilfen u.ä. – die die Finanzbourgeoisie natürlich gegen den Nettolohn ins Feld führt. Zum 1.1.80 sind die Pensionsversicherungsbeiträge um 1% erhöht worden, die Rentenkasse selbst ist über die drastische Reduzierung der Bundeszuschüsse – von 1977 13,5 Mrd. auf 1978 8,1 Mrd. S – ausgezehrt. Als „Argument" für die Beitragserhöhung hatte die SPÖ-Regierung die durchschnittliche Altersrente von 3979 S (568 DM) auf ihrer Seite. Mit 40% des Durchschnittslohns ist sie selbst Wirkung des abgesunkenen Nettolohns, und zugleich Begründung für die Notwendigkeit erhöhter Abzugslast auf denselben.

Über den Ausgleichsfonds der ASV werden die Finanzströme zwischen den einzelnen Versicherungskassen je nach Entwicklung der Ausgabenseite umdirigiert, ihre Herkunft verschwindet dahinter. Die gewaltige Schröpfung der Pensionsversicherung der Arbeiter wurde gegen die Angestelltenkassen gewendet, die immerhin noch ein Plus aufwiesen.

In der Krankenversicherung (1978: 34 Mrd. Einnahmen, 33 Mrd. Ausgaben) wirkt sich inzwischen nicht nur der gestiegene Standard der Schweißauspressung in der Produktion aus; da der Lohn immer weniger mit den Reproduktionserfordernissen Schritt hält, ist der allgemein absinkende Gesundheitszustand der Arbeiterbevölkerung ein nicht mehr zu übersehender Kostenfaktor. Bei einem Bevölkerungswachstum von rund 6,5% zwischen 1961 und 1977 hat die Zahl der Krankenhausfälle um 50% zugenommen (von 714000 auf 1,084 Mio.). Wo die verbrauchte Arbeitskraft zum „Spitalsfall" wird, muß die Kasse zahlen, und die Arbeiter verlangen das umso nachdrücklicher, je enger das Budget der Familie wird.

Wie bei der Pensionsversicherung die Niedrigrente, so ist das Hungeralmosen an Arbeitslosengeld mit durchschnittlich ca. 400 DM für die SPÖ der Anlaß, die Beitragserhöhung um 1% für diesen Sommer in die Debatte zu bringen. Daß sie ein Fünftel der 5,4 Mrd. S Beitragseinnahmen an die Kapitalisten geschoben hat, spricht nicht gegen den humanen Augenschein, denn deren so finanziertes Rationalisierungsprogramm ist jetzt der Untergrund, auf dem die unverzichtbare „Vorsorge" gegen drohende Massenarbeitslosigkeit daherkommt.

Die christliche Reaktion der Volkspartei erhärtet den Schein der allgemeinen staatlichen „Existenzsicherung" der Arbeiter durch Frontalangriffe: die „Selbstvorsorge" müsse verstärkt werden. Sie nutzt dabei zur Spaltung die Unterschiede in den individuellen Bedürfnissen der Reproduktion aus, wo der eine mehr, der andere weniger die Versicherung „belastet". Während der Chef der Ärztekammer „den Bauchladen der Selbstbedienung" der Krankenkasse beseitigt sehen will, umgibt sich SP-Sozialminister Weißenberg mit der Aura des Anwalts der Solidarkassen: 1. hätten die Arbeiter Anspruch auf die Leistungen, und 2. sei die Krankenscheinvergabe selbst schon Demütigung genug.



erfüllung oder Schadensersatz weitgehend immun. Nach dem neuen Vorschlag sind nur noch Streikende in dem direkt vom Arbeitskampf betroffenen Betrieb und einem unmittelbar als wichtiger Zulieferer oder Kunde zusammenhängenden Betrieb immun. Das macht praktisch alle Solidaritätsstreiks außerhalb des direkt betroffenen Betriebs oder Branche illegal. Das im Parlament gegenwärtig verhandelte Gesetz verbietet bereits Streikposten vor allen Betrieben außer dem der Streikenden.

Front der Zinnproduzenten gegen US-Preissenkungsdruck

z.coi. Auf einem vorbereitenden Treffen in Indonesien Mitte Februar haben sich Vertreter der zinnproduzierenden Entwicklungsländer, an ihrer Spitze Malaysia, Bolivien, Indonesien, Thailand, auf ein gemeinsames Vorgehen gegenüber den Imperialisten bei den im April in Genf beginnenden Verhandlungen zum 6. Internationalen Zinnabkommen geeinigt. Sie fordern die Erhöhung der Preisbandbreite für Markteingriffe des Zinnausgleichslagers von gegenwärtig 1650 – 1950 Malaysischen Ringgit (M$) per Picul (60,5 kg) auf 1850 – 2400 M$, und damit ihre Anpassung an den gegenwärtigen Weltmarktpreis von knapp 2200 M$, sowie ihre halbjährliche Überprüfung. Diese Erklärung ist als Antwort auf den Beschluß der US-Imperialisten gedacht, durch Verkauf von 35000 t aus ihren strategischen Zinnreserven den Zinnpreis in Richtung Produktionspreis zu drücken, der in Bolivien durch den Kampf der Arbeiter heute bei ca. 1915 M$ liegt. Sollten die USA bei ihrem Vorhaben bleiben, so sollten die Zinnproduzenten ihrerseits mit dem Aufkauf des – Zinns antworten, schlug Malaysias Vertreter vor. Die Konferenz sprach sich für die Bildung eines Reservelagers von 20 – 30000 t aus. Um den Internationalen Zinnrat mit der entsprechenden Finanzkraft auszustatten, forderte sie die obligatorische Beitragszahlung durch alle Ratsmitglieder, also auch die Imperialisten. Bisher ist deren Beitragsentrichtung freiwillig. Die zinnproduzierenden Entwicklungsländer wollen ebenso das Stimmenübergewicht der Imperialisten im Zinnrat brechen. Sie verlangen die Stimmenmehrheit für die dritte Welt.

Irland: „Steuerreformen" zur Isolierung der Arbeiterklasse

z.rül.London. „Haushalt entspricht den Erwartungen des Kapitalmarktes", meldete letzte Woche die „Irish Times" über den neuen Haushalt der irischen Regierung. Bis zu 700000 der etwa eine Million Lohnabhängigen der Republik Irland hatten noch im Januar gegen die Lohnsteuerausplünderung protestiert und höhere Steuern für die Reichen verlangt. Stattdessen will die Regierung die Steuern für die Bauern von 69 auf 86 Mio. Punt erhöhen (1 Punt = 3,80 DM). Für Lohnabhängige sieht der Haushalt die Erhöhung des Einkommenssteuerfreibetrags um umgerechnet 127 DM auf 480 DM im Monat für Ledige vor, für Verheiratete um 254 DM auf 960 DM. Zusammen mit weiteren Änderungen der Steuerformel wird damit die Steuer für untere Lohngruppen etwas gesenkt, während für Arbeiter mit durchschnittlichem Lohn (ca. 80 Punt die Woche) bereits bei einer Lohnerhöhung in Höhe der Inflationsrate der *Steuersatz* gleichbleibt, die Lohnsteuer also weiter steigt. 1104 Mio. Punt will die Regierung dadurch eintreiben, 33,5% mehr als 1979. Als „Ausgleich" für diesen „Lohnsteuernachlaß" werden die indirekten Steuern um 22% auf 1369 Mio. Punt erhöht. Allein auf Benzin sollen 113 Mio. Punt eingetrieben werden, der Benzinpreis steigt dadurch um 13 Pfennig je Liter. Die Imperialisten lassen sich das gefallen. Sie streichen 765 Mio. Punt als Zins und Rückzahlung auf die Staatsschuld ein, bei Staatsausgaben von 3,5 Mrd. Punt. Ihre Profite aus der Ausbeutung der Lohnabhängigen bleiben steuerfrei.

Imperialisten fürchten um ihr Patentrechtmonopol

z.gug. Seit dem 4. Februar tagt in Wien die „Konferenz zur Revision der Pariser Verbandsübereinkunft" mit 67 Teilnehmer- und 20 Beobachterstaaten. 1883 hatten Imperialisten aus 11 Ländern in Paris eine „Konvention zum Schutz des gewerblichen Eigentums" unterzeichnet, auf die die heutige Patentrechtskonferenz zurückgeht. Damals hieß es in der Konvention: „Unter den Bestimmungen des nationalen Handels und der Gepflogenheiten trifft die Konvention Vorkehrungen, daß, im Hinblick auf den Schutz des gewerblichen Eigentums, jeder unterzeichnete Staat dem nationalen Eigentum der anderen Staaten die gleichen Schutzrechte einräumt wie seinem eigenen. Die Konvention tritt ein für das Recht des Ersten im Fall von Patenten und Erfinderurkunden, Marken- und Musterrechte." Seit 1974 gehört das leitende Organ der Patentrechtskonferenz, die „Weltorganisation für geistiges Eigentum", den Vereinten Nationen an. Ein Jahr zuvor hatte die UNO bereits gegen die Stimmen der Imperialisten die „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten" beschlossen, worin u.a. steht: „Insbesondere sollen alle Staaten folgendes erleichtern: den Zugang der Entwicklungsländer zu den Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technologie." Seit 5 Jahren kämpfen die Länder der Dritten Welt für eine Änderung der reaktionären Bestimmungen der Imperialisten in der Patentrechtskonferenz. Die Imperialisten versuchen dies diesmal mit der Begründung zu verhindern, daß seit Bestehen alle Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden.

Indonesien muß die Annexion von Ost-Timor aufgeben

z.ges. 1975 hatte das Volk von Ost-Timor den Sturz der Faschistenherrschaft in Portugal genutzt und seine Unabhängigkeit und Freiheit gewonnen. Unter Führung der Fretilin gründete das Volk die Demokratische Republik von Ost-Timor. Die herrschende Militärclique in Indonesien, zu dem die westliche Hälfte der Insel Timor gehört, hielt die Gelegenheit für gekommen, Ost-Timor einzuverleiben. Die Kolonialherrschaft Portugals war gestürzt, so daß Indonesien von seiten der westlichen Imperialisten keinen Widerstand fürchten mußte, sondern Unterstützung erhoffen konnte. Die Demokratische Republik von Ost-Timor hatte aber noch keine Zeit gefunden, den Aufbau des Landes voranzutreiben und einen festen Platz in der Dritten Welt und der Blockfreienbewegung zu erringen. Die herrschende Militärclique handelte schnell und versuchte mit einer großangelegten Invasion vollendete Tatsachen zu schaffen. Über Ost-Timor verhängte sie eine Blockade und Nachrichtensperre. Die Presse der imperialistischen Länder machte natürlich mit. Die Sowjetunion, die in Indonesien Fuß fassen will und Indonesien für ihren Plan der ,,kollektiven Sicherheit'' in Asien braucht, hielt sich zurück, so wie sie zu gleicher Zeit auch die Annexion der Westsahara durch Marokko deckte.

In der UNO wurde die Invasion verurteilt und wird seither Jahr für Jahr verurteilt, aber die Mehrheit für diese Beschlüsse bröckelt Jahr für Jahr ein bißchen ab. Vietnam z.B. nimmt je nach augenblicklicher Lage seiner Beziehungen zu Indonesien an Stimmblocks wird das ausgeglichen, so daß die Stimmenanzahl für die Unabhängigkeit Ost-Timors und die Verurteilung Indonesiens innerhalb des Blockes gleich bleibt. Sowieso aber haben diese Stimmen längst kein moralisches Gewicht mehr. Im wesentlichen wird die Demokratische Republik Ost-Timor und die Fretilin von einem festen Kern der Länder der Dritten Welt unterstützt, darunter die Volksrepublik China und das Demokratische Kampuchea. Im großen und ganzen ist es Indonesien gelungen, in Ost-Timor zu schalten, ohne auf einen breiten Widerstand außerhalb Ost-Timors selbst zu stoßen. Nachdem die Invasionstruppen den Sender der Fretilin ausschalten konnten, gelangten nur noch ein paar Mal Berichte von katholischen Priestern an die Öffentlichkeit, die von der Hunger- und Vernichtungsstrategie der Invasoren Auskunft gaben. Viel Beachtung fanden diese Berichte aber nicht. Inzwischen hat sich das etwas geändert. Die indonesischen Invasoren haben große Teile des Landes unter ihre Kontrolle gebracht. Die Imperialisten haben die Invasion gedeckt, jetzt ist die Zeit der Hilfsorganisationen der Imperialisten gekommen. Die Nachrichtenblockade wird dabei etwas unterhöhlt. Die Kritik und Ablehnung der indonesischen Annexion Ost-Timors erhält neue Nahrung, denn die Zustände, die die Invasoren geschaffen haben, sind verheerend: indem sie einen großen Teil der Bauernmassen in ,,Wehrdörfern'' zusammengetrieben haben, um den bewaffneten Widerstand zu isolieren, haben sie den Bauern die Produktionsbedingungen geraubt. Um diese ,,Wehrdörfer'' unter Kontrolle zu halten, wurden sie in die Ebene verlegt, wo im Gegensatz zu den Bergen Malaria herrscht. Zur chronischen Unterernährung kommt so die Malaria hinzu, an der nach Berichten der Hilfsorganisationen inzwischen 70 bis 90% der Bevölkerung leiden. Sowieso haben die Invasionstruppen fast ein Fünftel der weniger als eine Million zählenden Bevölkerung Ost-Timors schon auf dem Gewissen.

Die Invasionstruppen handelten mit höherer Protektion, was heute auch ohne weiteres zugegeben wird. Sowohl Washington wie die damalige Labourregierung in Canberra hätten inoffiziell ihre Zustimmung zur Annexion gegeben, schreibt die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'': ,,Amerika und der Nachbar Australien waren nicht nur an der Stabilität des Suharto-Regimes in Indonesien interessiert, sie wollten auch die wichtige Verbindung zwischen dem Pazifik und dem Indischen Ozean offenhalten.''

Das Volk von Ost-Timor hat im bisherigen Widerstandskampf gegen die Invasoren bittere Erfahrungen machen müssen. Obwohl die Fretilin den Invasionstruppen in der Anfangsphase schwere Verluste zufügte und großes Gelände halten konnte, zwang die Überlegenheit der Aggressoren an Zahl, Logistik und Waffen die Fretilin dazu, zum Kleinkrieg überzugehen und zur Strategie des langandauernden Volkskrieges. Es müssen Formen gefunden werden, um den Guerillakrieg mit dem illegalen politischen Kampf in den besetzten Gebieten zu verbinden, während sich die Fretilin gegenwärtig nicht mehr auf größere zusammenhängende Gebiete stützen kann, die der Kontrolle des Feindes entzogen sind. Mit den Schwierigkeiten des Kampfes und der notwendigen Umstellung des Widerstandskrieges auf den langandauernden Volkskrieg tauchten auch Differenzen in der Führung der Fretilin auf, und ein Teil dieser Führung kapitulierte vor den Invasoren und beging Verrat. Durch den Verrat ist es der indonesischen Armee gelungen, den Vorsitzenden des ZK der Fretilin, den Genossen Lobato, in einem Hinterhalt niederzumachen. Trotz der Schwierigkeiten und Niederlagen ist der bewaffnete Widerstand gegen die Annexion nicht vernichtet. Es werden Bedingungen geschaffen, damit er sich erneut entwickeln kann, nachdem es nicht gelungen ist, die Invasion im ersten Zug zu zerschlagen. Mit Wehrdörfern konnte ein zu Unabhängigkeit und Freiheit entschlossenes Volk noch niemals niedergehalten werden. Für Indonesien aber wird die Annexion zu einer wachsenden Belastung. Die herrschenden Klassen und die Militärs mögen sich im Gegensatz zu den Volksmassen um die Verluste von Soldaten wenig kümmern; um den Verlust an Geld und Material schon mehr. Schon die ,,Zivilkosten'' der Besatzung drücken empfindlich auf den indonesischen Haushalt. Sie sind von 1977 bis heute von 4,5 Millionen US-Dollar auf 22 Millionen gestiegen. Allein bei der Weltbank stand Indonesien Ende 1978 mit 563,5 Millionen Dollar in der Kreide. Die Verschuldung öffnet das Land vollends den imperialistischen Direktinvestitionen. Die westdeutschen Direktinvestitionen in Indonesien betrugen Anfang 1975 67 Millionen DM, Mitte 1979 schon 111,5 Millionen DM.

Die ASEAN ist zu einem Instrument des Kampfes für Unabhängigkeit geworden

z.frb. Am 12. und 13. Januar 1979, nur wenige Tage, nachdem vietnamesische Panzerverbände die Hauptstadt des Demokratischen Kampuchea, Phnom Penh, besetzt hatten, trafen sich in Bangkok die Außenminister der Vereinigung südostasiatischer Nationen (ASEAN), um die sowjetisch-vietnamesische Aggression gegen das Demokratische Kampuchea zu verurteilen. In ihrer Erklärung heißt es:

,,Die ASEAN-Außenminister haben die gegen die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität von Kambodscha gerichtete bewaffnete Intervention lebhaft bedauert. Die ASEAN-Außenminister haben das Recht des kambodschanischen Volkes bekräftigt, selbst über seine Zukunft zu bestimmen, ohne daß es bei der Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts durch Einmischung oder Beeinflussung seitens fremder Mächte behindert wird. In diesem Sinne haben die ASEAN-Außenminister den unverzüglichen und vollständigen Abzug fremder Streitkräfte von kambodschanischem Gebiet gefordert.''

Dies war ein bedeutender Schritt, dem weitere folgten, die die regionale Hegemonialpolitik Vietnams und das globale Hegemoniestreben der UdSSR, die Vietnam zu dem Überfall auf Kampuchea getrieben hatte, international isolierten. Das Gewicht dieser Initiativen der ASEAN, auch bei der Verurteilung der UdSSR wegen ihrer Aggression gegen Afghanistan, besteht darin, daß sie die sozialimperialistische Supermacht schwächen, ohne diese Schwächung sogleich in Wasser auf die Mühlen der anderen Supermacht zu verwandeln. Damit leisteten die Regierungen jener fünf Staaten der ASEAN in den internationalen Beziehungen einen bedeutenden Beitrag zur selbständigen Position der Dritten Welt, die verhindert, daß der Widerspruch zwischen den beiden Supermächten zum dominierenden wird, wie dies mit jedem Fortschritt in der unmittelbaren Konfrontation der beiden imperialistischen Hauptrivalen droht. Eingesetzt mehr oder weniger von Gnaden des USA-Imperialismus, haben sie unter dem Druck der sich erhebenden Arbeiter, Bauern und nationalistischen Intellektuellen ihrer Länder und den Interessen der nationalen Bourgeois folgend eine Reihe von Schritten gegen den USA-Imperialismus unternommen, die dessen Einfluß einschränken, so wie sie andererseits das Vordringen des sowjetischen Sozialimperialismus bekämpfen.

Die Vereinigung südostasiatischer Nationen wurde 1967 gegründet. Sie umfaßt Länder mit einer Bevölkerung von heute 245 Mio. Größtes Land ist *Indonesien*, das mit 138 Mio. Einwohnern mehr als die Hälfte der ASEAN-Länder umfaßt. Seine Fläche mißt 1,9 Mio. qkm. *Malaysia* zählt 13 Mio. Einwohner, Fläche 0,3 Mio. qkm. Die *Philippinen* zählen 46 Mio. Einwohner, Fläche 0,3 Mio. qkm. *Singapur*, der Stadtstaat an der Südspitze Westmalaysias, zählt 2,2 Mio. Einwohner. *Thailand* hat 45 Mio. Einwohner und eine Fläche von 0,5 Mio. qkm.

Die Gründung des Staatenverbandes, von seiten der USA als Ausdehnung ihres Einflußgebietes über die SEATO hinaus begrüßt, war im Kern bereits gegen den SEATO-Militärpakt gerichtet. Denn eine Ausdehnung fand nur insoweit statt, als Indonesien, Malaysia und Singapur trotz aller Erpressungen zum Beitritt in die SEATO nie hatten gezwungen werden können. Die SEATO war von den USA 1954 gegründet worden zur Einkreisung der VR China und zur Sicherung ihrer Vorherrschaft über die Region.

Zweck der ASEAN war die ,,Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums, des sozialen Fortschritts und der kulturellen Entwicklung durch gemeinsame Unternehmungen sowie die Förderung von Frieden und Stabilität durch Achtung vor dem Gesetz und Befolgung der UN-Charta''. In der Präambel des Gründungsvertrages heißt es, ausländische Basen dürfen nur zeitweilig und mit Zustimmung des jeweiligen Landes bestehen und in keiner Weise direkt oder indirekt zur Untergrabung der nationalen Unabhängigkeit und Freiheit oder zur Belastung der Entwicklung des einzelnen Staates dienen. Die USA unterhielten Stützpunkte in Thailand und auf den Philippinen, Großbritannien in Malaysia und Singapur.

Nachdem die USA-Imperialisten in Kampuchea, Vietnam und Laos immer heftigere Schläge hatten einstecken müssen, verkündete Nixon Mitte 1969 seine Guam-Doktrin. Kern war neben einer Verstärkung der finanziellen Einflußnahme die Aufrüstung von Marionettenarmeen, die die Rolle der US-Truppen übernehmen sollten. Weiterhin erklärten die USA, sie wollten Indonesien nicht mehr als bisher eine bedeutende Rolle zukommen lassen, eine Politik, der mit dem blutigen Militärputsch vom Oktober 1965 die Tür geöffnet und die mit einem 1967 von der Regierung Suharto verabschiedeten vorteilhaften Gesetz für ausländische Investitionen bereits vorbereitet worden war.

Einer der US-Experten für diese Region schrieb hierzu etwas später: ,,Als die Vereinigten Staaten nach dem Debakel in Indochina ihre Südostasien-Politik überprüften, war es nur natürlich, daß Indonesien größere Bedeutung gewinnen würde. Indonesiens tra-



Der Kampf des Volkes von Osttimor und die Lage in Südostasien

Es spricht: **Abílio Araújo**, Mitglied des ZK der Fretilin

Ort	Datum
Hannover	1. März
Kiel	2. März
Hamburg	2. März
Bremen	3. März
Oldenburg	4. März
Münster	5. März
Bielefeld	6. März
Westberlin	7. März
Braunschweig	8. März
Kassel	9. März
Dortmund	10. März
Essen	11. März
Duisburg	12. März
Düsseldorf	13. März
Aachen	14. März
Köln	15. März
Koblenz	16. März
Mannheim	16. März
Saarbrücken	17. März
Heidelberg	18. März
Freiburg	19. März
Stuttgart	20. März
Nürnberg	21. März
München	22. März
Gießen	23. März
Frankfurt	23. März

,,Zusammenschluß und Kampf gegen das faschistische Militärregime''

Erklärung der Delegation des ZK der Kommunistischen Partei Indonesiens (KPI) anläßlich des 59. Jahrestages der Gründung der KPI

(...) Die verschiedenen breiten Schichten und Gruppen des Volkes verstehen immer besser das Wesen der faschistischen Macht Suhartos. Die Wirklichkeit beweist, daß unter diesem Regime Indonesien in eine Neokolonie vor allem der US-Imperialisten verwandelt wurde, ein Land, das von den Imperialisten beherrscht wird und politisch, ökonomisch und militärisch von ihnen abhängig ist. Das faschistische Militärregime, dessen Kern die rechten Generäle der Suharto-Clique bilden, ist eine Macht, die die Klassen der bürokratischen Kapitalisten, Kompradoren und der feudalen Grundherrn vertritt, es wurde ein Sklave, der treu den Interessen der Imperialisten dient.

Der zunehmende Widerstand der Arbeiter in vielen Städten und Betrieben, die Durchführung von Demonstrationen und Streiks trotz der Abschaffung des Streikrechts durch das faschistische Regime, zeigen, daß die Arbeiter äußerst schwer zu leiden haben und daß ihre Geduld zu Ende ist. Die Arbeiter führen Aktionen durch und kämpfen für Lohnerhöhungen, für bessere Arbeitsbedingungen, gegen Entlassungen und andere Willkürmaßnahmen der Unternehmer ... Die Transport- und Bechakfahrer führen in verschiedenen Städten auf Java und Sumatra Demonstrationen und Streiks gegen die ungerechten und schädlichen Maßnahmen der Verkehrspolizei durch. Die Zahl der Arbeitskämpfe ist in den vergangenen Jahren gestiegen, aber die Regionalkomitees für die Lösung von Arbeitskämpfen, die angeblich solche Auseinandersetzungen ,,lösen'' sollen, tun niemals etwas Nützliches für die Arbeiter, vor allem auf Grund des Eingreifens der Militärbehörden, die immer den Interessen der Unternehmer dienen.

Um ihre Interessen zu verteidigen, kämpfen die Arbeiter weiterhin für das Recht auf Organisationsfreiheit und für das Streikrecht, Rechte, die durch das faschistische Regime abgeschafft wurden. Die kämpferische Rolle der indonesischen Arbeiterklasse, die eine ruhmreiche, revolutionäre Tradition des Kampfes gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit hat, wird bestimmt weiterhin den Kampf des gesamten indonesischen Volkes entwickeln und vorantreiben ...

Grausame feudale Ausbeutung, Konzentration des Grundeigentums in den Händen einer kleinen Zahl neuer Grundherren (d.h. Feudalbürokraten aus den Städten, einschließlich der Suharto-Familie, die Tausende Hektar Land besitzen) und die Zunahme der Zahl der Bauern, die zu wenig Land oder gar kein Land haben, verschärfen den Klassenkampf auf dem Land. Deswegen sprechen immer mehr Menschen mit immer lauterer Stimme über die Notwendigkeit einer Reform der Besitzverhältnisse auf dem Land. Manche fordern erneut die Durchführung des allgemeinen Landgesetzes (das ist ein beschränktes Landreformgesetz, das unter der Sukarno-Regierung verkündet wurde). Sogar innerhalb der herrschenden Kreise gibt es einige, die gezwungen sind, sich für die Verwirklichung des allgemeinen Landwirtschaftsgesetzes auszusprechen. Seitdem Suharto die Macht übernommen hat, ist die Verwirklichung des allgemeinen Landwirtschaftsgesetzes und des Gesetzes über die Verteilung der Ernte (welches die Ausplünderung der Bauern durch die Grundherrn einschränkt) vollständig eingestellt worden, und sogar das Land, das an die Bauern verteilt worden war, ist beschlagnahmt worden und wurde an die früheren Eigentümer, die Großgrundherrn, zurückgegeben. Die sogenannte Bauernorganisation, die HKTI, verteidigt die Interessen der Bauern nicht im geringsten. Die Bauern können nur auf ihre eigene Stärke vertrauen, sich erheben und sich organisieren, um ihre Rechte zu verteidigen und den Kampf zu führen für Land, für eine vernünftige Reduzierung der Pacht und gegen alle Maßnahmen, die den Interessen der Bauern schaden. Die Bauern schickten ihre Vertreter ins ,,Parlament'', stellten Regierungsvertreter, forderten ihre Rechte und klagten die Ungerechtigkeit und Willkür der feudalen Grundherrn und der bürokratischen Kapitalisten an. Sie schreckten auch vor den Drohungen der faschistischen Militärmachthaber mit Gefängnis und Folter nicht zurück.

... Der Kampf der Jugend, der Studenten der Mittel- und Hochschulen und der Universitäten wurde grausam und blutig unterdrückt. Das faschistische Suharto-Regime verhaftete ihre Führer, brachte sie vor Gericht und warf sie ins Gefängnis ... Aber diese Unterdrückung konnte den wachsenden Widerstand unserer Jugend und unserer Studenten nicht brechen, sie kämpfen gegen Willkür, Ungerechtigkeit und den nationalen Verrat des Faschistenregimes. Unter den Studenten der Universitäten und Hochschulen nehmen die Bemühungen zu, ihren Kampf an dem der Arbeiter und Bauern auszurichten ...

Rivalität und Kampf der zwei Supermächte, der US-Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten um die Weltherrschaft beeinflussen ebenfalls die Situation in Indonesien. Die sowjetischen Sozialimperialisten versuchen mit allen Mitteln, sich in Indonesien festzusetzen und ihren Einfluß zu verstärken. Sie versuchen, aus der Tatsache Nutzen zu ziehen, daß große Massen des indonesischen Volkes unzufrieden sind mit den Privilegien, die sich die verschiedenen imperialistischen Länder und vor allem die US-Imperialisten in Indonesien verschafft haben. Sie lassen auch keine Gelegenheit aus, die Tatsache zu nutzen, daß

ditionelle Blockfreiheit schließt jeden Gedanken an die Nutzung seines Staatsgebietes für amerikanische Militäreinrichtungen, die sich früher auf dem südostasiatischen Festland befanden, von vornherein aus. Doch läßt Indonesiens strategische Lage an den See- und Luftverbindungen zwischen dem Pazifik und dem Indischen Ozean es den Vereinigten Staaten wünschenswerter denn je erscheinen, die natürliche Neigung der Regierung in Djakarta zu einer unabhängigen Außenpolitik zu stärken. Dadurch tragen die Vereinigten Staaten dazu bei, den Luft- und Seeverkehr durch das indonesische Archipel für alle Nationen offen zu halten." (in: Europa-Archiv 1976, S. 195) Die „Stärkung der unabhängigen Außenpolitik" bestand in massiver Militärhilfe, womit die USA das indonesische Regime auch zur Annexion Osttimors anstachelten. Mit Indonesien als größtem Klotz dachten die USA, sich die ganzen ASEAN-Staaten am Bändel zu halten. Doch auch diesem Teil der Guam-Doktrin war der Erfolg, wenigstens zum größten Teil, versagt. Die Schwierigkeiten nahmen sogleich zu.

Um die Jahreswende 1969/70 reiste der US-Vizepräsident Agnew in den Spuren Nixons, um dessen Doktrin zu erläutern. Dabei wird er mit dem Verlangen der Philippinen konfrontiert, die zweiseitigen militärischen und wirtschaftlichen Verträge zu revidieren. 1971 konnten die USA die Aufnahme der VR China in die UNO nicht mehr verhindern, und dies leitete auf der diplomatischen Ebene eine Wende in der Politik der ASEAN ein. Auf Initiative Malaysias wurde für November 1971 eine außerordentliche Ministertagung der ASEAN vereinbart, auf der die Neutralität Südostasiens zum wünschenswerten Ziel erklärt wurde. Die Minister erklärten, daß Indonesien
schenswerten Ziel erklärt wurde. Die
Minister erklärten, „daß Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand entschlossen sind, die anfänglich notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um die Anerkennung und Respektierung Südostasiens als Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität zu erreichen, die frei ist von Einmischungen jeglicher Art und Form durch auswärtige Mächte". Dieses Ziel ist seither Grundlage der Politik der Staatenvereinigung gegen die Hegemonialpolitik der beiden Supermächte und ihrer regionalen Söldner. Es richtet sich gegen den USA-Imperialismus, wie es sich auch direkt gegen den von Breschnew 1969 in die Welt gesetzten Vorschlag zur Errichtung eines „kollektiven Sicherheitssystems für Asien" richtet, den die Sozialimperialisten seither in verschiedenen Verhüllungen immer wieder unterzubringen versuchen und den die ASEAN-Staaten seither stets abgelehnt haben.

Die Erklärung brachte die USA-Imperialisten in Rage, und Außenminister Rogers tobte auf der 17. Tagung der SEATO im Juni 1972, die USA würden aus der SEATO austreten, wenn nicht Schluß sei mit der Kritik. Eine Drohung, die sich auf ganz andere Weise erledigte, als die USA es sich vorgestellt hatten.

Der Sieg des Befreiungskampfes in Kampuchea, ein paar Wochen später in Vietnam und Laos, bewirkte auch in den ASEAN-Ländern einen Aufschwung der Kämpfe gegen den USA-Imperialismus. In Thailand, das von den USA-Imperialisten am tiefsten in ihren Aggressionskrieg verstrickt worden war, war 1973 die Militärregierung Kittikachorn zum Abtreten gezwungen worden. Der General mußte das Land verlassen, und die Volksmassen ließen nicht eher locker, bis im Mai 1974 eine Regierung gebildet war, die die Abhängigkeit des Landes von den USA lösen wollte. Bereits am 19.3.1975, kurz vor der Befreiung Phnom Penhs, verlangt die thailändische Regierung den Abzug der US-Truppen aus Thailand innerhalb eines Jahres. Nach Ablauf dieses Jahres werden die von den USA erbetenen Verhandlungen über den Verbleib eines Techniker-Kontingents im Land von der thailändischen Regierung für gescheitert erklärt und die USA zur Räumung ihrer Stützpunkte innerhalb von vier Monaten aufgefordert. Tagelange Demonstrationen vor der US-Botschaft zwingen die USA zum Einlenken. Damit haben sie mit dem Luftwaffenstützpunkt Utapao ihre größte Basis auf dem asiatischen Festland verloren.

Am 15.4.1975 fordert der philippinische Präsident Marcos eine Neuverhandlung über die US-Stützpunkte, die dem Land seit Ende der Kolonialherrschaft aufgezwungen sind, sowie eine Gipfelkonferenz der ASEAN, auf der die geänderte Lage beraten werden soll. Bei den Stützpunkten handelt es sich um Subic Bay, den größten Marinestützpunkt im Pazifik, sowie Clark Air Base, den größten Luftstützpunkt außerhalb der USA. In dreijährigen Verhandlungen müssen die USA zwar die Souveränität der Philippinen über die Stützpunkte und eine nur fünfjährige Laufzeit der Verträge zugestehen, können aber die Stützpunkte retten.

Noch 1975 schließlich wird die Auflösung der SEATO formell besiegelt.

Die erste Gipfelkonferenz der

Die erste Gipfelkonferenz der Staatsoberhäupter und Regierungschefs der ASEAN-Staaten findet am 23. und 24.2.1976 statt. Sie markiert die entscheidende Wende in der Politik der ASEAN und besiegelt die 1971 eingeschlagene Richtung. Eine „Erklärung der Eintracht" sowie der „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien" werden verabschiedet. Darin wird das Ziel bestätigt, eine Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität zu schaffen. Die Staatenvereinigung richtet ständige Einrichtungen ein.

Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wird eine gemeinsame Rohstoffpolitik vereinbart (ASEAN produziert 85% des Kautschuks, 62% des Zinns, 90% der tropischen Edelhölzer, 85% des Palmöls, 80% der Kokosnußprodukte, 50% des Pfeffers). Um den gegenseitigen Handel zu stärken, wird eine Präferenzliste für Zollsenkungen vereinbart, die mittlerweile 2300 Waren umfaßt. Zwei der fünf 1976 beschlossenen ASEAN-Industrieprojekte haben jetzt entgegen allen imperialistischen Unkenrufen das Stadium der Realisierung erreicht. 1982 wird eine gemeinsam betriebene Urea-Düngemittelfabrik in Indonesien mit 500000 Jahrestonnen die Produktion aufnehmen, eine Urea-Ammoniak-Fabrik für 530000 bzw. 360000 t in Malaysia wird 1984 die Produktion aufnehmen. Diese Maßnahmen sind erst ein Anfang, aber sie stärken die Stellung des Staatenverbandes gegenüber den imperialistischen Mächten bedeutend.

das Suharto-Regime bei der Verfolgung seiner verlogenen „unabhängigen und aktiven" Außenpolitik auch gewisse Hilfe und Unterstützung bei den sowjetischen Revisionisten sucht, um seine Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet zu überwinden. Die sowjetischen Revisionisten benutzen offizielle und inoffizielle, politische, ökonomische und kulturelle Kanäle ebenso wie Pressekreise, um ihre Ziele zu erreichen. Die sowjetischen Revisionisten versuchen mit aller Gewalt, unter Einsatz aller Mittel, die patriotischen und nationalen, demokratischen Kräfte zu spalten, wozu sie ihre Agenten, die indonesischen revisionistischen Renegaten einsetzen. Das indonesische Volk muß gegenüber dieser Entwicklung wachsam sein und den Kampf dagegen führen.

Die indonesischen Kommunisten und die revolutionären Massen bekämpfen entschlossen die von der Sowjetunion unterstützte Aggression und Annexion des Demokratischen Kampuchea durch die Sowjetunion, sie unterstützen den Kampf, den das Volk von Kampuchea unter Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas führt, um den vietnamesischen Aggressionstruppen Widerstand zu leisten und sie zu vernichten. Die barbarische Aggression der vietnamesischen Behörden, die auch der hegemonialen Politik der Sowjetunion dient, stellt auch eine Bedrohung für das indonesische Volk und aller Völker Südostasiens dar ...

Die indonesischen Kommunisten und die revolutionären Massen unterstützen den Kampf der Bruderparteien und der Völker Südostasiens gegen die herrschenden reaktionären Regime. Der revolutionäre, bewaffnete Kampf der Brudervölker Südostasiens, der sich weiterhin entwickelt und voranschreitet, stellt eine Ermutigung für den Kampf des indonesischen Volkes dar. Die indonesischen Kommunisten und das Volk unterstützen weiterhin mit ganzem Herzen das Volk von Ost-Timor unter Führung der FRETILIN, das unter schwierigen Bedingungen weiterhin gegen die Expansion und Aggression der faschistischen Suharto-Armee kämpft, für nationale Unabhängigkeit und Souveränität der Demokratischen Republik Ost-Timor. Wir müssen auch die expansionistischen Ambitionen des faschistischen Suharto-Regimes, das Nachbarvolk und das Nachbarland Papua-Neuguinea bedrohen, enthüllen und bekämpfen.

Die Arbeiterbewegung Thailands kämpft um Lohn und gewerkschaftliche Rechte

z.ror. Zu Beginn des vergangenen Jahres gelang es der Arbeiterbewegung Thailands, Lohnerhöhungen um 25% durchzusetzen. Seit Mitte des Jahres hat sich der Preisanstieg jedoch erneut verstärkt. Offiziell beträgt er inzwischen 20%, was noch nicht die überhöhten Preise für viele Waren, die man nur auf dem schwarzen Markt erstehen kann, berücksichtigt. Durch die Aufhebung der Preisbeschränkungen für Erdölprodukte im August 79 verteuerten diese sich um 40 bis 60%. Zwar ist die thailändische Landwirtschaft nur gering mechanisiert, aber der verteuerte Kraftstoff ließ die Kosten für die Mühlen und den Transport in die Höhe schnellen. Auch die Fischer sind stark betroffen. Im November folgte eine weitere Verteuerung der Elektrizität um 55%.

Die Gewerkschaften forderten die Rücknahme der Maßnahmen und verlangten eine Erhöhung der Löhne um 750 Bath (ca. 37 $) monatlich, das Streikrecht und eine bessere Vertretung in den Aufsichtsgremien der staatlichen Betriebe. Am 22.1.80 begann der Streik der Arbeiter der staatlichen „Thai Tabacco" Monopolgesellschaft, er dauerte 10 Tage. Ministerpräsident Kriangsak verlangte ein unnachgiebiges Vorgehen gegen die Streikenden, was ihm auch Widerstand in der Regierung und im Parlament einbrachte. In einer 50minütigen Fernsehansprache appellierte er an die Volksmassen, wegen der Bedrohung Thailands durch den Sozialimperialismus den Gürtel enger zu schnallen und die Politik der Regierung widerspruchslos zu unterstützen. Mit dieser Politik der Unterdrückung der Arbeiterbewegung verletzte er jedoch gerade das Aktionseinheitsangebot der revolutionären Kräfte gegen den sowjetisch-vietnamesischen Expansionismus. Diese verlangen ein Ende der Unterdrückung der demokratischen Rechte des Volkes als Voraussetzung für ein gemeinsames Vorgehen zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit. Ein Gewerkschaftsvertreter charakterisierte die Regierung folgendermaßen: „Während seiner ersten Regierungsperiode schien es, daß Kriangsak die Lage der Arbeiter richtig beurteilen würde, aber seit er seine zweite Regierung gebildet hat, hat er keine neuen Vorschläge gemacht, er stand auf der Seite der Kapitalisten und Fabrikbesitzer." Am Freitag, den 29.3.80, erklärte Kriangsak seinen Rücktritt.

Die von der KP Thailands geführten revolutionären Kräfte sind selbst Opfer wütendster Angriffe der sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren, die die Stützpunkte der Volksbefreiungskräfte Thailands in Laos und Kampuchea auflösten, weil die KP Thailands auf der Unterstützung des Demokratischen Kampuchea beharrte. Die thailändische Regierung versuchte die Gelegenheit für sich zu nutzen und den Bau einer strategischen Straße in den Norden des Landes wieder aufzunehmen, um die dort gelegenen Dörfer unter Kontrolle zu bekommen. Die Volksbefreiungsstreitkräfte setzten sich zur Wehr. Bis zum September 79 führten sie 169 Angriffe allein auf die Bauarbeiter bewachenden Streitkräfte durch und töteten 200 Soldaten, zur Zeit steht der Bau still.

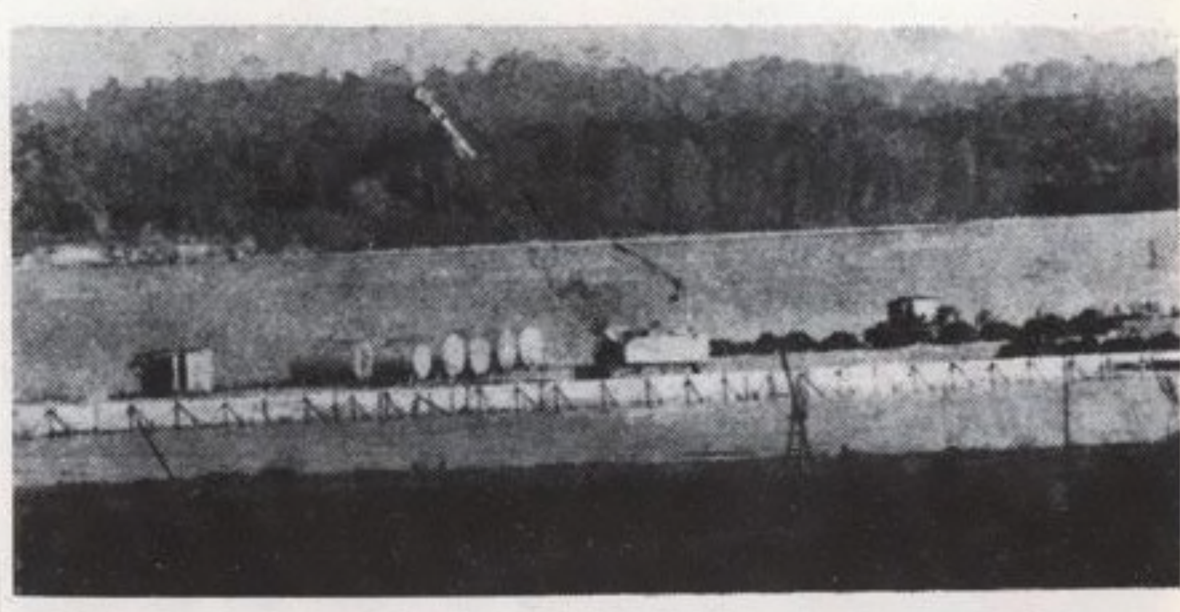


Thailändische Polizisten im Einsatz gegen die Besetzung eines Textilbetriebes durch die Arbeiterinnen.

Malaysia: Entwicklung der Wirtschaft durch Einschränkung des Streikrechts?

z.cht.Sydney. Die malaysische Regierung plant neue Gewerkschaftsgesetze, die das Streik- und Organisationsrecht einschränken. Der Arbeitsminister soll in Arbeitskämpfe eingreifen und Entscheidungen fällen dürfen, die nicht angefochten werden dürfen. Der Zusammenschluß einer Gewerkschaft mit anderen Organisationen im In- und Ausland bedarf der Genehmigung der Regierung, und sie kann Gewerkschafter verhaften, die sie verdächtigt, gegen das Gesetz verstoßen zu haben. Damit reagiert die Regierung auf die Kämpfe des letzten Jahres vor allem in den Banken, in der Textilindustrie und bei der Luftfahrtgesellschaft MAS. Gegen einen Bummelstreik bei der MAS vor einem Jahr war die Regierung mit Aussperrung, Auflösung der Gewerkschaft und Verhaftungen vorgegangen und war schließlich durch Aktionen des internationalen Transportarbeiterverbandes in die Knie gezwungen worden. Die erste Reaktion auf den Gesetzentwurf war, daß die Metallarbeitergewerkschaft wieder dem malaysischen Gewerkschaftsbund beigetreten ist, um die Front gegen das Gesetz zu stärken.

Die Regierung ist offensichtlich entschlossen, den Aufbau einer nationalen Industrie weiter auf der Grundlage von Niedrigstlöhnen durchzusetzen. Der Lohn für ungelernte Arbeiter liegt bei 5 Malay-Dollar (ca. 5 DM) pro Tag. Um die von britischen Imperialisten ererbte Wirtschaftsstruktur zu verändern, versucht die Regierung, den Export zu diversifizieren. Der Anteil von Zinn und Gummi am Export konnte von ⅔ im Jahre 1957 auf weniger als ⅓ gesenkt werden, während andere Exportgüter hinzukamen. Ein zweites Ziel ist die Umverteilung von Kapitalbesitz. Die britischen Kolonialisten hatten eine starke chinesische Bevölkerungsgruppe wirtschaftlich privilegiert, um sich auf sie zu stützen. Der 20-Jahresplan der Regierung strebt die Veränderung des Kapitalverhältnisses von 2,4:35,3:63,3 zwischen Malayen, Chinesen und Imperialisten 1970 auf 30:40:30 für 1990 an. 1975 lag der Anteil der Imperialisten bereits bei 54,9%, Ziel für 1980 ist 43,6%. Der Dreh- und Angelpunkt für die Unabhängigkeit ist jedoch nicht gelöst: die Entwicklung der Landwirtschaft und die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln. Die Landwirtschaft dient hauptsächlich der Produktion der Exportgüter Gummi, Palmöl und Pfeffer, wobei besitzlose Pächter die Hauptlast tragen. Die malaysische Bourgeoisie führt ihre Politik, auch wenn sie gegen die imperialistische Plünderung gerichtet ist, gegen die Bauern und gegen die Arbeiter und sieht sich dabei einem wachsenden Widerstandskampf gegenüber. Besonders heftig ist der Widerstand in Nordkalimantan, wo die Briten 1963 mit malayischer Hilfe vertrieben wurden. Hier soll das Land durch besondere Steuerbegünstigungen und Verzicht auf nationalen Anteil am Kapital der imperialistischen Ausplünderung freigegeben werden.

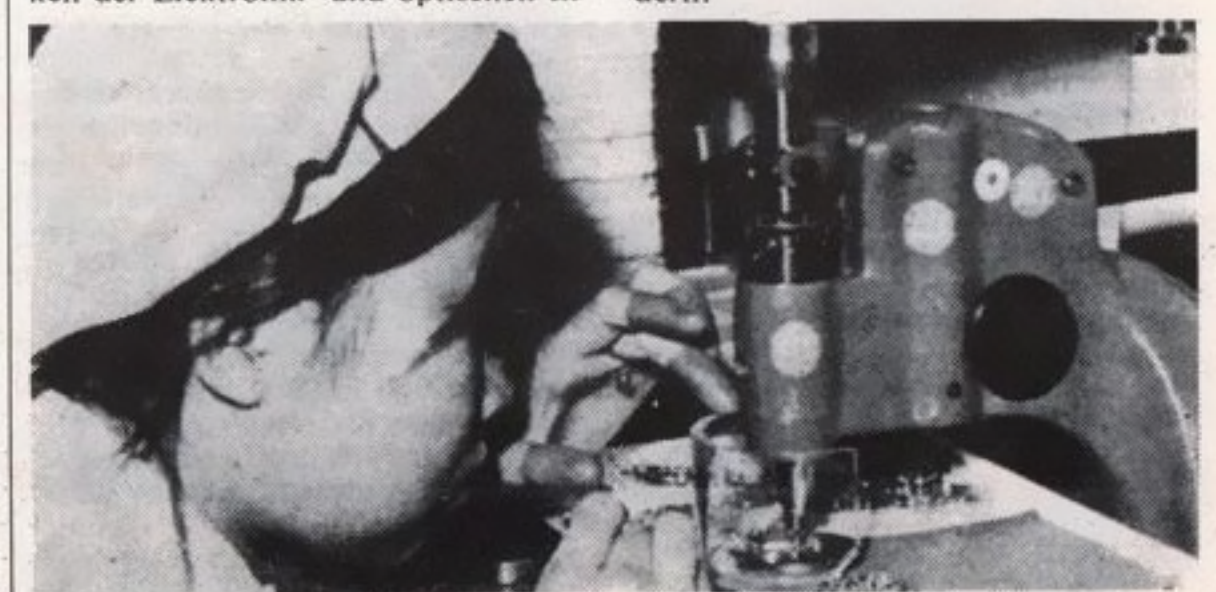


Die Imperialisten erschließen sich Nordkalimantan, Hafenbau in Bintulu

Singapur: Quell billiger Arbeitskraft und Drehscheibe für die Plünderung der Region

z.mat. Die größte Konzentration der Arbeiterklasse in den ASEAN-Ländern und die größte Konzentration imperialistischen Kapitals befinden sich in Singapur. Seinen Ursprung hat die Stadt als Drehscheibe für die Plünderung Südostasiens in der Errichtung einer britischen Handelsstation 1819. 64,4% der Lohnabhängigen sind in Handel und Dienstleistungen beschäftigt, 28,6% in verarbeitender Industrie und Bergbau, 20% im öffentlichen Dienst. Der Betrieb einer Reparaturwerft führte früh zur Entstehung eines kleinen, aber qualifizierten Proletariats. Seiner Kampferfahrung ist es zu verdanken, daß in Singapur die 44-Stundenwoche an sechs Arbeitstagen, die Beschränkung von Überstunden auf 72 im Monat bei 50% Zulage – an Feiertagen 100% – und 60 Tage bezahlter Krankenhausaufenthalt dem Buchstaben nach Gesetz sind. Doch verfolgt die Bourgeoisie wie in den Nachbarländern ihr Programm der Entwicklung einer nationalen Industrie nicht in Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse, sondern mit brutaler Unterdrückung aller demokratischen und Arbeiterrechte. Selbständige Gewerkschaften wurden 1961 – 1963 weitgehend zerschlagen und durch staatlich kontrollierte Gewerkschaften ersetzt, so daß heute Streiks verboten sind und die gesetzliche Arbeitszeit weit überschritten wird.

Heute ist Singapur nach Houston und Rotterdam das drittgrößte Raffineriezentrum der Welt. Es ist vollständig in ausländischem Besitz. Dazu kommen Hunderte von Montagewerken der Elektronik- und optischen Industrie. In dem Bestreben, durch Abbau des Industrieanteils mit unqualifizierter Arbeit die Struktur der vorhandenen Industrie zu verbessern, hat die Regierung 1979 Erhöhungen des Mindestlohns und der Sozialabgaben der Kapitalisten verfügt, die den Preis der Arbeitskraft um 20% erhöhen. Solange die Arbeiterklasse ihrer Rechte beraubt bleibt, werden solche Maßnahmen nicht verhindern können, daß die Imperialisten Riesenprofite aus dem Land bringen und den Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft verhindern.



Qualifizierte Arbeit zu Niedrigstlöhnen. In einer Uhrenfabrik in Singapur







Im Südwesten Frankreichs, den Regionen Aquitaine und Midi-Pyrénées, gibt es zahlreiche dieser völlig verlassenen Dörfer, Denkmäler der erfolgreichen Vernichtung der Bauernmassen durch die Bourgeoisie. Die letzte Zählung der „Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft" 1975 vermeldete 1844415 Vertreibungen vom Land in 14 Jahren, die Zahl der Werktätigen in der Landwirtschaft war fast halbiert worden. 600000 kleinbäuerliche Betriebe unter 20 ha wurden vernichtet, die Anzahl der Großbauern über 50 ha stieg von 5,7 auf 10,7% aller Betriebe. Mit maßloser Überarbeit, als Arbeiterbauern mit doppeltem Arbeitstag, durch Lohnarbeit der Bäuerinnen beim Großbauern oder in der Nahrungsmittelindustrie versuchen die kleinen Bauern, den Ruin hinauszuzögern. – „Das Land den Bauern, die es brauchen" und höhere Erzeugerpreise: Das sind die Hauptforderungen der Bauernkämpfe, wie hier bei einer Blockade der Nationalstraße 20 durch die Schafzüchter.

Durch Kürzung der Agrarausgaben zur Senkung der Erzeugerpreise

Das gerad ein halbes Jahr zuvor gewählte Europäische Parlament lehnte im letzten Dezember mit großer Mehrheit den Haushaltsentwurf des Rates 1981 ab. Im Zentrum des Angriffs standen die hohen Agrarausgaben und damit die „Gemeinsame Agrarpolitik" selbst.

Seal (GB, Labour): Die wirkliche Frage besteht für uns darin, wie dieser Haushalt verwendet werden wird, weil wir nicht wünschen, daß die Gemeinschaft weiterhin bloß ein Verein für nicht leistungsfähige Bauern bleibt.

Dankert (NL, Sozialdemokrat): Einzig und allein durch die Bekämpfung der Auswüchse der Landwirtschaftspolitik können wir auf verantwortungsbewußte Art und Weise die bis zur Schaffung neuer Eigenmittel erforderliche Zeit überbrücken ... Noch vor 1981 müssen etwa 1 Mrd. RE in der Landwirtschaftspolitik eingespart werden ... Werden Änderungen in der Landwirtschaftspolitik geplant, so liegt es nahe, zunächst an den Molkereisektor zu denken, der jedes Jahr unabhängig von der klimatischen Begründung eine Produktionssteigerung von gut 2% erzielt, eine Produktionssteigerung, die durch die Sättigung des Molkereimarkts zu einer durchschnittlichen Kostensteigerung von mehr als 5% führt ... Schlußendlich habe ich dem Haushaltsausschuß aufgrund meiner indivi-
... Schlußendlich habe ich dem Haushaltsausschuß aufgrund meiner indivi-
duellen Verantwortung als Berichterstatter in bezug auf dieses Problem zwei grundsätzliche Änderungsanträge vorgelegt. Der erste zielt darauf ab, durch eine Erhöhung der Mitverantwortungsabgabe um 280 Mio. ERE für den Zeitraum April/Dezember 1980 zu einer strukturellen Eindämmung des Wachstums der Milchproduktion beizutragen ... Sollte es dem Parlament dieses Jahr nicht gelingen, eine erste Neuorientierung der Landwirtschaftspolitik zu verwirklichen, so geht es meiner Meinung nach der einmaligen Gelegenheit verlustig, sich sowohl gegenüber den anderen Institutionen als auch gegenüber den Wählern als Parlament zu manifestieren.

Gredal (DK, Sozialdemokrat): Wir möchten über den Haushalt die Solidarität der Gemeinschaft vor allem im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und regionale Ungleichheiten ... demonstrieren. Wir wissen zwar sehr gut, daß das Geld kostet, aber wir streben nicht ohne weiteres eine Erhöhung des Haushaltes an. Die Mehrheit der Sozialistischen Fraktion ist gegen Erörterung über eine Erhöhung der eigenen Einnahmen der Gemeinschaft, solange man keine ernsthaften Beschlüsse im landwirtschaftlichen Bereich trifft und nicht Möglichkeiten zur Kürzung der Landwirtschaftsausgaben untersucht.

Castle (GB, Labour): Ich sehe, daß die britischen Konservativen eine Reihe von Abänderungsentwürfen für den Milchsektor vorsehen. Wie Sie jedoch wissen, sind wir nun direkt gewählt. Symbolische Kürzungen waren ein gutes Mittel für das letzte Parlament, aber wir sind nun direkt gewählt und müssen die Erwartungen im Zusammenhang mit den Agrarausgaben erfüllen, und die einzige Möglichkeit, dies zu tun, besteht darin, das Problem der Milchüberschüsse an der Wurzel anzupacken, d.h. die Überproduktion zu besteuern, die zu diesen Überschüssen führt.

Ligios (I): Diese Überschüsse jedoch, verehrte Kollegen, entstanden nicht über Nacht, sie wurden nicht plötzlich hergezaubert; sie sind das Ergebnis einer falsch angelegten Politik, die darin besteht, daß man versucht hat, das Problem der Stützung der landwirtschaftlichen Einkommen mit Hilfe des Preismechanismus und einer quantitativ unbegrenzten Milchgarantie zu lösen.

Diana (I): Nun kann nicht geleugnet werden, daß die Preispolitik, nicht die gemeinsame Agrarpolitik, sondern die vom Rat festgelegte Preispolitik, der eindeutig politische und nicht wirtschaftliche Überlegungen zugrundeliegen, einige Sektoren dazu veranlaßt hat, mehr zu produzieren, als vom Markt aufgenommen werden kann.

Wettig: Wenn der Agrarministerrat sich der Schwierigkeiten bewußt gewesen wäre, die dadurch entstehen, daß er jährlich dem süßen Gift der Preiserhöhungen gefolgt ist, ohne sich Gedanken darüber zu machen, wohin das eigentlich in den achtziger Jahren führen würde, dann wären wir nicht in der mißlichen Situation, innerhalb einer Haushaltsdebatte eine Generaldebatte über die gemeinsame Agrarpolitik führen zu müssen.

Bangemann (BRD, FDP): Wenn man nämlich wirklich die Agrarpolitik so ändern will, daß die Überschüsse vermieden werden, dann muß man die beiden Funktionen auseinanderneh-
vermieden werden, dann muß man die beiden Funktionen auseinanderneh-
men, die heute die Agrarpreise zusammen decken müssen. Im Agrarpreis steckt nämlich heute auf der einen Seite die soziale Sicherung der kleinen und mittleren Betriebe, der Familienbetriebe, und auf der anderen Seite der Versuch, der gesamten Landwirtschaft ein angemessenes Einkommen zu verschaffen und die Ernährungslage sicherzustellen. Und das geht eben nicht! Deswegen ist der Rat immer wieder gehindert, eine vernünftige Preisfestsetzung vorzunehmen.

Spinelli (I, Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden): Wir wollen nur eine Umverteilung innerhalb der Agrarpolitik, kein künstliches Hochhalten des Preises ...

Tuckmann (GB): Wie ich höre – und ich ließe mir dies gern als Irrtum nachweisen –, legen die Landwirtschaftsminister auf eigene Verantwortung und ohne jede finanzielle Vertretung irgend eines Landes fest, wie hoch der Preis für Milch, Käse und Butter sein wird; und der wird uns dann aufgezwungen und muß von uns gezahlt werden, ohne Rücksicht auf die finanziellen oder politischen Konsequenzen dieser Entscheidung.

Arndt (BRD, Sozialdemokrat), die gegensätzliche Auffassung und Aufgabe des Europäischen Parlaments gegenüber dem Rat zusammenfassend: Vor etwa einem halben Jahr zogen wir durch Europa und sagten unseren Wählern, daß durch die Direktwahl ein neues Kapitel in der europäischen Geschichte aufgeschlagen wird ... Jetzt können wir zeigen, ob das Parlament nur der verlängerte Arm der jeweiligen nationalen Regierung ist, oder ob das Parlament eigenständig in eigener Verantwortung entscheidet ... Ich selbst stehe in dieser Frage (des Haushalts) im Gegensatz zu meiner Regierung ... (Aber) wir sollen den Auftrag des Wählers, so wie er ihn uns gegeben hat, durchsetzen.

(Aus: Sitzungsprotokolle des Europäischen Parlaments)

Europäisches Parlament sucht die Kraftprobe

Angriff auf die Erzeugerpreise eingeleitet, Angriff auf den Lohn wird vorbereitet

z.scc.Brüssel. Spätestens seit dem letzten Dezember sind die Rollen auf der politischen Bühne der Europäischen Gemeinschaft verteilt. Im letzten Dezember nämlich lehnte das Europäische Parlament den Haushaltsplan des Rates ab. Erst hatte es, noch ziemlich freundschaftlich, dieses und jenes beanstandet; der Rat aber stellte sich stur – und forderte die Ablehnung heraus.

Man muß das richtig verstehen. Kern des Streits ist nicht etwa die zunehmende Finanzierung des EG-Haushaltes aus der Mehrwertsteuer, also seine steuertreibende Wirkung. Kern des Streits sind die „Gemeinsame Agrarpolitik" und ihre Kosten in Höhe von rund 80% des Haushaltes. Die gewählten europäischen Volksvertreter, und in vorderster Front die rot eingefärbten, werfen das ganze Gewicht des „Wählerauftrags" nach vorn und sind dagegen. Der Landwirtschaftsrat, die Ertls, verteidigen Agrarpolitik und -ausgaben und bekommen die Gelegenheit, sich zum glühendsten Vertreter der Bauern aufzuspielen. Derweil geht die EG-Kommission bereits daran, mit ihren Preisvorschlägen – „Erhöhung" um nominal durchschnittlich 2,4% – die jahrelangen Erzeugerpreissenkungen noch zu forcieren. Das Spiel ist durchaus gefährlich, und nicht nur für die Bauernmassen.
Spiel ist durchaus gefährlich, und nicht nur für die Bauernmassen.

Wer käme schon beim Studium der Parlamentsprotokolle, die wir in kurzen Auszügen wiedergeben, darauf, daß die EG nichts weniger als ein „Verein für nicht leistungsfähige Bauern", vielmehr ein Treibhaus des Bauernlegens ist? Daß die „Gemeinsame Agrarpolitik" als Instrument des Bauernlegens lang erprobt und gut bewährt ist? Wie aber können sich die Damen und Herren Volksvertreter in ihren forschen Angriffen auf dieses Instrument so weit vom Boden der Tatsachen entfernen, ohne sich gleich der Lächerlichkeit preiszugeben?

Die Erzeugerpreise, sagen sie im Kern, werden mit Hilfe der „Gemeinsamen Agrarpolitik" künstlich hochgehalten, und diese künstlich hohen Preise sind die Wurzel allen Übels. Insofern scheinen sie Recht zu haben: Verglichen mit den Weltmarktpreisen sind die westeuropäischen Erzeugerpreise hoch. So lagen 1978/79 die am Richtpreis orientierten EG-Einfuhrpreise über den niedrigsten Angebotspreisen: bei Weichweizen um 93%, Gerste um 125%, Weißzucker um 176%, Rindfleisch um 99% und Schweinefleisch um 55%.

Die Weltagrarmärkte werden im wesentlichen durch die US-Supermacht beherrscht. Aufgrund der verhältnismäßig höchsten Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft, demzufolge niedrigen Preisen und großem Überprodukt, wäre sie in der Lage, die westeuropäische Landwirtschaft binnen kurzem in Grund und Boden zu konkurrieren. Die westeuropäischen Imperialisten haben dagegen mit dem System der „Abschöpfungen" (s. Kommunismus und Klassenkampf 7/79, S.
stem der „Abschöpfungen" (s. Kommunismus und Klassenkampf 7/79, S.
19) eine Art Schutzzoll errichtet, der zentrale Bereiche der landwirtschaftlichen Produktion bis zu gewissem Grad vor der Weltmarktkonkurrenz schützt. Es blieb ihnen auch gar nichts anderes übrig, wollten sie der US-„Weizenwaffe" nicht auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sein und sich nicht von vorneherein der Möglichkeit begeben, selbst die entsprechenden „Waffen" zu entwickeln. Dabei sind sie, gerade auf dem Milchsektor, wo sie den Weltmarkt inzwischen beherrschen, auch kräftig vorwärtsgekommen, und zwar gerade durch die Ausbeutung des Fußvolks der Klein- und Mittelbauern.

Unter dem Außenschutz jedenfalls haben sie mit den „Gemeinsamen Marktordnungen" für über 90% der landwirtschaftlichen Produkte innerhalb der EG alle Schutzzölle und Beschränkungen beseitigt und die Konkurrenz unter den Bauern auf diese Weise enorm gesteigert. Auf dieser Grundlage dann konnten sie die Erzeugerpreise mit Hilfe des Preisinstrumentariums der „Marktordnungen" Schritt für Schritt in Richtung Weltmarktpreise senken: Lag z.B. der Preis für US-Weizen im Durchschnitt der sieben Jahre *vor* Errichtung der „Gemeinsamen Marktordnung" um 56% unter dem Erzeugerpreis in der BRD, so in den ersten zehn Jahren der „Marktordnung" nur noch um 39%.

Dennoch: Noch immer liegen die westeuropäischen Erzeugerpreise unzweideutig über den Weltmarktpreisen. Nur: Für die Masse der Bauern heißt das gar nichts. Die Großbauern und Agrarkapitalisten allerdings können bei überdurchschnittlicher Produktivkraft selbst dann noch einen fet-
nen bei überdurchschnittlicher Produktivkraft selbst dann noch einen fet-
ten Extraprofit einstreichen, wenn sie gezwungen sind, zum Interventionspreis und damit unter dem durchschnittlichen Marktpreis an die Interventionsstellen zu verkaufen. Für die mit unterdurchschnittlicher Produktivkraft produzierenden Kleinbauern aber liegen die individuellen Kostpreise so hoch, daß sie bei den schrittweise ge-

Die Arbeiterklasse muß die Bauernmassen führen

Der Kampf um die Agrarreform in Italien / Kulakenpolitik der Revisionisten

z.ulg.Rom. Sofort nach der Befreiung vom Faschismus begannen im Herbst 1943 landlose und arme Bauern in Süditalien, Land zu besetzen, das die Großgrundbesitzer hatten brachliegen lassen. Vereinzelt führten von den Faschisten in den Süden verbannte Kommunisten die ersten Besetzungen an, aber in der Hauptsache war die sich rasch ausbreitende Bewegung zunächst spontan. Die kämpfenden Bauern beriefen sich auf ihre uralten Nutzungsrechte am Gemeindeland, das die Großgrundbesitzer – vor allem im Laufe des 19. Jahrhunderts – nach und nach fast vollständig an sich gerissen hatten. Doch anders als unzählige vorhergegangene Bauernrevolten endeten die Landbesetzungen diesmal nicht in einer raschen Niederlage, weil die Organisationen der Arbeiterklasse bald die Führung der Bewegung übernehmen und ihr Dauer und Stoßkraft verleihen konnten.

Im Oktober 1944 erläßt der kommunistische Landwirtschaftsminister Gullo (die PCI war an der Regierung der antifaschistischen Einheitsfront beteiligt) eine Reihe von Dekreten, die den Kämpfen der Bauern einen Anhaltspunkt bieten und ihren Zusammenschluß begünstigen. U.a. muß danach „unkultiviertes und schlecht kultiviertes Land ... regulär in Genossenschaften oder anderen Formen konstituierten Bauernvereinigungen" zur Nutzung überlassen werden.

Im Kampf um die Durchführung der Dekrete bilden sich allerorten zunächst Genossenschaften, dann auch größere Bauernbünde, gewerkschaftliche und politische Organisationen. Die untereinander in einer festen Aktionseinheit verbundenen Arbeiterparteien PCI und PSI können sich zum ersten Mal unter den süditalienischen Bauernmassen verankern. Bald gehen die Forderungen über den durch die Dekrete gesteckten Rahmen (im wesentlichen unbebautes Land) hinaus – mit Unterstützung der Gewerkschaften fordern die Bauern das ganze usurpierte Land zurück. In der Praxis entscheidet ohnehin das örtliche Kräfteverhältnis, das sich in den Besetzungen ausdrückt, darüber, wieviel die zuständigen Provinzkommissionen zugestehen müssen.

Nach Kriegsende festigt sich die Bewegung. In jedem Herbst und Frühjahr werden zur Aussaat weitere Ländereien besetzt. Am 17.9.1946 bricht die Bevölkerung von 92 kalabresischen Dörfern *gleichzeitig* zu Landbesetzungen auf. Polizei und Carabinieri müssen ihre Kräfte zersplittern und werden von den Bauern umgangen. Fast 30000 ha werden besetzt, rund 15000 Bauern nehmen allein an dieser Aktion teil. Im Dezember 1947 findet in Bologna eine von PCI und PSI initiierte „Konstituente des Bodens" statt. Unter der Parole „Das Land dem, der es bebaut!" wird der Kampf für eine allgemeine Agrarreform eingeleitet.

Nach der Wahlniederlage der Volksfront im April 1948 versucht die Reaktion, die Bauernbewegung in Blut zu ersticken. Von 1949 bis 1952 werden 84 Landarbeiter und arme Bauern ermordet. Im Oktober 1949, als erneut Dutzende kalabresischer Dörfer Land besetzen, schießen Spezialeinheiten der Polizei in Melissa auf die Bauern. Drei fallen, 15 weitere werden schwer verletzt. Der Gewerkschaftsbund CGIL ruft zu einem landesweiten Generalstreik auf, während Arbeiter der wenigen süditalienischen Fabriken aufs Land eilen, um die in großer Zahl verhafteten Funktionäre zu ersetzen.

Das Massaker von Melissa wird zum Signal für die Ausdehnung der Bewegung auf alle süditalienischen Regionen. Bis 1950 sind insgesamt 1,8 Mio. ha unbebautes Land besetzt oder jedenfalls von Bauernkooperativen beantragt worden. Die Regierung muß für Sizilien und die Regionen des Festlandes, in denen die Kämpfe am weitesten entwickelt sind, eine „Vor-Agrarreform" zugestehen. Die Großgrundbesitzer erhalten für das usurpierte Land hohe Entschädigungen und können einen großen Teil ihrer Latifundien durch Übertragung an Familienangehörige vor der Enteignung bewahren. Nur rund ein Fünftel des Großgrundbesitzes wird enteignet und an







Seit Gründung der EG, also seit forcierter Programme zum Bauernlegen und zur Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion, kämpfen die Klein- und Mittelbauern um ihre Existenz. Das linke Bild zeigt eine Aktion der niederländischen Bauern im Jahre 1964, die aus Protest gegen die niedrigen Erzeugerpreise in Den Haag kostenlos Kartoffeln verteilen. Die jüngsten Richtpreisbeschlüsse der EG-Kommission veranlaßten in nahezu allen EG-Ländern die Bauern zu großen Kampfaktionen. 10000 Bauern demonstrierten am 27.2. allein in den Niederlanden. Zunehmend finden sie die Unterstützung der Arbeiter. So beteiligten sich Arbeiter aus Nahrungsmittelbetrieben an einer Kundgebung irischer Bauern in Nenagh gegen die Erhöhung der Milchabgabe (rechtes Bild). Das mittlere Bild zeigt eine machtvolle Demonstration dänischer Bauern am 19.12.79 zum Regierungssitz in Kopenhagen, um gegen die Auferlegung einer Sondersteuer auf landwirtschaftlichen Boden zu protestieren.

senkten Preisen oft gerade noch den eigenen Arbeitslohn realisieren können – oder eben auch nicht mehr.

So haben die westeuropäischen Imperialisten mit der „Gemeinsamen Agrarpolitik" zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Sie haben verhindert, daß die Landwirtschaft der vernichtenden Konkurrenz durch die USA ausgesetzt wird, und sie haben mit der langfristigen, gezielten Senkung der Erzeugerpreise die Entwicklung der Produktivkraft angestachelt, ihre Konkurrenzlage damit verbessert. Allerdings, die Politik ist teuer. Teuer nicht nur, weil die Kehrseite des wenn auch niedrigen Interventionspreises die Abnahmegarantie mit ihren nachfolgenden Lagerkosten ist; teuer auch nicht nur, weil die „Erstattungen" an die Agrarexporteure – diese erhalten die Differenz zwischen Richtpreisen und Weltmarktpreisen aus dem EG-Haushalt, um konkurrenzfähig zu sein – natürlich zu Buche schlagen. Teuer ist sie vor allem, weil die immer noch verhältnismäßig hohen Erzeugerpreise den Wert der Arbeitskraft hochtreiben und damit eine Schranke gegen die absolute Senkung des Lohns bilden.

Das neugewählte Europäische Parlament erprobe seine Kraft, kommentierte einmütig die bürgerliche Presse die Ablehnung des EG-Haushalts. Ja, aber nicht, wie sie glauben machen will, gegen den Rat.

Die anvisierte Kürzung der Agrarausgaben wird unweigerlich eine *drastische* Senkung der Erzeugerpreise nach sich ziehen. So und noch ärger,

wie sie – über den Umweg wachsender Besteuerung – gegen die milchproduzierenden Bauern bereits in vollem Gang ist und wofür schließlich auch der Europarlamentarier Dankert den Anstoß gegeben hatte. Das Spiel ist abgekartet. Mit den Stimmen von Millionen lohnabhängigen Wählern im Kreuz führt das Parlament den Angriff. Muß es den Bauernmassen scheinen, als seien sie von der Arbeiterklasse, „vertreten" durch das gewählte Parlament, verraten und verkauft, so öffnen ihnen die Ertls die Arme. Der Reaktion solchermaßen ausgeliefert und zugetrieben, ist der Widerstand der Bauern zur Niederlage verurteilt. Aber wird es gelingen, diesen Widerstand, der sich in den ersten Aktionen gegen die Preissenkungsbeschlüsse der Kommission so machtvoll ankündigt, auf diese Weise zu schleifen?

Als nächstes würde der Angriff auf die westeuropäische Arbeiterbewegung rollen, dem Angriff auf die Erzeugerpreise der koordinierte Angriff auf den Lohnstandard folgen. Umso heftiger, als ein neuer Schub enteigneter Bauern auf den Arbeitsmarkt geschleudert wird, und erleichtert vor allem dadurch, daß die weitere Verelendung der Kleinbauern, die mit allen Fasern ihre bäuerliche Existenz verteidigen müssen, weil sie keine Aussicht haben, sich als Lohnarbeiter zu verkaufen, eine neue Marke setzt. Und soviel ist sicher: Läßt die Arbeiterbewegung die Bauernmassen im Stich in ihrem gerechten Kampf zur Erhöhung der Erzeugerpreise, wird sie diesen Angriffen, von ihrem wichtigsten Bündnispartner isoliert, nicht viel entgegenzusetzen haben.

Das politische Manöver, das die Finanzbourgeois mit dem gewählten Europaparlament gestartet haben, kann durchkreuzt werden. Damit aber, daß die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften die Forderungen nach Erzeugerpreiserhöhungen unterstützt, wie es teilweise bereits geschieht, ist es nicht getan, so notwendig diese Unterstützung auch ist. Die Forderung nach Austritt aus der EG durch die Kündigung der Römischen Verträge stellt sich aktuell.

z.scc.Brüssel. **Jeder Schritt in der Entfaltung der Produktivkraft der Arbeit in der Landwirtschaft bedeutet für die Masse der Bauern wachsende Überarbeit, weitere Verelendung, Enteignung viel Tausender.**

Durch verbesserte Anwendung der Wissenschaft und moderner Maschinerie in stets wachsendem Umfang haben die landwirtschaftlichen Produzenten in der EG ihr Produkt in stofflicher Hinsicht im vergangenen Jahrzehnt um durchschnittlich 20% steigern können. In laufenden Preisen ist sein Wert von 1968 bis 1978 verzweieinhalbfacht worden. Aber: Um ein Produkt im Wert von 100 DM zu schaffen, mußte der Bauer z.B. in Westdeutschland 1968 55,69 DM für die Ersetzung alter Produktionsmittel, für Neuinvestitionen und Vorleistungen zahlen, 1977 bereits 67,30 DM.

Nicht nur die wachsende Masse des eingesetzten Kapitals verursacht diese Entwicklung. Die Austauschverhältnisse zwischen Landwirtschaft und Industrie verschlechtern sich, wenn auch mit Schwankungen, wie Schaubild 2 am Beispiel von Phosphatdünger und Weizen zeigt, so doch ziemlich vehement. Einen wachsenden Teil seines Verkaufserlöses muß der Landwirt so an den industriellen Kapitalisten abführen.

Die kleinen und zunehmend die mittleren Bauern stehen dabei vor unlösbaren Problemen. Den Kauf moderner Produktionsmittel können sie sich nicht leisten, müssen es aber, um mit der geringen Produktivität ihrer Arbeit nicht von vorneherein gegen die Konkurrenz unterzugehen. Tun sie es, geraten sie nicht nur in die Schlingen des industriellen, sondern auch seines Zwillingsbruders, des Bankkapitalisten, bei dem sie sich zwangsläufig verschulden müssen. 4,40 DM auf 100 zahlte der westdeutsche Bauer 1977 allein an Zinsen weg.

Über sieben Millionen bäuerlicher Privatproduzenten sind seit 1960 in den heutigen neun Ländern der EG in dieser Mühle zermahlen worden. Neun Millionen landwirtschaftlicher Arbeitskräfte waren es insgesamt – über die Hälfte –, die ihre Existenz verloren. Es lohnt sich, diesen Prozeß näher zu betrachten.

Die Altersstruktur der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft unterscheidet sich sichtbar von der aller Erwerbstätigen: Über 53% der Landwirte sind 1977 älter als 45 Jahre, dagegen nur knapp 34% der Erwerbstätigen überhaupt. Vieltausendfach nämlich ist die Ruinierung der bäuerlichen Existenzen ein jahrelanger Prozeß des Aushungerns und Ausblutens; während sich der Bauer mit allen seinen Lebenskräften an dem Stückchen Boden festkrallt, verläßt die nachfolgende Generation den Hof, der sie nicht ernähren kann. Umgekehrt hat der kapitalistische Arbeitsmarkt diese Jungen jahrelang geradezu gierig aufgesaugt, sei's auch, daß diese ihre Arbeitskraft ein paar hundert oder tausend Kilometer weit weg zu Markte tragen mußten.

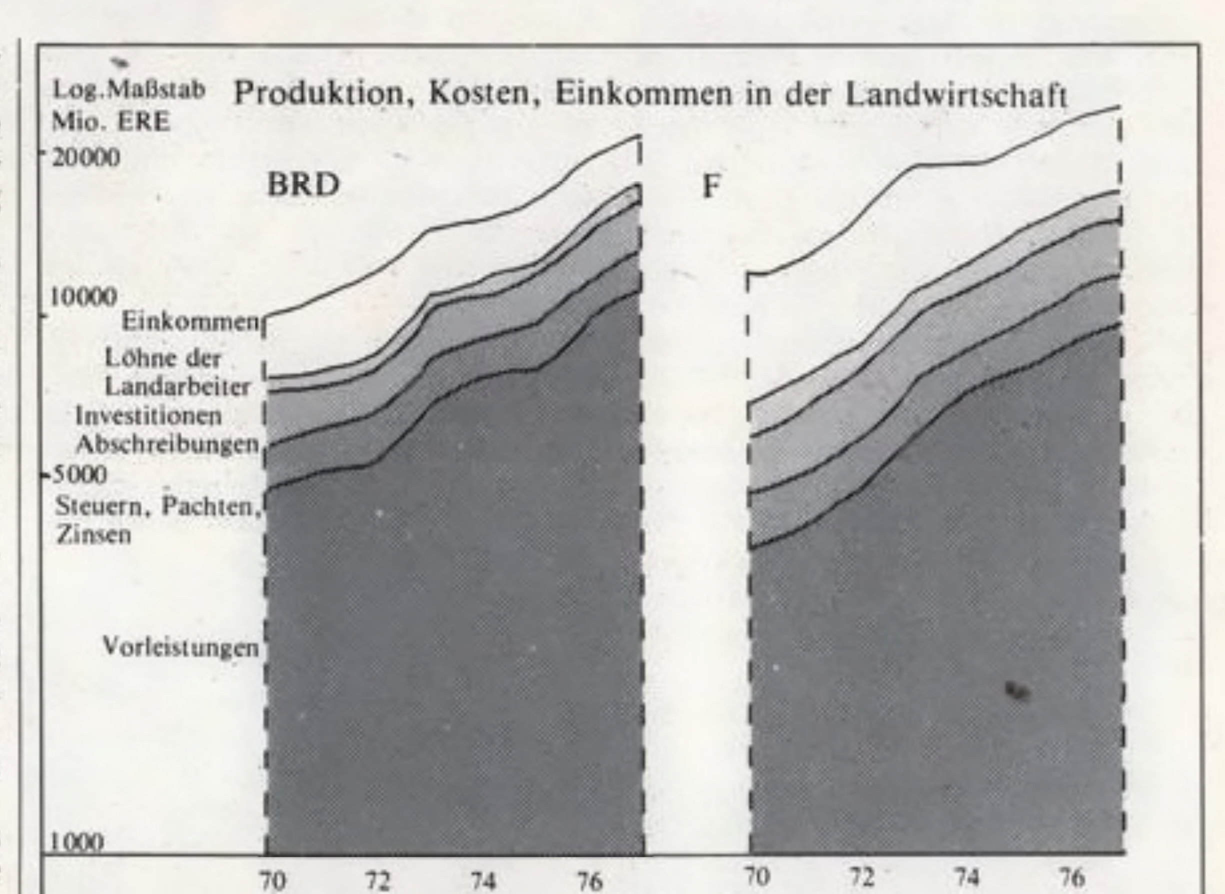
Inzwischen ist der Arbeitsmarkt berstend überfüllt; über sechs Millionen sind in der EG amtlich als arbeitslos verzeichnet, die Arbeitslosenraten schwanken mit steigender Tendenz zwischen gut 3% in der BRD und fast 10% in Belgien. Wie man sieht, hat sich die Altersstruktur in der Landwirtschaft seit 1973 wieder leicht verjüngt. Nicht etwa, weil sich die Lage der Bauernmassen entspannt hätte – im Gegenteil, sondern weil es fast unmöglich geworden ist, einen Ausbeuter zu finden.

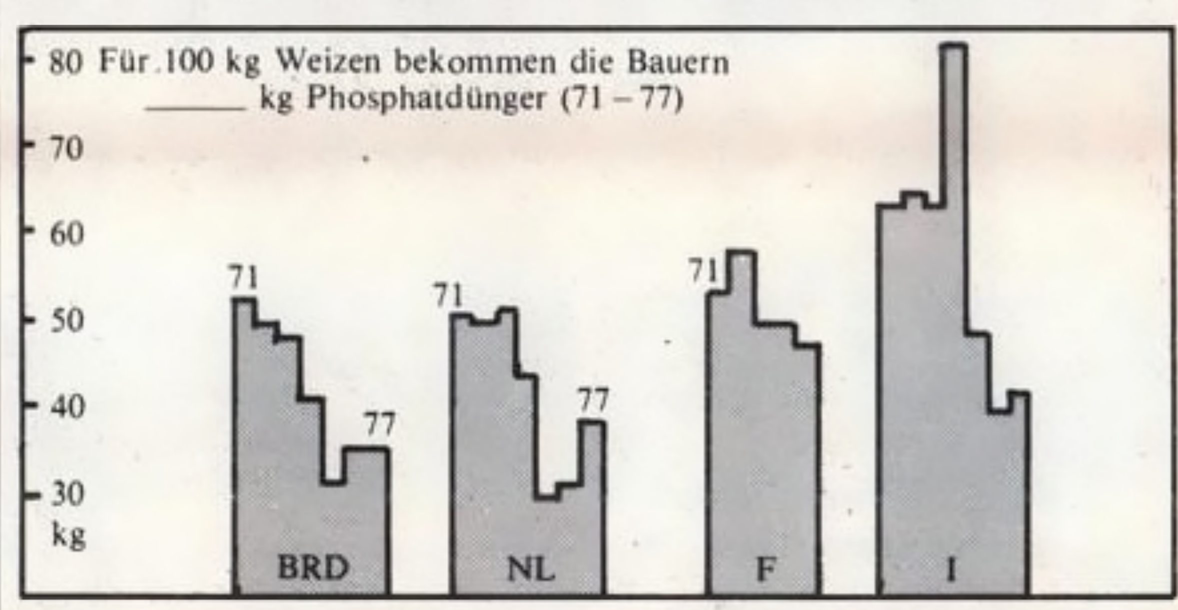
gut 80000 Bauernfamilien verteilt. Damit sind die Widersprüche zunächst abgestumpft. Der Verkauf eines Teils der Latifundien stärkt die Dorfbourgeoisie. Die Bewegung für die Agrarreform bricht weitgehend zusammen, dem „Vor-Gesetz" folgt nie eine allgemeine Bodenreform für das ganze Land.

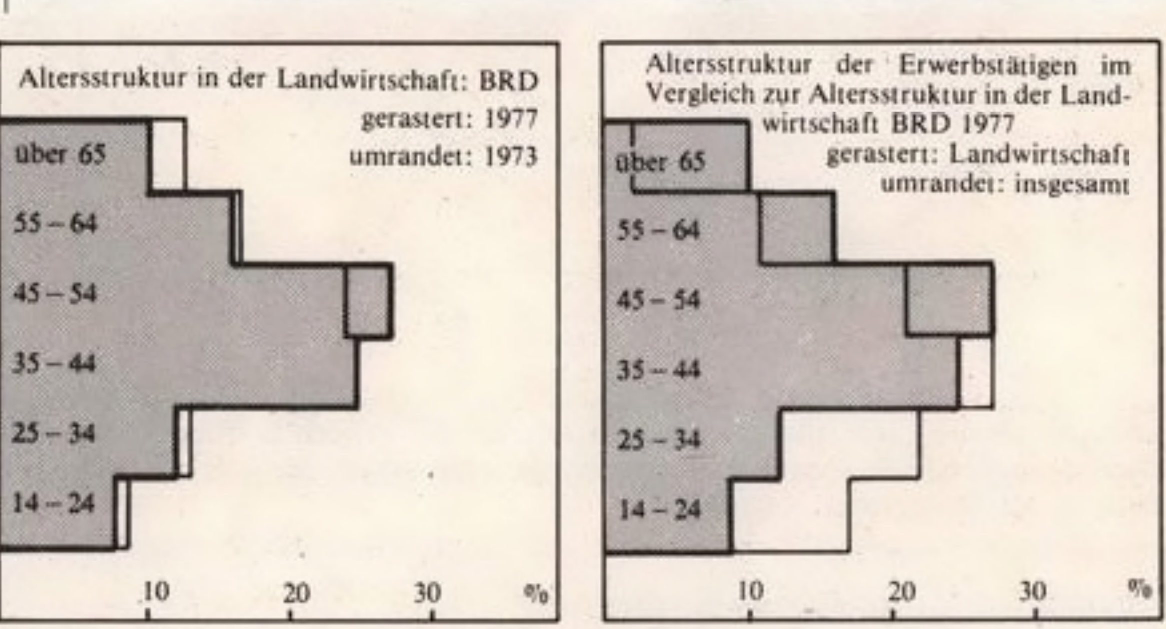
Nach der revisionistischen Entartung der PCI wurde die Forderung nach allgemeiner Agrarreform immer mehr ins Dämmerlicht eines Fernziels gerückt, bis sie schließlich im Zeichen des „historischen Kompromisses" ganz fallengelassen wurde. Heute „beschränken" sich die Revisionisten auf die Forderung nach Aufhebung der Halbpacht, eine gerechte Sache, die jedoch durch die hunderttausendfache Verwandlung von Halbpächtern in Lohnarbeiter großenteils „erledigt" ist. Tatsächlich läuft das heutige Eintreten der Revisionisten für „Strukturmaßnahmen" auf Stärkung der Dorfbourgeoisie hinaus. Charakteristisch für diesen Kulakenstandpunkt ist der Ausspruch des PCI-„Agrarexperten" Macaluso über die „kleine und mittlere ländliche Bourgeoisie": „Ohne einen Wechsel in den Orientierungen und Positionen dieser Kräfte ist ein Wechsel in der politischen Führung des Landes nicht möglich." Und weiter: „Wir meinen, daß alle Initiativen, die in den Rahmen der Regionalpläne passen, ohne Diskriminierung öffentlich unterstützt werden müssen, auch wenn dem einzelnen oder assoziierten bäuerlichen Betrieb die Priorität, nicht die Ausschließlichkeit gehört."

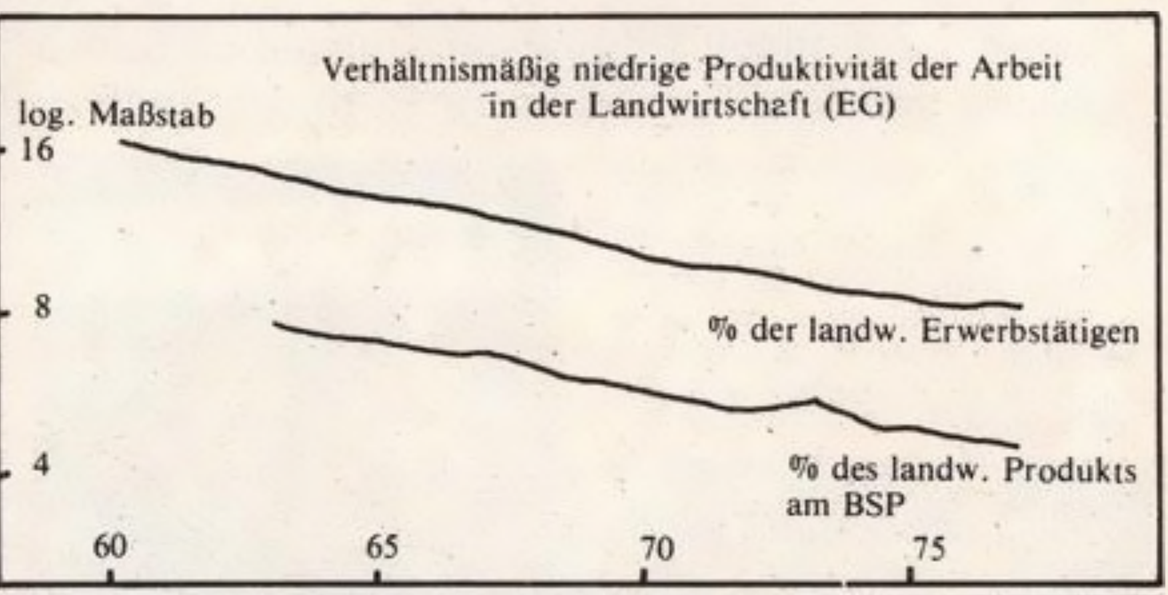
Die Agrarpolitik der EG hat in Italien hauptsächlich die kapitalistischen Plantagen, die „mitteleuropäische" Produkte erzeugen, begünstigt, während die kleinen Bauern, die „Mittelmeerprodukte" wie Wein und Oliven produzieren, von „Preisstützungsmaßnahmen" der EG wenig sehen. Dies im Verein mit der fortwährenden Verschlechterung der Austauschverhältnisse für Agrarprodukte mit den anderen EG-Ländern (das italienische Nahrungsmitteldefizit belief sich 1978 auf umgerechnet 9,5 Mrd. DM) nimmt die PCI nicht etwa zum Anlaß, Kündigung der Römischen Verträge zu fordern. Nein, die „Überschußsubventionierung durch die EG-Preispolitik" muß aufhören, auf daß der Konkurrenzdruck auf die Bauern noch gesteigert werde.

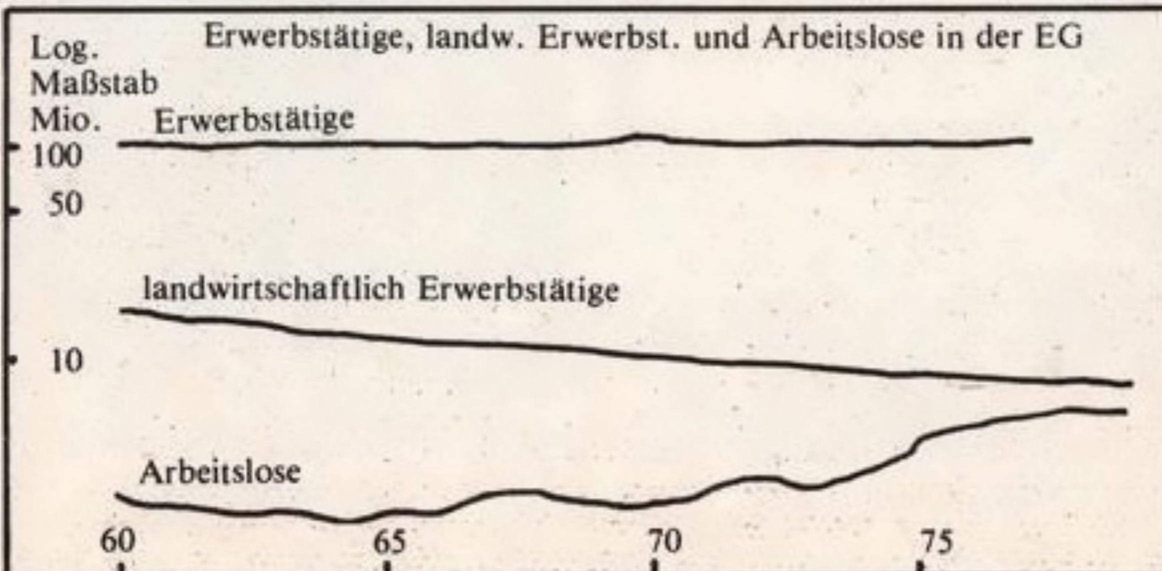
Der Farbwechsel der PCI ist nicht ohne Auswirkung auf die Haltung der Gewerkschaftsbewegung geblieben, die in den Nachkriegsjahren großen Einfluß unter den Bauern hatte. Wenn sich jetzt die Gewerkschaftszeitung der CGIL nicht lautstark genug über die Belastung des EG-Haushalts durch die Preispolitik beklagen kann, trägt das direkt zur Isolierung der Arbeiterklasse von ihrem wichtigsten Bündnispartner bei. Andererseits haben jedoch die Gewerkschaften die Kämpfe der Bauernverbände gegen die Nahrungsmittelkonzerne für höhere Abnahmepreise immer unterstützt, teils auch mit Streiks z.B. in den Zuckermühlen und Konservenfabriken.












Siemens Corporation in den USA.


Frauenarbeit in Sao Paulo.


Montage von Autoradios BRD.


Frauen am Lochkartenstanzer BRD.

Arbeiterrechte und Recht auf Ausbildung gegen mörderische Auswirkungen der Frauenarbeit

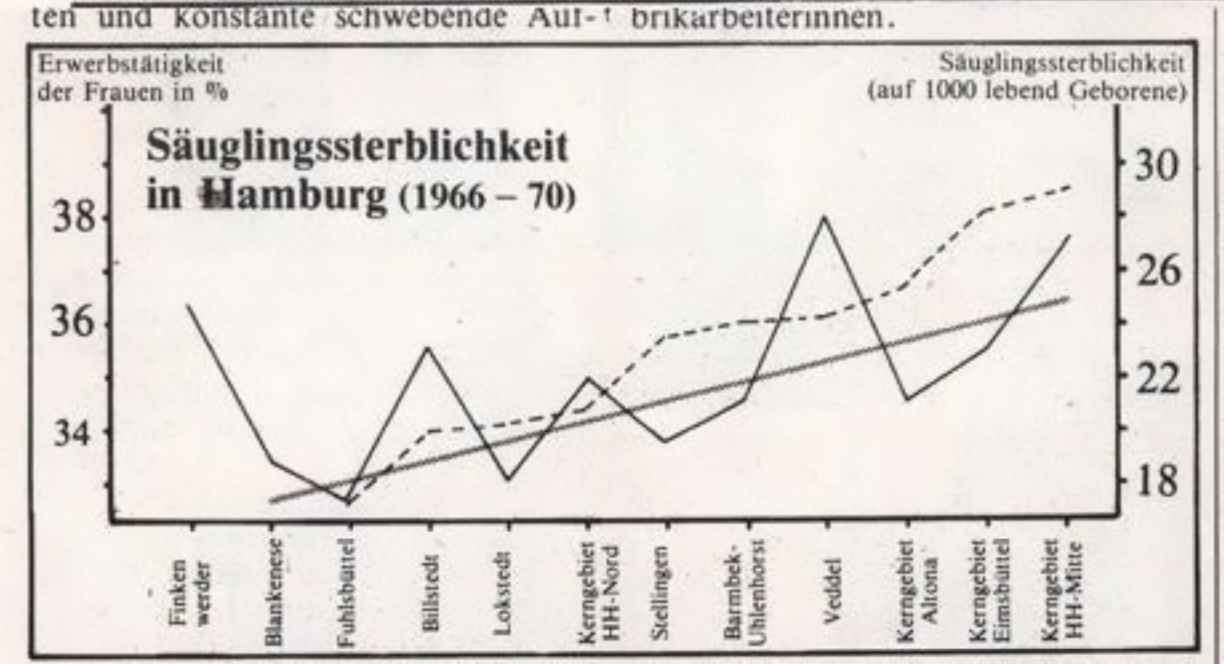
r.sul. Bis zum Wahnsinn und dem völligen Verbrauch der Arbeitskraft würden die Kapitalisten die Arbeiterinnen ausbeuten, gäbe es nicht den Kampf der Arbeiterklasse für Arbeiterschutzrechte. So fordern die Gewerkschaften die Verkürzung der Arbeitszeit u.a. wegen der gestiegenen Frauenarbeit. Es wird verhindert, daß das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen aufgehoben wird, es soll auch die Nachtarbeit für Männer eingeschränkt werden. Für die Aufzucht der Kinder sollen nach dem Ablauf der Mutterschutzfrist Väter oder Mütter einen Sonderurlaub bis 18 Monate bei Lohnfortzahlung erhalten, wie auch für die Pflege von kranken Kindern. Die Zeiten für Kindererziehung sind für die Rentenversicherung mitzurechnen. Die Ausbildung der Kinder soll in Ganztagsschulen stattfinden und Mädchen wie Jungen sollen gleiche Ausbildung erhalten. Dies sind die wichtigsten Forderungen des DGB als Antwort auf die Rekrutierung von über 8 Mio. Arbeiterinnen und Angestellten in die kapitalistischen Fabriken und Büros.

Der Gegner ist hartnäckig und beschäftigt etliche Wissenschaftler, um die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterinnen zu bahnen. Im folgenden ist aus dem Buch ,,Die berufstätige Frau", arbeitsmedizinische Leitsätze, von P. Hülsmann, leitender Arzt beim Landesarbeitsamt Kiel 1962 zitiert; es ist repräsentativ, nicht zuletzt wegen der amtlichen Nähe zu Ehrenberg. ,,Frauen sind weniger für Kraftleistungen, dafür umsomehr für Leistungen geeignet, welche Schnelligkeit, feinkoordinierte Geschicklichkeitsbewegungen der Hände, häufig sich wiederholende rhytmische Bewegungsgestalten und konstante schwebende Aufmerksamkeit verlangen... regt sie an zum ungehemmten Fortgang der Aktivität." Es könne häufig zu hysterischen Anfällen kommen. Es folge dann ,,steiles Absinken der effektiven Leistungen, Auflösung der Gestaltungs- und Ausdrucksfähigkeit, Aufgabe von Wert- und Gewissensbindungen sowie Resignation und Einschränkung aller Interessen... nervöser Zusammenbruch." Kann sich die Frau nicht ,,neu orientieren", folge ,,Übergang in Krankheit (Depression)". Therapievorschlag: körperliche und seelische Beruhigung (Farbe und Musik), geregelte Arbeitszeit mit Erholungspausen kurz und öfter, sowie Beruhigungsmittel.

,,Die zahlreichen Arbeitsschutzvorschriften für die erwerbstätige Frau sind überwiegend im Hinblick auf die generativen Funktionen der Frau ergangen. Für Frauen jenseits des 45. Lebensjahres könnten in zahlreichen Fällen Ausnahmen zugelassen werden... Sie erzielt in dieser Zeit eine um 5 Jahre größere Lebenserwartung als der Mann. Es bestehen also aus medizinischer Sicht keine Bedenken, Ausnahmen von den strengen Beschäftigungsverboten... zu machen..." Wer Beschwerden hat, wird mit Hormonspritzen gedopt.

Quantitative Untersuchungen über die Auswirkungen der Frauenarbeit auf die Gesundheit der Frauen, ihrer Kinder und Familien stehen nicht in den öffentlichen Bibliotheken, sondern müssen selber angefertigt werden. Unten ist eine der Auswirkungen der Frauenarbeit abgedruckt. In den Stadtteilen mit höchster Säuglingssterblichkeit (Ausnahme Finkenwerder) sind die Frauen meist einfache Fabrikarbeiterinnen.

ten und konstante schwebende Auf- brikarbeiterinnen.



Die gestrichelte Linie gibt die Erwerbstätigkeit der Frauen in Prozent an. Die durchgezogene Linie entspricht der Säuglingssterblichkeit. Die statistische Steigerung ist als Rasterstrich unterlegt.

Die unteren Lohngruppen müssen gestrichen werden

r.std. In Hamburg hatten die Gewerkschaften für die 70-jährige Wiederkehr des Internationalen Frauentages eine Demonstration am 8. März beschlossen. Diese Demonstration wurde von verschiedenen Arbeitsgruppen der Frauen im DGB gefordert. Sie wurde, wie andere Aktionen zu diesem Anlaß auch, vom DGB Hauptvorstand untersagt. Offensichtlich wäre der politische Zusammenstoß mit der Regierung zu groß in einer Lage, wo die Bewegung zur Anhebung der unteren Lohngruppen in der Lohnbewegung Metall und Öffentlicher Dienst so großen Aufschwung erfahren hat, daß die IG-Metall-Vertreterversammlung in Hamburg erklären mußte, daß der Kampf um Anhebung der unteren Lohngruppen und Änderung der Lohnstruktur mit dieser Lohnbewegung nicht abgeschlossen sei.

In den Gewerkschaften hat die feministische Strömung der Frauenbewegung nicht Fuß gefaßt. Zu offen ist der Klassenwiderspruch und zu klar sind die Klasseninteressen. Wie soll eine Auffassung in den Gewerkschaften Fuß fassen, wie Alice Schwarzer sie vertritt: ,,...denn es ist nicht die Arbeit der Frauen, die weniger wert ist, sondern die Tatsache, daß sie von Frauen gemacht wird, 'entwertet'." Sie legt damit einen Keil zwischen die Männerarbeit und Frauenarbeit und verhilft den Kapitalisten zu einem Mittel, über die niedrige Entlohnung der Frauen den Arbeiterlohn insgesamt zu senken. Die Gewerkschaften haben einen anderen Weg eingeschlagen, als den Rat von Frau Schwarzer zu befolgen, und seit jeher einen Kampf um die Beseitigung der Leichtlohngruppen und Streichung der unteren Lohngrup-

und Streichung der unteren Lohngrup-
pen geführt. Die beachtliche Leistung dieses Kampfes ersieht man an den Fortschritten, die die abgebildete Lohnverteilung 1979 gegenüber dem zersplitterten Gebilde, das die Verteilung noch 1964 darstellte, bedeuten. Die Belegung der niedrigsten Lohngruppen ist zwar keineswegs beseitigt – vor allem herrscht die tarifliche Eingruppierung in den unteren Lohngruppen – nach wie vor, aber die tiefe Abspaltung der Frauen in den untersten Lohngruppen, die auf das gesamte Lohnniveau drückend wirkt, konnte entschieden gemildert werden. Die Lohnarbeit der Frau ist in den Großstädten besonders hoch. In Hamburg arbeiten 41% der Frauen. Die Frauenarbeit ist ökonomisch erzwungen. Sie hat ihren Grund in der Entwicklung der Maschinerie und des Produktionsprozesses, die neben der Vereinfachung der Arbeiten die Arbeitskraft

chung der Arbeiten die Arbeitskraft
des männlichen Arbeiters entwertet. In dem Maße, wie die Maschinerie Muskelkraft entbehrlich macht, wird sie für die Kapitalisten Mittel, Arbeiter mit geringeren Körperkräften wie auch Kinder in die Produktion zu ziehen. Die Anzahl der Lohnarbeiter wird vermehrt, alle Mitglieder der Arbeiterfamilie werden in die Produktion eingereiht. Der Wert der Arbeitskraft des Mannes verteilt sich über die ganze Familie. Mit der Entwicklung der Maschinerie verschärft sich dieser Prozeß. Die Frauen werden als Reserve in die Produktion geschleudert und drücken auf den Lohn der Arbeiter. Die geringe Entlohnung treibt noch einmal zur vermehrten Ausgabe von Arbeitskraft in Akkord und Schicht. So findet gerade bei den Frauen ein vorzeitiger Verschleiß der Arbeitskraft statt, der noch beschleunigt wird durch die zusätzliche Belastung mit der Kinderaufzucht und

Belastung mit der Kinderaufzucht und
Hausarbeit. Die Beseitigung der unteren Lohngruppen ist daher eine wirklich dringende Aufgabe.

Neben der Beschäftigung in den unteren Lohngruppen drückt die Teilzeitarbeit auf den Lohn. Die DGB Gewerkschaften haben auch hier Forderungen aufgestellt, die genutzt werden können für das Verbot der Teilzeitarbeit. Der DGB Landesfrauenausschuß Hessen hat in einem Antrag den Abbau der Teilzeitarbeit für Frauen gefordert, und daß allen Frauen bei allgemeiner Verkürzung der Arbeitszeit eine Vollzeitarbeit ermöglicht wird, da die ,,zwangsläufig größere Leistungsintensität bei Teilzeitarbeit mit dem anteiligen Lohn nicht entgolten wird". Die Bedingungen für die Entscheidung dieser Fragen sind also herangereift.

% der Beschäftigten — Industrie Handel Hamburg 1979 — Umriß: gesamt, Raster: Frauen — 20, 15, 10, 5 — 512, 1024, 2048, 4096, 8192 DM

% der Beschäftigten — Industrie Handel Hamburg 1964 — Umriß: gesamt, Raster: Frauen — 20, 15, 10, 5 — 512, 1024, 2048, 4096, 8192 DM

% der Beschäftigten — Einzelhandel Hamburg 1979 — Umriß: gesamt, Raster: Frauen — 20, 15, 10, 5 — 512, 1024, 2048, 4096, 8192 DM

% der Beschäftigten — Nahrungsmittel Hamburg 1979 — Umriß: gesamt, Raster: Frauen — 20, 15, 10, 5 — 512, 1024, 2048, 4096, 8192 DM

% der Beschäftigten — Elektroindustrie Hamburg 1979 — Umriß: gesamt, Raster: Frauen — 20, 15, 10, 5 — 512, 1024, 2048, 4096, 8192 DM

% der Beschäftigten — Gummi, Asbest Hamburg 1979 — Umriß: gesamt, Raster: Frauen — 20, 15, 10, 5 — 512, 1024, 2048, 4096, 8192 DM

August Bebel: ,,Die Frau und der Sozialismus" (1879)

r.ast. Die revolutionäre Arbeiterbewegung hat in ihrer Geschichte von Anfang an den Kampf für die Befreiung der Frau geführt. Allerdings nie als Kampf gegen die ,,Thyrannei des Mannes", sondern als Kampf gegen die kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse, in denen die besondere Unterdrückung der Frau wurzelt. Dieser Zusammenhang wird von Bebel in seinem Buch ,,Die Frau und der Sozialismus" dargelegt. Trotz gewisser Fehler und Mängel war und ist dieses Buch ein Rüstzeug für einen wirklichen Emanzipationskampf der Frau und gegen ebenso lauthalsige wie dämliche Bemühungen, die Frauen gegen ,,den Mann" ins Feld zu führen. Aus der Einleitung:

,,Das weibliche Geschlecht in seiner Masse leidet in doppelter Beziehung: Einmal leidet es unter der sozialen und gesellschaftlichen Abhängigkeit von der Männerwelt... und durch die ökonomische Abhängigkeit, in der sich die Frauen im allgemeinen und die proletarischen Frauen im besonderen gleich der proletarischen Männerwelt befinden... Die enorme Mehrheit der Frauen ist aber auch auf's Lebhafteste dabei interessiert, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordung *von Grund aus* umzugestalten, um sowohl die Lohnsklaverei, unter der das weibliche Proletariat am meisten schmachtet, wie die Geschlechtssklaverei, die mit unseren Eigentums- und Erwerbszuständen auf's Innigste verknüpft ist, zu beseitigen. Die in der bürgerlichen Frauenbewegung stehenden Frauen begreifen die Notwendigkeit einer solchen radikalen Umgestaltung nicht. Beeinflußt von ihrer bevorzugten Stellung, sehen sie in der weitergehenden proletarischen Frauenbewegung gefährliche und nicht zu billigende Bestrebungen, die sie zu bekämpfen haben. Der Klassengegensatz, der zwischen der Kapitalisten- und Arbeiterklasse klafft und sich bei der Zuspitzung unserer Verhältnisse immer schroffer entwickelt, ist also auch innerhalb der Frauenbewegung vorhanden... Es handelt sich also nicht nur darum, die Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, was das Ziel der bürgerlichen Frauenbewegung ist, sondern darüber hinaus alle Schranken zu beseitigen, die den Menschen vom Menschen, also auch das eine Geschlecht von dem anderen, abhängig machen. *Diese* Lösung der Frauenfrage fällt mit der Lösung der sozialen Frage zusammen."

Die Einschätzung Bebels hat sich in der Geschichte bestätigt. 1869 wurde in Crimmitschau/Sachsen die Internationale Gewerksgenossenschaft gegründet, der erstmals in Deutschland Frauen mit gleichen Rechten und Pflichten angehörten. Neben einem Unterstützungswesen in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit und für die Frau in Zeiten der Geburt der Kinder kämpfte diese Organisation für ,,gleichen Lohn bei gleicher Leistung" und für die Beschränkung des Arbeitstages. Die I.Internationale forderte 1866 das Verbot der Nachtarbeit und aller für Frauen gesundheitsschädigender Arbeiten. Als Eckstein der Maßnahmen zum Schutz der Arbeiterfamilien wurde die Forderung des Achtstundentages für alle Arbeiter erhoben. 1882 kämpften die Frauen in der sächsischen Textilindustrie für den 11 Stundentag, 1903/04 für den 10 Stundentag.